



## Beschluss-Protokoll

der 52. und 53. Sitzung, Amtsjahr 2021-2022

Mittwoch, den 19. Januar 2022, um 09:00 Uhr und 15:00 Uhr

**Vorsitz:** *Dr. David Jenny, Grossratspräsident*

**Protokoll:** *Beat Flury, I. Ratssekretär*  
*Tamara La Scalea, II. Ratssekretärin*

### Abwesende:

19. Januar 2022, 09:00 Uhr  
52. Sitzung *Alexandra Dill (SP); Danielle Kaufmann (SP); Karin Sartorius-Brüscheweiler (FDP); Salome Bessenich (SP); Daniel Albietz (die Mitte/EVP)*

19. Januar 2022, 15:00 Uhr  
53. Sitzung *Alexandra Dill (SP); Danielle Kaufmann (SP); Salome Bessenich (SP); Daniel Albietz (die Mitte/EVP)*

### Verhandlungsgegenstände:

Mitteilungen	4
23. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Joël Thüring und Konsorten betreffend Unterstützung für ein Mehrgenerationen-Palliativzentrum in der Region Basel	5
24. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Georg Mattmüller und Konsorten betreffend neue BVB-Trams für die Zukunft von Basel	6
25. Zwischenbericht des Regierungsrates zur Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend kundenfreundliche Öffnungszeiten beim Bau- und Gastgewerbeinspektorat	7
26. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Annina von Falkenstein betreffend Änderung des Bestattungsgesetzes betreffend Publikation von Todesfällen	7
27. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend Winterdienst auf Trottoirs ist Staatsaufgabe!	7
28. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Kaspar Sutter und Konsorten betreffend Beschleunigung der Tramlinie 8 am Centralbahnplatz	8
29. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 79 François Bocherens betreffend Bewältigung von 280 Einsprachen Planauflage «Parking UKBB»	8
30. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 90 Michelle Lachenmeier betreffend Entwicklung des ehem. Thomi + Franck-Areals / Abbruch der Gebäude auf dem heutigen Nestlé SA-Areal	9
31. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 105 Beat Leuthardt betreffend behördliche Massnahmen verletzen das ÖV-Programm und schaden den ÖV-Fahrgästen	9
32. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 112 Fleur Weibel betreffend umgehende Signalisierung von gefährlichen Fahrspurverengungen zum Schutz von Velofahrenden	9
33. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Alexandra Dill und Konsorten betreffend niederschwellige und diskriminierungsfreie Vergabe der Familiengärten	9
34. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 116 Jeremy Stephenson betreffend Haltestelle Klybeck im Rahmen der neuen S-Bahn-Verbindung «Herzstück»	10

35.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 123 Melanie Eberhard betreffend Belegung des IWB-Platzes	10
36.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Claudio Miozzari und Konsorten betreffend Neugestaltung Kasernenareal	10
37.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Katja Christ und Konsorten betreffend Smart City Stadtmöblierung mit Solarbänken und –tischen	11
38.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Thomas Widmer-Huber und Konsorten betreffend Löschung der H318 Achse Äussere Baselstrasse-Baselstrasse-Lörracherstrasse aus dem Anhang 1 der eidgenössischen Durchgangsstrassen-Verordnung mit dem Ziel, die Umfahrung von Riehen über die Zollfreie Strasse zu gewährleisten	11
39.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Harald Friedl und Konsorten betreffend Erlangung des Knospelabels für Basel-Stadt	11
40.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Kerstin Wenk und Konsorten betreffend Theaterplatz Basel	11
41.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Sarah Wyss und Thomas Gander betreffend bessere Submissionsverfahren	12
42.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Daniel Hettich und Konsorten betreffend Überarbeitung des Submissionsgesetzes	12
43.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 129 Joël Thüring betreffend «Aktenzeichen XY... ungelöst. – Wo sind die steuerfinanzierten Enuu's abgeblieben?»	12
44.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 136 Tim Cuénod betreffend der besseren Erschliessung des Bachgraben-Gebietes durch eine Verlängerung der Buslinie 64	13
45.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Jo Vergeat und Konsorten betreffend Schaffung von Lebensmittelbauflächen in den Quartieren	13
46.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Eduard Rutschmann und Konsorten betreffend Verzicht auf Baubewilligung bei Strassencafes	13
47.	Schreiben des Regierungsrates zu den Anzügen Jörg Vitelli und Konsorten betreffend Weiterführung der Buslinie 58 von Münchenstein bis zum Dreispitz (abschreiben) sowie betreffend öV-Erschliessung der Nordspitze Dreispitz und Gundeldingen (stehen lassen)	14
48.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 143 Heidi Mück betreffend Erlenmattplatz, kein Ort mehr für Jugendliche?	14
49.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend keine Marktgebühren bis zur vollständigen Erholung des Gewerbes nach der Coronakrise	15
50.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Heiner Vischer und Konsorten betreffend Begleitveranstaltungen und –massnahmen während der künftigen Durchführung der Art Basel	15
51.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Edibe Gölgeli und Konsorten betreffend Offenlegung der Finanzierung von Parteien und Wahl- und Abstimmungskomitees	16
52.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Claudio Miozzari und Konsorten betreffend Ratschläge pro Förderungsbereich in der Abteilung Kultur	17
53.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 76 Eric Weber betreffend wie ist der Notfallplan der Regierung in Sachen Corona	17
54.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 82 Annina von Falkenstein betreffend finanzielle Unterstützung von Corona-Impfkampagnen in Entwicklungsländern	18
55.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 83 Michela Seggiani betreffend geschlechtergerechte Sprache in der Verwaltung Basel-Stadt	18
56.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 86 Beat Leuthardt betreffend UBS: Menschen- und speziell altersfeindliche Investorenpolitik	18
57.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 107 Catherine Alioth betreffend drohende Schliessung der Ludotheken Bläsi und St. Johann	19
58.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 111 Melanie Eberhard betreffend Ludotheken retten Nr. 2	19
59.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Daniela Stumpf und Konsorten betreffend Gebührenerlass für die Herbstmesse 2021	19
60.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 130 Beatrice Messerli betreffend Umbau der GGG Bibliothek Hirzbrunnen zur Open Library	20
61.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 132 Bülent Pekerman betreffend die GGG Stadtbibliothek Hirzbrunnen soll für Kinder und Jugendliche zugänglich bleiben	21
62.	Zwischenbericht des Regierungsrates zur Motion Lisa Mathys und Konsorten betreffend	22

	Konkretisierung der Mitwirkung durch die Quartierbevölkerung auf Gesetzesebene	
63.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Oliver Thommen und Konsorten betreffend politische Rechte für Menschen mit geistiger oder psychischer Behinderung	22
64.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Johannes Sieber und Konsorten betreffend einer kantonalen Gleichstellungsstrategie 2030	23
65.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Beatrice Isler und Konsorten betreffend geplante Obsoleszenz	24
66.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 137 Eric Weber betreffend Sport-Stadt Basel	24
67.	Zwischenbericht des Regierungsrates zur Motion Sarah Wyss und Konsorten betreffend Wiedereingliederung des Reinigungspersonals	24
68.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug David Jenny und Konsorten betreffend Anpassung der Corporate Governance der Pensionskasse Basel-Stadt an diejenigen anderer öffentlich-rechtlicher Anstalten des Kantons Basel-Stadt	25
69.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 81 Beatrice Isler betreffend Einführungskurse zur digitalen Steuererklärung	26
70.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 102 Brigitte Gysin betreffend Sozialwohnungsbauten alte Wendeschlaufe Burgfelderstrasse	26
71.	Bericht des Regierungsrates zur Motion Lea Steinle und Konsorten betreffend Verlängerung des Vaterschaftsurlaubs für Kantonsangestellte	27
72.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Oliver Bolliger und Konsorten betreffend Abzug von geleisteten Unterhaltsbeiträgen an volljährige Kinder bei den Steuern	27
106.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 146 Claudio Miozzari betreffend Mindestlohngesetz und Praktika in KITAS	27
113.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 148 Georg Matzmüller betreffend «Verbesserungen für die Pflege sind dringend»	28
	Schlussrede	28

Anhang A: Abstimmungsergebnisse

Anhang C: Neue Vorstösse

**Beginn der 52. Sitzung**

Mittwoch, 19. Januar 2022, 09:00 Uhr

**Mitteilungen**

[19.01.22 08:59:58]

*David Jenny, Grossratspräsident:* Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen:

**Letzte Sitzung François Bocherens**

François Bocherens hat heute seine letzte Sitzung als Mitglied des Grossen Rates. Er war seit 22. April 2016 Mitglied des Grossen Rates und seit Juni 2016 Mitglied der Wirtschafts- und Abgabekommission und seit 2017 ebenfalls Mitglied der Finanzkommission.

Lieber François Bocherens, vielen Dank für die dem Staate geleisteten Dienst und wir wünschen Dir für die Zukunft alles Gute.

**Schutzkonzept**

Sie finden an Ihrem Sitzplatz wiederum eine FFP2-Maske, ich empfehle Ihnen diese zu tragen. Hier im Saal gilt eine Sitzplatzpflicht sowie ein Konsumationsverbot. Ausgenommen ist der Konsum von Wasser aus der PET-Flasche. Bitte beachten Sie, dass es im Foyer keine Personenansammlungen geben darf.

**Wortmeldungen**

Zur Auffrischung nochmals die Bedeutung der Farben:

- Grün: Fraktionsvotum
- Blau: Einzelvotum
- Rot: Zwischenfrage

**Betriebliches Testen**

Die Personen, welche am betrieblichen Testen teilnehmen, können bei Raymonde Morf im Foyer wiederum Testkits abholen.

**Internetseite**

Gestern war die Internetseite des Grossen Rates für eine Stunde vor Mittag teilweise nicht erreichbar. Positiv war, dass viele von Ihnen sich auf die heutige Sitzung vorbereiten wollten und dies bemerkt haben. Dank den Rückmeldungen konnte das Problem schnell behoben werden und der Parlamentsdienst entschuldigt sich für die entstandenen Unannehmlichkeiten.

**Schriftliche Interpellationsbeantwortungen.**

Für die folgenden Interpellationen wurde eine schriftliche Interpellationsbeantwortung beim Parlamentsdienst eingereicht. Damit sind diese erledigt:

- Interpellation Nr. 79 François Bocherens betreffend Bewältigung von 280 Einsprachen Planaufgabe «Parking UKBB
- Interpellation Nr. 102 Brigitte Gysin betreffend Sozialwohnungsbauten alte Wendeschlaufe Burgfelderstrasse
- Interpellation Nr. 130 Beatrice Messerli betreffend Umbau der GGG Bibliothek Hirzbrunnen zur Open Library
- Interpellation Nr. 132 Bülent Pekerman betreffend die GGG Stadtbibliothek Hirzbrunnen soll für Kinder und

Jugendliche zugänglich bleiben

- Interpellation Nr. 146 Claudio Miozzari betreffend Mindestlohngesetz und Praktika in Kitas

Sie können auch für die Februar-Sitzung weiterhin freiwillig dem Parlamentsdienst schriftlich Ihre Stellungnahme zu Interpellationen mitteilen, um die Sitzungseffizienz zu erhöhen.

**13. Anzug Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend Veloführung an der Kreuzung Am Wiesengriener – Weilstrasse**

[19.01.22 09:04:22, BVD, 21.5739.01, NAN]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug 21.5739 entgegenzunehmen.

Voten: *Stefan Wittlin (SP); Jérôme Thiriet (GAB)*

**Zwischenfrage**

Voten: *Beatrice Isler (die Mitte/EVP); Jérôme Thiriet (GAB); Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP); Jérôme Thiriet (GAB)*

**Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

**Ergebnis der Abstimmung**

79 JA

8 NEIN

1 ENT

**Der Grosse Rat beschliesst**

auf den Anzug 21.5739 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

**14. Anzug Karin Sartorius und Konsorten betreffend Veloverbindung Friedrich-Miescher-Strasse - Burgfelderstrasse**

[19.01.22 09:12:55, BVD, 21.5769.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 21.5769 entgegenzunehmen.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf den Anzug 21.5769 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

**23. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Joël Thüring und Konsorten betreffend Unterstützung für ein Mehrgenerationen-Palliativzentrum in der Region Basel**

[19.01.22 09:13:15, GD, 19.5380.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Voten: *RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD*

*Jean-Luc Perret (SP)*: beantragt den Anzug stehen zu lassen.

Voten: *Joël Thüring (SVP); Oliver Bolliger (GAB); Raoul Furlano (LDP)*

#### Zwischenfrage

Voten: *Melanie Nussbaumer (SP); Raoul Furlano (LDP)*

Voten: *Luca Urgese (FDP); David Wüest-Rudin (GLP); Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP); RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD*

#### Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen des Anzugs.

#### Ergebnis der Abstimmung

48 JA

4 NEIN

3 ENT

#### Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 19.5380 ist **erledigt**.

## 24. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Georg Mattmüller und Konsorten betreffend neue BVB-Trams für die Zukunft von Basel

[19.01.22 09:47:53, BVD, 21.5235.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Voten: *RR Esther Keller, Vorsteherin BVD; Patrizia Bernasconi (GAB); Georg Mattmüller (SP); Eric Weber (fraktionslos)*

#### Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

#### Ergebnis der Abstimmung

70 JA

7 NEIN

2 ENT

**Der Grosse Rat beschliesst**

die Motion in einen Anzug umzuwandeln und den **Anzug 21.5235** dem Regierungsrat zu **überweisen**.

**25. Zwischenbericht des Regierungsrates zur Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend kundenfreundliche Öffnungszeiten beim Bau- und Gastgewerbeinspektorat**

[19.01.22 09:57:12, BVD, 19.5512.04, ZBM]

Der Regierungsrat beantragt, die Motion stehen zu lassen. Dies entspricht einer Fristerstreckung um 6 Monate.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, vom Zwischenbericht 19.5512.04 zur Motion Kenntnis zu nehmen und die Frist zur Erfüllung der Motion um sechs Monate zu verlängern.

**26. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Annina von Falkenstein betreffend Änderung des Bestattungsgesetzes betreffend Publikation von Todesfällen**

[19.01.22 09:57:44, BVD, 21.5251.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen.

Voten: *Annina von Falkenstein (LDP)*

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, die Motion nicht zu überweisen.

Die Motion 21.5251 ist **erledigt**.

**27. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend Winterdienst auf Trottoirs ist Staatsaufgabe!**

[19.01.22 09:59:51, BVD, 21.5319.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert 2 Jahren.

Voten: *RR Esther Keller, Vorsteherin BVD*

*Lorenz Amiet (SVP)*: beantragt Überweisung als Motion.

Voten: *Mahir Kabakci (SP)*; *Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)*; *Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)*; *Eric Weber (fraktionslos)*; *Jérôme Thiriet (GAB)*; *Mark Eichner (FDP)*; *Andrea Strahm (die Mitte/EVP)*; *RR Esther Keller, Vorsteherin BVD*

#### **Abstimmung**

zur Überweisung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

75 JA

12 NEIN

2 ENT

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

die Motion 21.5319 dem Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage **innert 2 Jahren zu überweisen**.

### **28. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Kaspar Sutter und Konsorten betreffend Beschleunigung der Tramlinie 8 am Centralbahnplatz**

[19.01.22 10:26:08, BVD, 17.5196.03, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Voten: *Eric Weber (fraktionslos)*

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 17.5196 ist **erledigt**.

### **29. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 79 François Bocherens betreffend Bewältigung von 280 Einsprachen Planaufgabe «Parking UKBB»**

[19.01.22 10:28:36, BVD, 21.5443.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

*François Bocherens (LDP)*: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Statthalterin, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Ich bedanke mich beim Regierungsrat für die Beantwortung meiner Interpellation 79 und erkläre mich von der Antwort befriedigt.



Der Interpellant hat schriftlich erklärt ob er von der Antwort befriedigt ist.

Die Interpellation 21.5443 ist **erledigt**.

**30. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 90 Michelle Lachenmeier betreffend Entwicklung des ehem. Thomi + Franck-Areals / Abbruch der Gebäude auf dem heutigen Nestlé SA-Areal**

[19.01.22 10:28:49, BVD, 21.5498.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Michelle Lachenmeier (GAB)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 21.5498 ist **erledigt**.

**31. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 105 Beat Leuthardt betreffend behördliche Massnahmen verletzen das ÖV-Programm und schaden den ÖV-Fahrgästen**

[19.01.22 10:33:47, BVD, 21.5586.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Beat Leuthardt (GAB)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 21.5586 ist **erledigt**.

**32. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 112 Fleur Weibel betreffend umgehende Signalisierung von gefährlichen Fahrspurverengungen zum Schutz von Velofahrenden**

[19.01.22 10:38:47, BVD, 21.5594.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Fleur Weibel (GAB)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 21.5594 ist **erledigt**.

**33. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Alexandra Dill und Konsorten betreffend niederschwellige und diskriminierungsfreie Vergabe der Familiengärten**

[19.01.22 10:42:52, BVD, 19.5231.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 19.5231 abzuschreiben.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 19.5231 ist **erledigt**.

**34. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 116 Jeremy Stephenson betreffend Haltestelle Klybeck im Rahmen der neuen S-Bahn-Verbindung «Herzstück»**

[19.01.22 10:43:26, BVD, 21.5634.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Jeremy Stephenson (LDP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 21.5634 ist **erledigt**.

**35. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 123 Melanie Eberhard betreffend Belegung des IWB-Platzes**

[19.01.22 10:44:03, BVD, 21.5693.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Melanie Eberhard (SP)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 21.5693 ist **erledigt**.

**36. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Claudio Miozzari und Konsorten betreffend Neugestaltung Kasernenareal**

[19.01.22 10:45:31, BVD, 17.5226.03, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 17.5226 abzuschreiben.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 17.5226 ist **erledigt**.

**37. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Katja Christ und Konsorten betreffend Smart City Stadtmöblierung mit Solarbänken und –tischen**

[19.01.22 10:45:59, BVD, 19.5321.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 19.5321 abzuschreiben.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 19.5321 ist **erledigt**.

**38. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Thomas Widmer-Huber und Konsorten betreffend Löschung der H318 Achse Äussere Baselstrasse-Baselstrasse-Lörracherstrasse aus dem Anhang 1 der eidgenössischen Durchgangsstrassen-Verordnung mit dem Ziel, die Umfahrung von Riehen über die Zollfreie Strasse zu gewährleisten**

[19.01.22 10:46:23, BVD, 19.5425.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 19.5425 abzuschreiben.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 19.5425 ist **erledigt**.

**39. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Harald Friedl und Konsorten betreffend Erlangung des Knospe-Labels für Basel-Stadt**

[19.01.22 10:47:00, BVD, 19.5443.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 19.5443 abzuschreiben.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 19.5443 ist **erledigt**.

**40. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Kerstin Wenk und Konsorten betreffend Theaterplatz Basel**

[19.01.22 10:47:22, BVD, 19.5423.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 19.5423 abzuschreiben.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 19.5423 ist **erledigt**.

**41. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Sarah Wyss und Thomas Gander betreffend bessere Submissionsverfahren**

[19.01.22 10:47:49, BVD, 19.5419.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 19.5419 abzuschreiben.

Voten: *Thomas Gander (SP)*

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 19.5419 ist **erledigt**.

**42. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Daniel Hettich und Konsorten betreffend Überarbeitung des Submissionsgesetzes**

[19.01.22 10:49:20, BVD, 17.5140.03, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 17.5140 abzuschreiben.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 17.5140 ist **erledigt**.

**43. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 129 Joël Thüring betreffend «Aktenzeichen XY... ungelöst. – Wo sind die steuerfinanzierten Ennu's abgeblieben?»**

[19.01.22 10:49:56, BVD, 21.5729.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Joël Thüring (SVP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 21.5729 ist **erledigt**.

**44. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 136 Tim Cuénod betreffend der besseren Erschliessung des Bachgraben-Gebietes durch eine Verlängerung der Buslinie 64**

[19.01.22 10:55:41, BVD, 21.5737.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Der Interpellant ist abwesend.

Die Interpellation 21.5737 ist **erledigt**.

**45. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Jo Vergeat und Konsorten betreffend Schaffung von Lebensmittelanbauflächen in den Quartieren**

[19.01.22 10:55:50, BVD, 19.5431.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 19.5431 abzuschreiben.

Voten: *RR Esther Keller, Vorsteherin BVD*

*Lea Wirz (GAB)*: beantragt den Anzug stehen zu lassen.

Voten: *Tim Cuénod (SP)*

**Abstimmung**

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen des Anzugs.

**Ergebnis der Abstimmung**

50 JA

17 NEIN

1 ENT

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 19.5431 ist **erledigt**.

**46. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Eduard Rutschmann und Konsorten betreffend Verzicht auf Baubewilligung bei Strassencafes**

[19.01.22 11:04:27, BVD, 19.5467.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 19.5467 abzuschreiben.

Voten: *RR Esther Keller, Vorsteherin BVD;*

*Daniela Stumpf (SVP)* beantragt, den Anzug stehen zu lassen.

#### **Abstimmung**

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen des Anzugs.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

58 JA

21 NEIN

1 ENT

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 19.5467 ist **erledigt**.

#### **47. Schreiben des Regierungsrates zu den Anzügen Jörg Vitelli und Konsorten betreffend Weiterführung der Buslinie 58 von Münchenstein bis zum Dreispitz (abschreiben) sowie betreffend öV-Erschliessung der Nordspitze Dreispitz und Gundeldingen (stehen lassen)**

[19.01.22 11:10:38, BVD, 17.5404.03 18.5165.03, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 17.5404 abzuschreiben und den Anzug 18.5165 stehen zu lassen.

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug 17.5404 **abzuschreiben**.

Der Anzug ist **erledigt**.

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigen, den Anzug 18.5165 **stehen zu lassen**.

#### **48. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 143 Heidi Mück betreffend Erlenmattplatz, kein Ort mehr für Jugendliche?**

[19.01.22 11:11:33, BVD, 21.5780.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Heidi Mück (GAB)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 21.5780 ist **erledigt**.

**49. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend keine Marktgebühren bis zur vollständigen Erholung des Gewerbes nach der Coronakrise**

[19.01.22 11:14:37, PD, 21.5106.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen.

Voten: *RR Esther Keller, Vorsteherin BVD; Nicole Amacher (SP)*

*Joël Thüring (SVP):* beantragt Überweisung als Motion.

Voten: *François Bocherens (LDP); Beat Leuthardt (GAB); Regierungspräsident Beat Jans, Vorsteher PD*

**Zwischenfrage**

Voten: *Joël Thüring (SVP); Regierungspräsident Beat Jans, Vorsteher PD*

**Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

**Ergebnis der Abstimmung**

43 JA

44 NEIN

4 ENT

**Der Grosse Rat beschliesst**

die Motion nicht zu überweisen.

Die Motion 21.5106 ist **erledigt**.

**50. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Heiner Vischer und Konsorten betreffend Begleitveranstaltungen und –massnahmen während der künftigen Durchführung der Art Basel**

[19.01.22 11:34:34, PD, 20.5299.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 20.5299 abzuschreiben.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 20.5299 ist **erledigt**.

### 51. **Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Edibe Gölgeli und Konsorten betreffend Offenlegung der Finanzierung von Parteien und Wahl- und Abstimmungskomitees**

[19.01.22 11:35:07, PD, 21.5320.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Voten: *Regierungspräsident Beat Jans, Vorsteher PD;*

*Joël Thüring (SVP)* beantragt Nichtüberweisung.

#### **Zwischenfragen**

Voten: *Mahir Kabakci (SP); Joël Thüring (SVP); Toya Krummenacher (SP); Joël Thüring (SVP)*

Voten: *Edibe Gölgeli (SP); Jeremy Stephenson (LDP); David Wüest-Rudin (GLP)*

#### **Schluss der 52. Sitzung**

12:00 Uhr

---

#### **Beginn der 53. Sitzung**

Mittwoch, 19. Januar 2022, 15:00 Uhr

*David Jenny, Grossratspräsident:* Ich begrüsse Sie zur Nachmittagssitzung und habe voererst folgende Mitteilungen:

#### **Schriftliche Interpellationsbeantwortungen.**

Für die folgenden Interpellationen wurde eine schriftliche Interpellationsbeantwortung beim Parlamentsdienst eingereicht. Damit sind diese erledigt:

- Interpellation Nr. 107 Catherine Alioth betreffend drohende Schliessung der Ludotheken Bläsi und St. Johann
- Interpellation Nr. 148 Georg Mattmüller betreffend «Verbesserungen für die Pflege sind dringend»

#### **Abschlussrede**

Ich werde heute Nachmittag um ca. 16:45 Uhr die Traktanden unterbrechen und meine Abschlussrede halten. Diese dauert bis ca. 17:15 Uhr. Damit ist mein Amtsjahr beendet.

Im Anschluss können Sie sich «freiwillig» in den Saal San Francisco begeben. Dort werden Sie an einem eigenen Tisch nach der Sitzordnung welche nun eingeblendet wird, Platz nehmen. Ich werde ab ca. 17:45 an eine lockere Ansprache halten und Sie können dazu einen Apéro geniessen.



**51. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Edibe Gölgeli und Konsorten betreffend Offenlegung der Finanzierung von Parteien und Wahl- und Abstimmungskomitees (Fortsetzung)**

[19.01.22 11:35:07, PD, 21.5320.02, SMO]

Voten: *Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP); Tim Cuénod (SP); Pascal Messerli (SVP)*

**Zwischenfrage**

Voten: *Oliver Thommen (GAB); Pascal Messerli (SVP);*

Voten: *Eric Weber (fraktionslos); Joël Thüring (SVP); Regierungspräsident Beat Jans, Vorsteher PD*

**Abstimmung**

zur Überweisung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

**Ergebnis der Abstimmung**

58 JA

33 NEIN

1 ENT

**Der Grosse Rat beschliesst**

die Motion in einen Anzug umzuwandeln und den **Anzug 21.5320** dem Regierungsrat zu **überweisen**.

**52. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Claudio Miozzari und Konsorten betreffend Ratschläge pro Förderungsbereich in der Abteilung Kultur**

[19.01.22 15:24:45, PD, 18.5031.03, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 18.5031 abzuschreiben.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 18.5031 ist **erledigt**.

**53. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 76 Eric Weber betreffend wie ist der Notfallplan der Regierung in Sachen Corona**

[19.01.22 15:24:57, PD, 21.5436.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Eric Weber (fraktionslos)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 21.5436 ist **erledigt**.

**54. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 82 Annina von Falkenstein betreffend finanzielle Unterstützung von Corona-Impfkampagnen in Entwicklungsländern**

[19.01.22 15:30:24, PD, 21.5446.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Annina von Falkenstein (LDP)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 21.5446 ist **erledigt**.

**55. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 83 Michela Seggiani betreffend geschlechtergerechte Sprache in der Verwaltung Basel-Stadt**

[19.01.22 15:32:52, PD, 21.5447.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Michela Seggiani (SP)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 21.5447 ist **erledigt**.

**56. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 86 Beat Leuthardt betreffend UBS: Menschen- und speziell altersfeindliche Investorenpolitik**

[19.01.22 15:34:27, PD, 21.5450.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Beat Leuthardt (GAB)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 21.5450 ist **erledigt**.

**57. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 107 Catherine Alioth betreffend drohende Schliessung der Ludotheken Bläsi und St. Johann**

[19.01.22 15:38:39, PD, 21.5588.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

*Catherine Alioth (LDP):* Ich bedanke mich beim Regierungsrat für die Beantwortung der Interpellation. Zwischen der Antwort des Regierungsrates und heute, wo ich Stellung nehmen darf, sind aufgrund der langen Traktandenliste drei Monate vergangen. Doch es ist inzwischen einiges geschehen. Durchaus Erfreuliches - wenn auch noch keine konkrete Lösung für die Zukunft der Ludotheken Bläsi und St. Johann bereit steht. Ich gehe zurück zur Antwort des Regierungsrates auf meine Interpellation. Sie lässt mich ratlos zurück. Sie fällt inhaltlich unergründlich und knapp aus. Es ist keine Antwort mit einer Lösung gegen die drohende Schliessung der beiden Ludotheken bzw. für deren Fortbestand. Der Regierungsrat schreibt, dass die Verwaltung den Verein Robi-Spiel-Aktionen seit einem Jahr bei der Suche nach einer neuen Lösung unterstützt. Der Verein Robi-Spiel-Aktionen hat Stiftungen um eine Übergangsfinanzierung ersucht. Leider war dies bis jetzt nicht erspriesslich. Deshalb wendete sich im September Bürgergemeinderätin Corinne Eymann-Baier mit einer Interpellation an die Bürgergemeinde der Stadt Basel mit der Anfrage, ob dieser bereit wäre, unter Einsatz von Mitteln den Fortbestand dieser beiden Ludotheken zu sichern. Ziel der vorliegenden Interpellation war auch die bisherigen Ergebnisse des runden Tisches in Erfahrung zu bringen, welcher das Präsidialdepartement mit dem Verein Robi- Spiel-Aktionen vor einem Jahr einberufen hatte. Eine konkrete Lösung für die Zukunft und Finanzierung der Ludotheken Bläsi und St. Johann ist immer noch ausstehend. Es ist höchst bedauerlich, dass für ein derartig niederschwelliges Angebot – dessen Wert für die Kinder, Jugendlichen und Familien der Quartiere Bläsi und St. Johann nicht hoch genug eingeschätzt werden kann – keine Lösung bereitsteht. Mit einer Überbrückungsfinanzierung könnte wenigstens Zeit gewonnen werden, bis eine längerfristige Finanzierung sichergestellt ist. Mittlerweile – seit Dezember - ist bekannt, dass dank dem Beitrag der Bürgergemeinde, der Defizitgarantie des Regierungsrates und allenfalls einem Budgetpostulat, das vorliegt, eine Überbrückungsfinanzierung zustande gekommen ist und der Betrieb der Ludotheken im Jahr 2022 sicher weitergeführt werden kann. Dies ermöglicht, eine gesamtstädtische Lösung und eine langfristige Finanzierung für die Ludotheken auszuarbeiten. Aufgrund der sibyllinischen Antwort des Regierungsrates im September erkläre mich von der Antwort der Interpellation nicht befriedigt.

Die Interpellantin hat schriftlich erklärt ob Sie von der Antwort befriedigt ist.

Die Interpellation 21.5588 ist erledigt.

**58. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 111 Melanie Eberhard betreffend Ludotheken retten Nr. 2**

[19.01.22 15:39:06, PD, 21.5592.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Melanie Eberhard (SP)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 21.5592 ist **erledigt**.

**59. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Daniela Stumpf und Konsorten betreffend Gebührenerlass für die Herbstmesse 2021**

[19.01.22 15:40:01, PD, 20.5344.03, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 20.5344 abzuschreiben.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 20.5344 ist **erledigt**.

**60. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 130 Beatrice Messerli betreffend Umbau der GGG Bibliothek Hirzbrunnen zur Open Library**

[19.01.22 15:40:28, PD, 21.5730.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

*Beatrice Messerli (GAB):* Ich bedanke mich bei der Regierung für die Beantwortung meiner Fragen, wobei mich die Antworten nicht wirklich zufriedenstellen.

Sowohl die Regierung als auch die GGG bestreiten im Zusammenhang mit der Umwandlung der Bibliothek Hirzbrunnen in eine 'Open Library' einen Leistungsabbau, sondern es wird mit einem Strategiewechsel argumentiert. Ausserdem macht die Regierung geltend, dass die Ausgestaltung der Filiale Sache der GGG sei und nicht Teil des Leistungsauftrages. Die Regierung zählt in ihrer Antwort auch auf, wie viel zusätzliche Gelder in der letzten Subventionsperiode der GGG zugesprochen wurden, insbesondere oder fast ausschliesslich für die Inbetriebnahme der neuen Zweigstelle St. Johann mit dem Jukibu.

Das täuscht aber nicht darüber hinweg, dass für die Quartierbibliothek Hirzbrunnen nicht mehr genügend Gelder vorhanden sind, denn in der Filiale Hirzbrunnen findet tatsächlich ein Leistungsabbau statt. Die übrigen Bibliotheken (Neubad, Breite), die in eine 'Open Library' umgebaut werden oder wurden, werden nicht gänzlich ohne bediente Öffnungszeiten geführt, sondern haben weiterhin bediente Öffnungszeiten, wenn auch verkürzt. Aber die Bibliotheken bleiben für alle Bewohnerinnen und Bewohner des Quartiers zugänglich. In der Bibliothek Hirzbrunnen wird mit der neuen Strategie ein Teil der Nutzerinnen und Nutzer ausgeschlossen, nämlich alle Kinder und Jugendlichen bis 18 Jahre, diese dürfen die Bibliothek nur noch in Begleitung einer erwachsenen Person besuchen. Nicht nur Eltern auch die Schulen im Quartier sind enttäuscht über diesen Ausschluss, denn lesen und vor allem auch selbständiges Recherchieren in der Bibliothek wird nicht mehr möglich sein.

Es wird in der Interpellationsbeantwortung auf die Möglichkeit hingewiesen, dass eine Elterneinverständniserklärung geprüft wird, aber können sie sich vorstellen ihr Kind unter dieser Bedingung allein oder allenfalls mit Kollegen und Kolleginnen in die Bibliothek zu lassen? Wo niemand dafür besorgt ist, dass im jugendlichen Eifer nichts beschädigt wird. Denn schnell wird sich die Frage stellen, wer denn die Verantwortung für irgendwelche Schäden übernehmen muss. Die Eltern des Kindes, das mit seiner Einverständniserklärung in die Bibliothek gegangen ist oder diejenigen, die mitgegangen sind.

Die Regierung stellt sich auf den Standpunkt, dass die GGG mit den Nutzerinnen und Nutzer in einem konstruktiven Austausch schon eine Lösung finden werden- und wenn nicht?

Wer berät zukünftig die Kinder und Jugendlichen, aber auch die Erwachsenen, die gerne eine Buchempfehlung hätten?

Und wer jetzt argumentiert, dass sich nur ewig gestrige gegen Neuerungen wehren, der verkennt die Situation; es wehrt sich niemand gegen eine Bibliothek, zu der man auch einen elektronischen Zugang hat, aber die Betonung liegt auf 'auch'. Die Petition, die eingereicht wurde, wehrt sich nicht gegen eine 'Open Library', aber die Petenten und Petentinnen wehren sich gegen eine ausschliesslich unbediente Bibliothek und die Antworten der Regierung auf meine Interpellation lassen darauf schliessen, dass diese nicht bereit ist im Sinne der Petentschaft zu intervenieren. Sie verweist darauf, dass die Öffnungszeiten substantiell erweitert werden und Besuchende jetzt neu auch am Sonntag in die Bibliothek gehen können und übernimmt damit die Argumentation der GGG.

Das ist zu wenig und deshalb erkläre ich mich mit der Antwort der Regierung als nicht befriedigt.

Die Interpellantin hat schriftlich erklärt, ob sie von der Antwort befriedigt ist.

Die Interpellation ist erledigt.

**61. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 132 Bülent Pekerman betreffend die GGG Stadtbibliothek Hirzbrunnen soll für Kinder und Jugendliche zugänglich bleiben**

[19.01.22 15:40:45, PD, 21.5732.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

*Bülent Pekerman (GLP):* Herr Präsident, Frau Statthalterin, Geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Ich möchte mich beim Regierungsrat für die Beantwortung meiner Interpellation bedanken.

Ich muss aber leider sagen, dass die Regierung das Anliegen der Kinder und Jugendlichen im Hirzbrunnen-Quartier nicht so sehr ernst nimmt.

Mit den sehr knapp gehaltenen Antworten auf die gestellten Fragen wird nicht klar aufgezeigt, wie die GGG-Bibliothek Hirzbrunnen als «Open Library» weiterhin für Kinder und Jugendliche ohne Begleitung von Erwachsenen und mit betreuten Öffnungszeiten offengehalten werden kann.

Einzig wird auf die Idee der Hinterlegung einer Einverständniserklärung der Eltern hingewiesen, welche ich als keine wirkliche Lösung erachte, da viele Fragen, wie es mit der Überwachung und der Haftung etc. aussehen soll, ungeklärt bleiben.

Im Hirzbrunnen-Quartier wünscht man sich die Präsenz einer Bibliothekar:in vor Ort. Also eine «Open Library» mit betreuten Öffnungszeiten zumindest an einigen Nachmittage.

Ich bin mit der Beantwortung meiner Interpellation nicht befriedigt.

Der Interpellant hat schriftlich erklärt, ob er von der Antwort befriedigt ist.

Die Interpellation ist erledigt.

**62. Zwischenbericht des Regierungsrates zur Motion Lisa Mathys und Konsorten betreffend Konkretisierung der Mitwirkung durch die Quartierbevölkerung auf Gesetzesebene**

[19.01.22 15:41:19, PD, 18.5314.04, ZBM]

Der Regierungsrat beantragt, die Frist um sechs Monate zu erstrecken.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, die Frist zur Erfüllung der Motion um sechs Monate zu verlängern.

**63. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Oliver Thommen und Konsorten betreffend politische Rechte für Menschen mit geistiger oder psychischer Behinderung**

[19.01.22 15:41:54, PD, 21.5475.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Voten: *Regierungspräsident Beat Jans, Vorsteher PD; Raoul Furlano (LDP)*

*Georg Mattmüller (SP)*: beantragt Überweisung als Motion.

Voten: *Oliver Thommen (GAB); David Wüest-Rudin (GLP)*

*Eric Weber (fraktionslos)*: beantragt Nichtüberweisung.

#### **Eventualabstimmung**

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

#### **Ergebnis der Abstimmung**

37 JA

50 NEIN

1 ENT

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

eventualiter, die Motion nicht in einen Anzug umzuwandeln.

#### **Abstimmung**

zur Überweisung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

73 JA

17 NEIN

2 ENT

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

die Motion 21.5475 dem Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage zu überweisen.

### **64. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Johannes Sieber und Konsorten betreffend einer kantonalen Gleichstellungsstrategie 2030**

[19.01.22 16:01:07, PD, 21.5439.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese zu überweisen.

Voten: *Nicole Amacher (SP)*

*David Trachsel (SVP)*: beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Johannes Sieber (GLP); Luca Urgese (FDP)*

**Abstimmung**

zur Überweisung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

**Ergebnis der Abstimmung**

71 JA

17 NEIN

1 ENT

**Der Grosse Rat beschliesst**

die Motion 21.5439 dem Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage zu überweisen.

**65. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Beatrice Isler und Konsorten betreffend geplante Obsoleszenz**

[19.01.22 16:17:20, PD, 19.5313.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 19.5313 abzuschreiben.

Voten: *Regierungspräsident Beat Jans, Vorsteher PD*

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 19.5313 ist **erledigt**.

**66. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 137 Eric Weber betreffend Sport-Stadt Basel**

[19.01.22 16:20:52, PD, 21.5755.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Eric Weber (fraktionslos)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort befriedigt.

Die Interpellation 21.5755 ist erledigt.

**67. Zwischenbericht des Regierungsrates zur Motion Sarah Wyss und Konsorten**



### **betreffend Wiedereingliederung des Reinigungspersonals**

[19.01.22 16:26:01, FD, 17.5017.03, ZBM]

Der Regierungsrat beantragt, die Frist bis am 28. Juni 2024 zu erstrecken.

Voten: *RR Tanja Soland, Vorsteherin FD; Nicole Amacher (SP)*

*Tobias Christ (GLP)*: beantragt die Motion abzuschreiben.

Voten: *Pascal Messerli (SVP); Oliver Thommen (GAB); Raoul Furlano (LDP)*

#### **Abstimmung**

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst als erledigt abschreiben.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

43 JA

47 NEIN

1 ENT

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

die Motion als erledigt abzuschreiben.

Die Motion 17.5017 ist **erledigt**.

### **68. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug David Jenny und Konsorten betreffend Anpassung der Corporate Governance der Pensionskasse Basel-Stadt an diejenigen anderer öffentlich-rechtlicher Anstalten des Kantons Basel-Stadt**

[19.01.22 16:37:10, FD, 18.5419.03, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 18.5419 abzuschreiben.

Voten: *RR Tanja Soland, Vorsteherin FD*

*Lorenz Amiet (SVP)*: beantragt den Anzug stehen zu lassen.

Voten: *Christian von Wartburg (SP)*

#### **Abstimmung**

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen des Anzugs.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

65 JA

21 NEIN

1 ENT

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 18.5419 ist **erledigt**.

**69. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 81 Beatrice Isler betreffend Einführungskurse zur digitalen Steuererklärung**

[19.01.22 16:42:42, FD, 21.5445.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Beatrice Isler (die Mitte/EVP)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 21.5445 ist **erledigt**.

**70. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 102 Brigitte Gysin betreffend Sozialwohnungsbauten alte Wendeschlaufe Burgfelderstrasse**

[19.01.22 16:43:02, FD, 21.5582.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

*Brigitte Gysin (die Mitte/EVP):* Sehr Herr Präsident, Frau Statthalterin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Ich danke der Regierung für die Ausführungen zu meinen Fragen. Ich bin von diesen Antworten teilweise befriedigt.

Einige der Ausführungen und Überlegungen sind für mich gut nachvollziehbar. Nachvollziehbar wird für mich zum Beispiel, warum die Fläche bei der ehemaligen Tramwendeschlaufe nicht einer Genossenschaft zur Verfügung gestellt wird. Es ist sinnvoll, an diesem Ort Ersatz für die Sozialwohnungen zu schaffen, die auf dem Areal Westfeld wegfallen. Ebenfalls ist es nachvollziehbar, warum die Schaffung von Grünfläche im Kontext der Wendeschlaufe keine Priorität genossen hat.

Zu den Gründen für den Erhalt des alten Tramwartehäuschens bleiben aber viele Fragen offen. Dieser Erhalt wird einerseits mit der geplanten öffentlichen Nutzung für Quartierbewohner/innen, andererseits mit dem architektonischen Wert begründet.

Es wird darauf hingewiesen, dass das Tramwartehäuschen eines der wenigen aus der Nachkriegszeit sein. Diese Argumentation lässt mich fragen, ob wir bald alle Gebäude aus der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg für schützenswert erklären. ZU beachten ist, dass vom gleichen Architekten in der Nähe ein Kindergarten steht, insofern also auch das Werk dieses namhaften Architekten in Basel weiterhin vertreten ist.

Als Laie kann ich die architektonische Bedeutung vielleicht zu wenig abschätzen. Auch ist es klar, dass in einer Architekturstadt der Erhalt schützenswerter Architektur in Architekturstadt wichtig ist und Sorge dazu getragen werden muss. Allerdings ist hier eine Güterabwägung vorzunehmen: Das Interesse an Raum für Wohnungen steht hier dem Wert des Tramwartehäuschens gegenüber. Die Gewichtung eines erhaltenen Gebäudes muss im Verhältnis zum Wert zusätzlichen Wohnraums gesehen werden. Dass der Erhalt des

Tramwartehäuschens höher gewichtet wird, ist aus meiner Sicht zu hinterfragen.

Ebenfalls unbefriedigend sind die Ausführungen dazu, warum es neben dem alten Zollhaus, welches durch die Genossenschaften ebenfalls der öffentlichen Nutzung dienen soll, einen weiteren öffentlich nutzbaren Ort braucht. Die Antwort beschränkt sich auf das Versprechen, die für das Zollhaus geplante Nutzung bei der weiteren Planung zum Tramwartehäuschen einzubeziehen. Daraus leitet sich aus meiner Sicht keine Notwendigkeit ab, deswegen die alte Tramwartehalle zu erhalten.

Wenn berücksichtigt wird, in welcher regelmässigen Abständen öffentliche Toiletten Thema in diesem Rat sind, wäre dies noch am ehesten ein stichhaltiger Grund, die Wartehalle als für die öffentliche Nutzung wesentlich zu sehen.

Wie eingangs gesagt, ich erkläre mich aus diesen Überlegungen mit den Antworten als teilweise befriedigt.

Die Interpellantin hat schriftlich erklärt ob sie von der Antwort befriedigt ist.

Die Interpellation 21.5582 ist erledigt.

## **71. Bericht des Regierungsrates zur Motion Lea Steinle und Konsorten betreffend Verlängerung des Vaterschaftsurlaubs für Kantonsangestellte**

[19.01.22 16:43:36, FD, 19.5199.03, SMO]

Der Regierungsrat beantragt, die Motion als erledigt abzuschreiben.

### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, die als erledigt abzuschreiben.

Die Motion 19.5199 ist **erledigt**.

## **72. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Oliver Bolliger und Konsorten betreffend Abzug von geleisteten Unterhaltsbeiträgen an volljährige Kinder bei den Steuern**

[19.01.22 16:43:53, FD, 19.5294.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 19.5294 abzuschreiben.

### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 19.5294 ist **erledigt**.

## **106 Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 146 Claudio Miozzari betreffend Mindestlohngesetz und Praktika in Kitas**

[19.01.22 16:44:01, WSU, 21.5783.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

*Claudio Miozzari (SP)*: Ich danke für die Beantwortung und bin von dieser teilweise befriedigt.

Es ist gut, dass der Regierungsrat deutlich festhält, dass das Mindestlohngesetz Auswirkungen auf die Praktika in Basler Kitas hat. Es ist wichtig und richtig, dass diese nur auf 12 Monate verlängert werden können,

wenn ein unterzeichneter Lehrvertrag vorliegt.

Nicht verstehen kann ich, wieso diese Vorgabe vom Erziehungsdepartement nicht gleich mit den Umstellungen im Zusammenhang mit dem neuen Tagesbetreuungsgesetz (TBG) angekündigt wurde. Die lange Vorlaufzeit der Inkraftsetzung des TBG hätte es erlaubt, alle anstehenden Entwicklungen bei der Kommunikation mit zu berücksichtigen. Nun müssen die Kitas unnötigerweise eine doppelte Umstellung bewältigen, was sie vor zusätzliche Herausforderungen stellt.

Ich bitte den Regierungsrat, die anstehende Veränderung sehr aktiv zu kommunizieren und eng zu begleiten und dabei dafür zu garantieren, dass Praktikantinnen und Praktikanten in Kitas nicht von Halbjahres- zu Halbjahresanstellungen weitergereicht werden.

Der Interpellant hat schriftlich erklärt, ob er von der Antwort befriedigt ist.

Die Interpellation ist erledigt.

### **113 Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 148 Georg Mattmüller betreffend «Verbesserungen für die Pflege sind dringend»**

[19.01.22 16:44:08, GD, 21.5785.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

*Georg Mattmüller (SP):* Beim Regierungsrat bedanke ich mich für die Beantwortung der Interpellationsfragen, die im erwarteten Rahmen erfolgte. Es ist klar, dass einige Missstände im Rahmen Sozialpartnerschaft gelöst werden müssen. Der Kanton kann sich aber nicht einfach hinter der Sozialpartnerschaft verstecken, sondern hat die Pflicht, Änderungen im System der Gesundheitsversorgung und im Besonderen der Situation in der Pflege proaktiv anzugehen. Dies gilt sowohl für die Arbeitsbedingungen wie für den Ausbildungskontext.

Da gerade WiedereinsteigerInnen-Programme beschränkt oder kaum erfolgreich waren, sind angepasste Arbeitsbedingungen ein wichtiges Signal, das sich positiv auswirken würde. Dies gilt noch viel mehr für all jene, die noch im Pflegebereich tätig sind, sich aber einen Berufswechsel überlegen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf spielt in diesem Kontext eine zentrale Rolle.

Dass angepasste Tarife letztlich auch zu höheren Prämien führen, ist sicher ein Fakt, ändert aber nichts an der Notwendigkeit, der aktuellen Situation mit Massnahmen zu begegnen, selbst wenn dies zu Mehrkosten führt.

In diesem Sinne erkläre ich mich nur als teilweise befriedigt.

Der Interpellant hat schriftlich erklärt ob er von der Antwort befriedigt ist.

Die Interpellation ist erledigt.

### **Schlussrede**

[19.01.22 16:44:11]

*David Jenny, Grossratspräsident:* Sehr geehrte Frau Statthalterin

Geschätzte Ratskolleginnen und -kollegen

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident

Verehrte Damen und Herren Regierungsrätinnen und Regierungsräte

Sehr geehrter Herr Vorsitzender des Gerichtsrates

Sehr geehrte Mitarbeitende des Parlamentsdienstes

Sehr geehrte Medienvertreterinnen und Medienvertreter

Werte Damen und Herren Gäste zu Hause vor den Bildschirmen

Länger Gediente unter Ihnen erwarten zu Beginn der Schlussrede Kennzahlen, die für ein Präsidialjahr signifikant sind. Zwei der von mir erlebten Vorgänger im Amte haben über die Zunahme ihrer Biomasse berichtet. Mehrere haben Rechenschaft über die Zahl der besuchten Anlässe abgelegt, dass diesbezüglicher Rekordhalter Joël Thüring ist, mag Sie nicht überraschen. Falls ich den Ehrgeiz gehabt hätte, ihn zu übertreffen, hätte ich dies aufgrund eines Amtsantrittes mitten im zweiten Lockdown vergessen müssen. Ich präsentiere Ihnen daher eine neue Kennzahl: Die Anzahl Worte meiner Redemanuskripte, einschliesslich Antritts- und Schlussrede und der Rede heute Abend und der schon vorbereiteten Ansprachen bis Ende des Amtsjahres. Meine Assistentinnen haben, Stand 14. Januar 2022, 10:30 Uhr, genau 14'906 Worte getippt. Ich bin wie Sie darauf gespannt, ob sich diese Kennzahl in den nächsten Jahren durchsetzen wird.

Die langen Stunden, in denen ich schweigend die Plenumsitzungen verfolgt habe, waren Gelegenheit, um über einige von Ihnen oft verwendete Begriffe und Formulierungen zu sinnieren. Zudem haben Ihre Debatten bei mir assoziativ aus dem Unterbewusstsein einige Begriffe und Themen heraufgespült. Von diesen habe ich willkürlich folgende sieben herausgegriffen:

### 1. Dieses hohe Haus

Wenn in diesem Saal die Worte "dieses hohe Haus" ausgesprochen werden, so geschieht dies oft in einem bedeutungsschwangeren Ton. Zum Ausdruck gebracht wird, dass ein gewisses Verhalten dem Grossen Rat nicht würdig sei oder dass die Regierung frühere Entscheide missachte. Dass ein Parlament sich in Häuser gliedern kann, wissen wir von der Mutter aller Parlamente: dieses kennt das Ober- und das Unterhaus. Dass im englischen Sprachgebiet ein Parlament als High House bezeichnet wird, ist mir nicht bekannt, hingegen richtet in London der High Court of Justice. In Deutschland und in Österreich scheint diese Redewendung mindestens seit der Mitte des 19. Jahrhunderts gebräuchlich zu sein. Der deutsche Publizist Roger Willemsen hat über sein Jahr als Zuhörer im deutschen Bundestag unter dem Titel "Das Hohe Haus: Ein Jahr im Parlament" berichtet. Das Parlamentsmagazin des ORF nennt sich "Hohes Haus". In Wien wird offensichtlich das Gebäude, das das österreichische Parlament beheimatet, als Hohes Haus bezeichnet. Meine Anfrage an das Info-Team der Parlamentsdirektion in Wien zur Herkunft des Begriffes wurde innert Tagesfrist beantwortet. So war bis ins frühe 20. Jahrhundert hinein die Anrede "hoch" als Ausdruck der Referenz nicht nur für das Parlament, sondern auch für andere Institutionen (z.B. "Hohes Ministerium") oder Persönlichkeiten allgemein üblich. Die meisten Höflichkeitsformen sind verschwunden, der Begriff "Hohes Haus" ist erhalten geblieben. Die Weiterweisung auf den entsprechenden Eintrag im Grimmschen Wörterbuch führt uns zu einem Fortsetzungsroman von Christoph Martin Wieland aus den Jahren 1774-1780. Dort führte der Philosoph Korax aus, dass er "die Aufmerksamkeit des Hohen Senats nicht ohne Not mit arithmetischen Subtilitäten ermüden wolle". Ausgesprochen hat er dies bei den Abderiten, die als antike Schildbürger gelten. Da ich aber unbedingt vermeiden will, dass Sie zukünftig bei jeder Erwähnung "dieses Hohen Hauses" an Schilda oder Seldwyla denken, schliesse ich diesen Exkurs.

### 2. Auf dem Bock

Auch bei uns wird der Sitz, den ich heute zum letzten Mal innehätte, falls wir im Rathaus wären, als Bock bezeichnet. Dazu findet sich im Lexikon des Kantonsrates Zürich unter dem Stichwort "Spitznamen im Parlament" Folgendes: "Der "Bock" [bezeichnet] den Sitz der Präsidentin oder des Präsidenten". Er thront "an der höchsten Stelle im Ratssaal wie ein Steinbock über allem anderen. Die Sitzreihe vor ihm heisst "Vorbock". Diese Bezeichnung für die Reihe vor mir hat sich bei uns noch nicht durchgesetzt. Der Zürcher Kantonsrat kennt auch einen "Esel". So wird das Drehbuch bezeichnet. Dieses soll dem Präsidium "die nötige Sicherheit geben, um im gemütlichen Trott eines Esels durch die Sitzung führen zu können". Es stellen sich für mich nun zwei Fragen: Bei der Beratung des Jagdgesetzes wollte ich meinen Sitzplatz in Hochsitz umbauen. Ob der Rollentausch vom jagenden Steinbock zum Jäger in einem Parlament zulässig ist? Ist der gemütliche Sitzungsleitungstrott eines Zürcher Esels gleichbedeutend mit dem Galopp seines Basler Pendants?

### 3. Paradigmenwechsel

Gewisse Begriffe haben bei uns von Zeit zu Zeit Hochkonjunktur. Manchmal werden alle möglichen Projekte als Leuchtturmprojekte charakterisiert. Das Bild des Leuchtturms ist auch im Binnenland Schweiz leicht verständlich. Zurzeit wird oft verkündet, mit einem bestimmten Beschluss werde ein Paradigmenwechsel vollzogen. Dieser Begriff ist für mich nicht so selbstverständlich wie der Leuchtturmvergleich. Ich habe daher zum in Basel erschienenen Historischen Wörterbuch der Philosophie gegriffen und den Artikel zum Stichwort "Paradigma" überflogen. Da ich davon ausgehe, dass die Kolleginnen und Kollegen, die bei uns vom Paradigmenwechsel sprechen, sich am ehesten auf "The Structure of Scientific Revolutions" von Thomas

Samuel Kuhn berufen, bin ich beim Schlussabsatz des besagten Artikels hängen geblieben, der (auszugsweise) wie folgt lautet:

"Während die holistische Betrachtung ganzer Theorien systematisch mittlerweile weitgehend akzeptiert wird, lässt das Kuhnsche Konzept des P. – und insbesondere dessen Rezeption in Wissenschaftstheorie und Wissenschaftsgeschichte – die Perspektive der vernünftigen Entwicklung der sich ablösenden P. selbst allerdings vermissen, so dass über dem Aspekt der wissenschaftlichen Revolution die Möglichkeit der rationalen Beurteilung eines Fortschritts in den Wissenschaften verlorenzugehen droht."

Diese Aussage verleitet mich zur Zwischenfrage, ob damit auch gesagt ist, dass die Möglichkeit der rationalen Beurteilung eines Fortschritts in der Politik verloren zu gehen droht. Ob ich diese Frage demjenigen Mitglied des Grossen Rates stelle, das als erstes im neuen Legislaturjahr von einem Paradigmenwechsel spricht, lasse ich offen.

#### 4. Trostpreis

Bei der Begründung einer meiner recht seltenen Stichentscheide habe ich etwas flapsig von einem Trostpreis gesprochen. Ich habe meine Stimme so in die Waagschale geworfen, dass ein Antrag des Lagers obsiegte, dem ich gewöhnlich nicht angehöre. In meiner Beurteilung war der Antrag harmlos, eingefügt wurde ein Verweis auf Bestimmungen zweier Gesetze, die auch ohne diese Änderung zur Anwendung gekommen wären. Einen Stichentscheid fällen zu dürfen, ist kein Privileg. Unser Präsidium verfügt nämlich nicht über eine Doppelstimme, vielmehr darf es nur dann stimmen, wenn eine Pattsituation eingetreten ist. Und die Stimmabgabe sollte noch begründet werden. Wird die Stimme so abgegeben, wie es die eigene Fraktion empfiehlt, so folgt der Vorwurf sogleich, es fehle am präsidialen Blick für das grössere Ganze. Eine Abweichung von der Auffassung der eigenen Fraktion löst ebenfalls nicht gänzlich enthusiastische Reaktionen aus. Der wesentliche Vorteil eines Stichentscheides ist aber folgender: das Risiko des Falschdrückens ist zu 100% ausgeschlossen.

#### 5. Filibuster

Kurz vor 22 Uhr kündigte ich in der Nachtsitzung vom 17. November 2021 an, diese, wie ich es auch bei vorherigen Nachtsitzungen getan habe, ca. 22.30 Uhr abzubrechen. Es folgte sodann der obsiegende Antrag, die Sitzung bis 23 Uhr fortzuführen. Klar war, dass sich das eine politische Lager aufgrund der aktuellen Präsenzen im Ratssaal gewisse Vorteile versprach. Die Retourkutsche durch zahlreiche Voten der anderen Ratssseite bei nicht sehr kontroversen Geschäften folgte prompt. Zu den Traktanden, deren Behandlung die Sitzungsverlängerung ermöglichen sollte, kamen wir nicht mehr. Nach Sitzungsabschluss wurde mir gesagt, mein Lächeln während der Sitzungsverlängerung sei nicht auf Gefallen gestossen. Auf Social Media war die Rede von einem Filibuster.

Wenn wir unsere dilatorischen Taktiken mit den Filibustern, die wir vom US Senat kennen, gleichsetzen, sind wir grössenwahnsinnig. So debattierte der Senat im Frühjahr 1964 während 60 Tagen, einschliesslich 7 Samstagen, den nachher berühmten Civil Rights Act. Damals brauchte es für die Beendigung einer Debatte 67 Senatoren (von 100). Diese Mehrheit, bestehend aus 27 Republikanern und 44 Demokraten, wurde am 10. Juni 1964 erreicht. Vor einer Regeländerung musste im Senat nicht zur Sache gesprochen werden. So diktierte Senator Huey Long Kochrezepte und erklärte im Detail die Zubereitung von Austern.

In der Theorie könnte eine entschlossene Minderheit unseres Parlamentes, die jeweils einen Antrag auf Schliessung der Rednerliste abwehren könnte, die Behandlung eines Geschäftes wesentlich verzögern. Ich erinnere an den Einsatz von Zwischenfragen an Votanten des eigenen Lagers und an zweite Voten. Auf eine Berechnung der maximalen Verlängerung einer Debatte habe ich aber verzichtet. Bei uns wird die Möglichkeit des Filibustern nicht gleichgesetzt mit einem Recht einer Minderheit, Beschlüsse zu verhindern. Wir greifen zum Mittel des Filibusters, um sobald als möglich die Abstimmung mit einer leicht anderen Mehrheit zu erreichen. Dies ist legal und in Massen auch legitim. Die Sitzungsleitung muss aber einschreiten, wenn nicht zur Sache gesprochen wird.

An der Nachtsitzung vom letzten Mittwoch erlebten wir, dass auch das Gegenteil eines Filibusters eintreten kann. Im gestreckten Galopp erledigten wir im Schlusspurt zwischen 22:39:30 Uhr und 22:48 Uhr zwölf persönliche Vorstösse. Falls sich dieser Vorgang wiederholen sollte, wäre dafür ein eigener Begriff zu prägen.

#### 6. Stillschweigend = Einstimmig?

In der letzten Minute einer Nachmittagssitzung wird ein Anzug stillschweigend überwiesen. Eine Minute später teilt der stolze Erstunterzeichner per Social Media Tausenden mit, sein Vorstoss sei einstimmig überwiesen worden. Ist dem so? Meine typische Juristenantwort lautet, es kommt darauf an. Ein Vorstoss mag so überzeugend sein, dass wirklich jeder und jede aktiv JA gestimmt hätte, wäre es zur Abstimmung gekommen.

Denkbar ist auch, dass die wenigen, die NEIN gestimmt hätten, angesichts der Aussichtslosigkeit des Widerstandes darauf verzichtet haben, den Befürworterinnen und Befürwortern eine Plattform zu bieten. Und es mag manchmal auch vorkommen, dass ein bestreitungswilliges Mitglied unseres Parlamentes schlicht seinen Einsatz verpasst hat. Internationale Organisationen wie die WTO kennen die Beschlussfassung durch Konsens. Dies wird für die WTO wie folgt definiert: "A consensus is reached if no member formally objects to a decision". Diese Definition kann auch auf unsere stillschweigenden Beschlüsse angewendet werden. Ich will daher die Ausgangsfrage so beantworten: Stillschweigend kann nicht automatisch mit einstimmig gleichgesetzt werden. Präziser wäre die Charakterisierung solcher Beschlüsse als solche, die widerstandslos gefasst wurden. Über die Social Media-Tauglichkeit einer solchen Differenzierung mache ich mir keine Illusionen.

## 7. Darf Lenin zitiert werden?

Die Petitionskommission berichtete über die drohende Schliessung der Basler Hauptpost. Ein Votant äusserte, "Lenin als grosser Bewunderer der Post in seinen Exiljahren würde sich wahrscheinlich im Grab umdrehen". Die Antwort kam postwendend vom nächsten Votanten. Es sei nicht der richtige Weg zur Rettung der Hauptpost, mit einem Massenmörder zu argumentieren. In Erinnerung an diese Kontroverse fragte ich das Orakel Google. Gemäss Bernard Degen im Historischen Lexikon der Schweiz bewunderte Lenin Schweizer Einrichtungen wie Bibliotheken, die Post, die medizinische Versorgung oder den Sprachenföderalismus. Einen Verweis auf eine Fundstelle fand ich bei Degen nicht. Google förderte auch die Schrift von Michael Brie aus dem Jahre 2017 mit dem Titel "Lenin neu entdecken" zutage. Dort findet sich im Abschnitt zu Lenins Jahren in der Schweiz folgendes Lenin-Zitat:

"Ein geistreicher deutscher Sozialdemokrat der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts bezeichnete die Post als Muster sozialistischer Wirtschaft. Das ist durchaus richtig. Gegenwärtig ist die Post ein Betrieb, der nach dem Typ des staatskapitalistischen Monopols organisiert ist. [...] Doch der Mechanismus der gesellschaftlichen Wirtschaftsführung ist hier bereits vorhanden. Man stürze die Kapitalisten, man breche mit der eisernen Faust der bewaffneten Arbeiter den Widerstand dieser Ausbeuter [...] und wir haben einen von dem 'Schmarotzer' befreiten technisch hochentwickelten Mechanismus vor uns, den die vereinigten Arbeiter sehr wohl selbst in Gang bringen können".

Ich gehe nicht davon aus, dass der Erstvotant dieses Zitat in seinem Kopf hatte, und kehre zur Ausgangsfrage zurück. Lenin darf in unseren Debatten so zitiert oder referenziert werden, wie es der besagte Votant getan hat. Lenin darf aber auch so titulierte werden, wie es der Zweitvotant getan hat. Wenn ich "alea iacta est" in die Runde werfe, so wird mir wohl kein Mitglied dieses hohen Hauses vorwerfen, ich wolle damit die zweifellos vorhandenen dunklen Seiten von Julius Caesar verharmlosen. Vielmehr würden Sie denken, ich wolle zeigen, dass mir vom Lateinunterricht etwas geblieben ist, oder andeuten, dass auch ich Asterix gelesen habe. Wenn ich mich aber auf eine noch immer fast zeitgeschichtliche Person wie Lenin beziehe, darf ich mich nicht allzu sehr wundern, wenn diese Referenzierung als Identifikation mit dem gesamten Wirken dieser Person, zu Recht oder zu Unrecht, ausgelegt wird.

Abschliessend habe ich die Freude, mannigfaltigen Dank auszusprechen: Meine Statthalterin Jo Vergeat und alle Mitglieder des Ratsbüros haben mich stets unterstützt. Ohne den Parlamentsdienst wäre ein Präsidialjahr nicht bewältigbar. Ein besonderer Dank gilt Beat Flury, Sabine Canton, Tamara La Scalea und Eva Gschwind, sie sorgen aktiv dafür, dass das jeweilige Präsidium das tut, was es tun sollte. Vorzuheben ist auch Frau Raymonde Morf Lange, sie hat einen sehr wesentlichen Beitrag zur Organisation unserer Grossratsreise geleistet. Meinen Grossratskolleginnen und -kollegen danke ich für das Privileg, dass ich ein Jahr lang den Steinbock spielen durfte. Meine Kolleginnen und Kollegen bei VISCHER haben mir den Rücken freigehalten, meine Nummer 1-Klientschaft in diesem Jahre war der Grosse Rat. Meine Assistentinnen haben geduldig und sorgfältig meine Ansprachen zu Papier gebracht und subtil meine Flüchtigkeiten abgemildert. Zuletzt danke ich herzlich Beatrice und meiner ganzen Familie, sie mussten insbesondere meine präsidialen Stimmungsschwankungen miterleben und -tragen.

Dass das Schicksal mir die Auszeichnung, der einzige Grossratspräsident seit 1904 zu sein, der nie eine Sitzung im Rathaus präsiert hat, erspart hat, dafür bin ich sehr dankbar. Ich bin aber bis heute der einzige Präsident seit 1904, der sowohl Antritts- wie Schlussrede im Exil gehalten hat. Ich hoffe sehr, dass die Frau Statthalterin als Präsidentin bald für unser Parlament unwiderruflich den Freedom Day verkünden kann.

Da ich keine Abstimmungen mit dieser langen Rede hinausgezögert habe, kann diese nicht als Filibuster qualifiziert werden. Dass sie auch keinen Paradigmenwechsel bedeutet, mag für Sie ein Trostpreis sein.

Vom virtuellen Bocke dieses hohen Hauses aus beende ich nun diese Ansprache, in der ich Lenin zitiert habe, und schliesse hiermit die letzte Sitzung des ersten Amtsjahres der 44. Legislatur des Grossen Rates des Kantons Basel-Stadt. Ihrem Stillschweigen entnehme ich, dass Sie diese Feststellung einstimmig respektive widerstandslos gebilligt haben, Sie hatten ja auch keine andere Wahl.

[langanhaltender Applaus ]

**Schluss der 53. Sitzung**

17:10 Uhr

Basel, 20. Januar 2022

Dr. David Jenny  
Grossratspräsident

Beat Flury  
I. Ratssekretär



Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 22\_01: Überweisung

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Nein
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	-
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Nein
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Nein
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Nein
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Nein
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Nein
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	Nein
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüscheweiler Karin	FDP	Nein
Braun Beat	FDP	Nein
Eichner Mark	FDP	Nein
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	-
Vergeat Jo	GAB	Nein
Thiriet Jérôme	GAB	Nein
Thommen Oliver	GAB	Nein
Bernasconi Patrizia	GAB	Nein
Hanauer Raffaella	GAB	Nein
Fuhrer Raphael	GAB	Nein
Ineichen Anina	GAB	Nein
Messerli Beatrice	GAB	Nein
Bolliger Oliver	GAB	Nein
Hoppler Laurin	GAB	Nein
Wirz Lea	GAB	Nein
Zürcher Tonja	GAB	Nein
Lachenmeier Michelle	GAB	Nein
Mück Heidi	GAB	Nein
Leuthardt Beat	GAB	Nein
Weibel Fleur	GAB	Nein

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	Nein
Baumgartner Claudia	GLP	Nein
Christ Tobias	GLP	Nein
Wüest-Rudin David	GLP	Nein
Kühne Brigitte	GLP	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Nein
Pekerman Bülent	GLP	Nein
Sieber Johannes	GLP	Nein
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Nein
Furlano Raoul I.	LDP	Nein
Isler-Christ Lydia	LDP	Nein
Alioth Catherine	LDP	Nein
Hug Michael	LDP	Nein
von Falkenstein Annina	LDP	Nein
Stephenson Jeremy	LDP	Nein
Müry Thomas	LDP	Nein
Bocherens François	LDP	Nein
Faesch Lukas	LDP	Nein
von Wartburg Beat	LDP	Nein
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	Nein
Hettich Daniel	LDP	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Nein
Battaglia Olivier	LDP	Nein
Mathys Lisa	SP	Nein
Heer Barbara	SP	Nein
Gander Thomas	SP	Nein
Cuénod Tim	SP	Nein
Brigger René	SP	Nein
Nussbaumer Melanie	SP	Nein
Eberhard Melanie	SP	Nein
Yilmaz Semseddin	SP	Nein
Amacher Nicole	SP	-

Dill Alexandra	SP	Nein
Krummenacher Toya	SP	-
Kaufmann Danielle	SP	Nein
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	Nein
Pfister Pascal	SP	Nein
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	Nein
Hofer Salome	SP	-
Mattmüller Georg	SP	Nein
Gölgeli Edibe	SP	Nein
Balmer Ivo	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	Nein
Kabakci Mahir	SP	Nein
Bessenich Salome	SP	-
Baumgartner Beda	SP	Nein
Seggiani Michela	SP	Nein
Mazzotti Sasha	SP	Nein
Roth Franziska	SP	Nein
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Trachsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Nein
Stumpf Daniela	SVP	-
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	Nein
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Nein

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nein	91	9	6	0	18	8	14	26	10
Enthaltung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abwesend	9	1	1	1	0	0	1	4	1
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 22\_02: Überweisung

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Nein
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	-
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Nein
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Nein
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Nein
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Nein
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Nein
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	Nein
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüsche Karin	FDP	Nein
Braun Beat	FDP	Nein
Eichner Mark	FDP	Nein
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	-
Vergeat Jo	GAB	Nein
Thiriet Jérôme	GAB	Nein
Thommen Oliver	GAB	Nein
Bernasconi Patrizia	GAB	Nein
Hanauer Raffaella	GAB	Nein
Fuhrer Raphael	GAB	Nein
Ineichen Anina	GAB	Nein
Messerli Beatrice	GAB	Nein
Bolliger Oliver	GAB	Nein
Hoppler Laurin	GAB	Nein
Wirz Lea	GAB	Nein
Zürcher Tonja	GAB	Nein
Lachenmeier Michelle	GAB	Nein
Mück Heidi	GAB	Nein
Leuthardt Beat	GAB	Nein
Weibel Fleur	GAB	Nein

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	Nein
Baumgartner Claudia	GLP	Nein
Christ Tobias	GLP	Nein
Wüest-Rudin David	GLP	Nein
Kühne Brigitte	GLP	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Nein
Pekerman Bülent	GLP	Nein
Sieber Johannes	GLP	Nein
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Nein
Furlano Raoul I.	LDP	Nein
Isler-Christ Lydia	LDP	Nein
Alioth Catherine	LDP	Nein
Hug Michael	LDP	Nein
von Falkenstein Annina	LDP	Nein
Stephenson Jeremy	LDP	Nein
Müry Thomas	LDP	Nein
Bocherens François	LDP	Nein
Faesch Lukas	LDP	Nein
von Wartburg Beat	LDP	Nein
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	Nein
Hettich Daniel	LDP	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Nein
Battaglia Olivier	LDP	Nein
Mathys Lisa	SP	Nein
Heer Barbara	SP	Nein
Gander Thomas	SP	Nein
Cuénod Tim	SP	Nein
Brigger René	SP	Nein
Nussbaumer Melanie	SP	Nein
Eberhard Melanie	SP	Nein
Yilmaz Semseddin	SP	Nein
Amacher Nicole	SP	Nein

Dill Alexandra	SP	Nein
Krummenacher Toya	SP	-
Kaufmann Danielle	SP	Nein
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	Nein
Pfister Pascal	SP	Nein
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	Nein
Hofer Salome	SP	-
Mattmüller Georg	SP	Nein
Gölgeli Edibe	SP	Nein
Balmer Ivo	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	Nein
Kabakci Mahir	SP	Nein
Bessenich Salome	SP	-
Baumgartner Beda	SP	Nein
Seggiani Michela	SP	Nein
Mazzotti Sasha	SP	Nein
Roth Franziska	SP	Nein
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Trachsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Nein
Stumpf Daniela	SVP	-
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	-
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Nein

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nein	91	9	6	0	18	8	14	27	9
Enthaltung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abwesend	9	1	1	1	0	0	1	3	2
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 22\_03: Überweisung

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Nein
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	-
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Nein
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Nein
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Nein
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Nein
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Nein
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	Nein
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüsche Karin	FDP	Nein
Braun Beat	FDP	Nein
Eichner Mark	FDP	Nein
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	-
Vergeat Jo	GAB	Nein
Thiriet Jérôme	GAB	Nein
Thommen Oliver	GAB	Nein
Bernasconi Patrizia	GAB	Nein
Hanauer Raffaella	GAB	Nein
Fuhrer Raphael	GAB	Nein
Ineichen Anina	GAB	Nein
Messerli Beatrice	GAB	Nein
Bolliger Oliver	GAB	Nein
Hoppler Laurin	GAB	Nein
Wirz Lea	GAB	Nein
Zürcher Tonja	GAB	Nein
Lachenmeier Michelle	GAB	Nein
Mück Heidi	GAB	Nein
Leuthardt Beat	GAB	Nein
Weibel Fleur	GAB	Nein

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	Nein
Baumgartner Claudia	GLP	Nein
Christ Tobias	GLP	Nein
Wüest-Rudin David	GLP	Nein
Kühne Brigitte	GLP	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Nein
Pekerman Bülent	GLP	Nein
Sieber Johannes	GLP	Nein
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Nein
Furlano Raoul I.	LDP	Nein
Isler-Christ Lydia	LDP	Nein
Alioth Catherine	LDP	Nein
Hug Michael	LDP	Nein
von Falkenstein Annina	LDP	Nein
Stephenson Jeremy	LDP	Nein
Müry Thomas	LDP	Nein
Bocherens François	LDP	Nein
Faesch Lukas	LDP	Nein
von Wartburg Beat	LDP	Nein
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	Nein
Hettich Daniel	LDP	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	-
Battaglia Olivier	LDP	Nein
Mathys Lisa	SP	Nein
Heer Barbara	SP	Nein
Gander Thomas	SP	Nein
Cuénod Tim	SP	Nein
Brigger René	SP	Nein
Nussbaumer Melanie	SP	Nein
Eberhard Melanie	SP	Nein
Yilmaz Semseddin	SP	Nein
Amacher Nicole	SP	Nein

Dill Alexandra	SP	Nein
Krummenacher Toya	SP	-
Kaufmann Danielle	SP	Nein
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	Nein
Pfister Pascal	SP	Nein
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	Nein
Hofer Salome	SP	-
Mattmüller Georg	SP	Nein
Gölgeli Edibe	SP	Nein
Balmer Ivo	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	Nein
Kabakci Mahir	SP	Nein
Bessenich Salome	SP	-
Baumgartner Beda	SP	Nein
Seggiani Michela	SP	Nein
Mazzotti Sasha	SP	Nein
Roth Franziska	SP	Nein
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Trachsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Nein
Stumpf Daniela	SVP	-
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	-
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Nein

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nein	90	9	6	0	18	8	13	27	9
Enthaltung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abwesend	10	1	1	1	0	0	2	3	2
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 22\_04: Überweisung

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Nein
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	-
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Nein
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Nein
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Nein
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Nein
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	-
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	Nein
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüscheweiler Karin	FDP	Nein
Braun Beat	FDP	Nein
Eichner Mark	FDP	Nein
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	-
Vergeat Jo	GAB	Nein
Thiriet Jérôme	GAB	Nein
Thommen Oliver	GAB	Nein
Bernasconi Patrizia	GAB	Nein
Hanauer Raffaella	GAB	Nein
Fuhrer Raphael	GAB	Nein
Ineichen Anina	GAB	Nein
Messerli Beatrice	GAB	Nein
Bolliger Oliver	GAB	Nein
Hoppler Laurin	GAB	Nein
Wirz Lea	GAB	Nein
Zürcher Tonja	GAB	Nein
Lachenmeier Michelle	GAB	Nein
Mück Heidi	GAB	Nein
Leuthardt Beat	GAB	Nein
Weibel Fleur	GAB	Nein

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	Nein
Baumgartner Claudia	GLP	Nein
Christ Tobias	GLP	Nein
Wüest-Rudin David	GLP	Nein
Kühne Brigitte	GLP	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Nein
Pekerman Bülent	GLP	Nein
Sieber Johannes	GLP	Nein
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Nein
Furlano Raoul I.	LDP	Nein
Isler-Christ Lydia	LDP	Nein
Alioth Catherine	LDP	Nein
Hug Michael	LDP	Nein
von Falkenstein Annina	LDP	Nein
Stephenson Jeremy	LDP	Nein
Müry Thomas	LDP	Nein
Bocherens François	LDP	Nein
Faesch Lukas	LDP	Nein
von Wartburg Beat	LDP	Nein
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	Nein
Hettich Daniel	LDP	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	-
Battaglia Olivier	LDP	Nein
Mathys Lisa	SP	Nein
Heer Barbara	SP	-
Gander Thomas	SP	Nein
Cuénod Tim	SP	Nein
Brigger René	SP	Nein
Nussbaumer Melanie	SP	Nein
Eberhard Melanie	SP	Nein
Yilmaz Semseddin	SP	Nein
Amacher Nicole	SP	Nein

Dill Alexandra	SP	Nein
Krummenacher Toya	SP	-
Kaufmann Danielle	SP	-
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	Nein
Pfister Pascal	SP	Nein
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	Nein
Hofer Salome	SP	-
Mattmüller Georg	SP	Nein
Gölgeli Edibe	SP	Nein
Balmer Ivo	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	Nein
Kabakci Mahir	SP	Nein
Bessenich Salome	SP	-
Baumgartner Beda	SP	Nein
Seggiani Michela	SP	Nein
Mazzotti Sasha	SP	Nein
Roth Franziska	SP	Nein
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Trachsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Nein
Stumpf Daniela	SVP	-
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	-
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Nein

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nein	87	8	6	0	18	8	13	25	9
Enthaltung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abwesend	13	2	1	1	0	0	2	5	2
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 22\_05: Überweisung

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Nein
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	-
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Nein
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Nein
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Nein
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Nein
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Nein
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	Nein
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüsche Karin	FDP	Nein
Braun Beat	FDP	Nein
Eichner Mark	FDP	Nein
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	-
Vergeat Jo	GAB	Nein
Thiriet Jérôme	GAB	Nein
Thommen Oliver	GAB	Nein
Bernasconi Patrizia	GAB	Nein
Hanauer Raffaella	GAB	Nein
Fuhrer Raphael	GAB	-
Ineichen Anina	GAB	Nein
Messerli Beatrice	GAB	Nein
Bolliger Oliver	GAB	Nein
Hoppler Laurin	GAB	Nein
Wirz Lea	GAB	Nein
Zürcher Tonja	GAB	Nein
Lachenmeier Michelle	GAB	Nein
Mück Heidi	GAB	Nein
Leuthardt Beat	GAB	Nein
Weibel Fleur	GAB	Nein

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	Nein
Baumgartner Claudia	GLP	Nein
Christ Tobias	GLP	Nein
Wüest-Rudin David	GLP	Nein
Kühne Brigitte	GLP	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Nein
Pekerman Bülent	GLP	Nein
Sieber Johannes	GLP	Nein
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Nein
Furlano Raoul I.	LDP	Nein
Isler-Christ Lydia	LDP	Nein
Alioth Catherine	LDP	Nein
Hug Michael	LDP	Nein
von Falkenstein Annina	LDP	Nein
Stephenson Jeremy	LDP	Nein
Müry Thomas	LDP	Nein
Bocherens François	LDP	Nein
Faesch Lukas	LDP	Nein
von Wartburg Beat	LDP	Nein
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	Nein
Hettich Daniel	LDP	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	-
Battaglia Olivier	LDP	-
Mathys Lisa	SP	Nein
Heer Barbara	SP	Nein
Gander Thomas	SP	Nein
Cuénod Tim	SP	Nein
Brigger René	SP	Nein
Nussbaumer Melanie	SP	Nein
Eberhard Melanie	SP	Nein
Yilmaz Semseddin	SP	Nein
Amacher Nicole	SP	Nein

Dill Alexandra	SP	Nein
Krummenacher Toya	SP	-
Kaufmann Danielle	SP	Nein
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	Nein
Pfister Pascal	SP	Nein
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	Nein
Hofer Salome	SP	-
Mattmüller Georg	SP	Nein
Gölgeli Edibe	SP	Nein
Balmer Ivo	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	Nein
Kabakci Mahir	SP	Nein
Bessenich Salome	SP	-
Baumgartner Beda	SP	Nein
Seggiani Michela	SP	Nein
Mazzotti Sasha	SP	Nein
Roth Franziska	SP	Nein
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Trachsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Nein
Stumpf Daniela	SVP	-
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	-
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Nein

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nein	88	9	6	0	17	8	12	27	9
Enthaltung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abwesend	12	1	1	1	1	0	3	3	2
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 22\_06: Überweisung

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Nein
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	-
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Nein
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Nein
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Nein
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Nein
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	-
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	-
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüsche Karin	FDP	Nein
Braun Beat	FDP	Nein
Eichner Mark	FDP	Nein
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	-
Vergeat Jo	GAB	Nein
Thiriet Jérôme	GAB	Nein
Thommen Oliver	GAB	Nein
Bernasconi Patrizia	GAB	Nein
Hanauer Raffaella	GAB	Nein
Fuhrer Raphael	GAB	-
Ineichen Anina	GAB	Nein
Messerli Beatrice	GAB	Nein
Bolliger Oliver	GAB	Nein
Hoppler Laurin	GAB	Nein
Wirz Lea	GAB	Nein
Zürcher Tonja	GAB	Nein
Lachenmeier Michelle	GAB	Nein
Mück Heidi	GAB	Nein
Leuthardt Beat	GAB	-
Weibel Fleur	GAB	Nein

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	Nein
Baumgartner Claudia	GLP	Nein
Christ Tobias	GLP	Nein
Wüest-Rudin David	GLP	Nein
Kühne Brigitte	GLP	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Nein
Pekerman Bülent	GLP	Nein
Sieber Johannes	GLP	Nein
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Nein
Furlano Raoul I.	LDP	Nein
Isler-Christ Lydia	LDP	Nein
Alioth Catherine	LDP	Nein
Hug Michael	LDP	Nein
von Falkenstein Annina	LDP	Nein
Stephenson Jeremy	LDP	Nein
Müry Thomas	LDP	Nein
Bocherens François	LDP	Nein
Faesch Lukas	LDP	Nein
von Wartburg Beat	LDP	Nein
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	Nein
Hettich Daniel	LDP	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	-
Battaglia Olivier	LDP	Nein
Mathys Lisa	SP	Nein
Heer Barbara	SP	Nein
Gander Thomas	SP	Nein
Cuénod Tim	SP	Nein
Brigger René	SP	Nein
Nussbaumer Melanie	SP	Nein
Eberhard Melanie	SP	Nein
Yilmaz Semseddin	SP	Nein
Amacher Nicole	SP	Nein

Dill Alexandra	SP	Nein
Krummenacher Toya	SP	-
Kaufmann Danielle	SP	Nein
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	Nein
Pfister Pascal	SP	Nein
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	Nein
Hofer Salome	SP	-
Mattmüller Georg	SP	Nein
Gölgeli Edibe	SP	Nein
Balmer Ivo	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	Nein
Kabakci Mahir	SP	Nein
Bessenich Salome	SP	-
Baumgartner Beda	SP	Nein
Seggiani Michela	SP	Nein
Mazzotti Sasha	SP	Nein
Roth Franziska	SP	Nein
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Trchsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Nein
Stumpf Daniela	SVP	-
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	-
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Nein

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nein	86	7	6	0	16	8	13	27	9
Enthaltung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abwesend	14	3	1	1	2	0	2	3	2
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 22\_07: Überweisung

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Nein
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	-
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Nein
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Nein
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Nein
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Nein
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Nein
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	Nein
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüsche Karin	FDP	Nein
Braun Beat	FDP	Nein
Eichner Mark	FDP	Nein
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	-
Vergeat Jo	GAB	Nein
Thiriet Jérôme	GAB	Nein
Thommen Oliver	GAB	Nein
Bernasconi Patrizia	GAB	Nein
Hanauer Raffaella	GAB	Nein
Fuhrer Raphael	GAB	-
Ineichen Anina	GAB	Nein
Messerli Beatrice	GAB	Nein
Bolliger Oliver	GAB	Nein
Hoppler Laurin	GAB	Nein
Wirz Lea	GAB	-
Zürcher Tonja	GAB	Nein
Lachenmeier Michelle	GAB	Nein
Mück Heidi	GAB	Nein
Leuthardt Beat	GAB	Nein
Weibel Fleur	GAB	Nein

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	Nein
Baumgartner Claudia	GLP	Nein
Christ Tobias	GLP	Nein
Wüest-Rudin David	GLP	Nein
Kühne Brigitte	GLP	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Nein
Pekerman Bülent	GLP	Nein
Sieber Johannes	GLP	Nein
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Nein
Furlano Raoul I.	LDP	-
Isler-Christ Lydia	LDP	Nein
Alioth Catherine	LDP	Nein
Hug Michael	LDP	Nein
von Falkenstein Annina	LDP	Nein
Stephenson Jeremy	LDP	Nein
Müry Thomas	LDP	Nein
Bocherens François	LDP	Nein
Faesch Lukas	LDP	Nein
von Wartburg Beat	LDP	Nein
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	Nein
Hettich Daniel	LDP	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	-
Battaglia Olivier	LDP	Nein
Mathys Lisa	SP	Nein
Heer Barbara	SP	-
Gander Thomas	SP	Nein
Cuénod Tim	SP	Nein
Brigger René	SP	Nein
Nussbaumer Melanie	SP	Nein
Eberhard Melanie	SP	Nein
Yilmaz Semseddin	SP	Nein
Amacher Nicole	SP	Nein

Dill Alexandra	SP	Nein
Krummenacher Toya	SP	-
Kaufmann Danielle	SP	Nein
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	Nein
Pfister Pascal	SP	Nein
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	Nein
Hofer Salome	SP	-
Mattmüller Georg	SP	Nein
Gölgeli Edibe	SP	Nein
Balmer Ivo	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	Nein
Kabakci Mahir	SP	Nein
Bessenich Salome	SP	-
Baumgartner Beda	SP	Nein
Seggiani Michela	SP	Nein
Mazzotti Sasha	SP	Nein
Roth Franziska	SP	Nein
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Trchsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Nein
Stumpf Daniela	SVP	-
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	-
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Nein

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nein	86	9	6	0	16	8	12	26	9
Enthaltung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abwesend	14	1	1	1	2	0	3	4	2
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 22\_08: Überweisung

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Nein
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	Nein
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Nein
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Nein
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Nein
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Nein
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Nein
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	Nein
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüsche Karin	FDP	-
Braun Beat	FDP	Nein
Eichner Mark	FDP	Nein
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	-
Vergeat Jo	GAB	Nein
Thiriet Jérôme	GAB	Nein
Thommen Oliver	GAB	Nein
Bernasconi Patrizia	GAB	Nein
Hanauer Raffaella	GAB	Nein
Fuhrer Raphael	GAB	-
Ineichen Anina	GAB	Nein
Messerli Beatrice	GAB	Nein
Bolliger Oliver	GAB	Nein
Hoppler Laurin	GAB	Nein
Wirz Lea	GAB	Nein
Zürcher Tonja	GAB	Nein
Lachenmeier Michelle	GAB	Nein
Mück Heidi	GAB	Nein
Leuthardt Beat	GAB	Nein
Weibel Fleur	GAB	Nein

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	Nein
Baumgartner Claudia	GLP	Nein
Christ Tobias	GLP	Nein
Wüest-Rudin David	GLP	Nein
Kühne Brigitte	GLP	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Nein
Pekerman Bülent	GLP	Nein
Sieber Johannes	GLP	Nein
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Nein
Furlano Raoul I.	LDP	Nein
Isler-Christ Lydia	LDP	Nein
Alioth Catherine	LDP	Nein
Hug Michael	LDP	Nein
von Falkenstein Annina	LDP	Nein
Stephenson Jeremy	LDP	Nein
Müry Thomas	LDP	Nein
Bocherens François	LDP	Nein
Faesch Lukas	LDP	Nein
von Wartburg Beat	LDP	Nein
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	Nein
Hettich Daniel	LDP	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	-
Battaglia Olivier	LDP	Nein
Mathys Lisa	SP	Nein
Heer Barbara	SP	Nein
Gander Thomas	SP	Nein
Cuénod Tim	SP	Nein
Brigger René	SP	Nein
Nussbaumer Melanie	SP	Nein
Eberhard Melanie	SP	Nein
Yilmaz Semseddin	SP	Nein
Amacher Nicole	SP	Nein

Dill Alexandra	SP	Nein
Krummenacher Toya	SP	-
Kaufmann Danielle	SP	Nein
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	Nein
Pfister Pascal	SP	Nein
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	Nein
Hofer Salome	SP	-
Mattmüller Georg	SP	Nein
Gölgeli Edibe	SP	Nein
Balmer Ivo	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	Nein
Kabakci Mahir	SP	Nein
Bessenich Salome	SP	-
Baumgartner Beda	SP	Nein
Seggiani Michela	SP	Nein
Mazzotti Sasha	SP	Nein
Roth Franziska	SP	Nein
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Trchsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Nein
Stumpf Daniela	SVP	-
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	-
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Nein

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nein	89	10	5	0	17	8	13	27	9
Enthaltung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abwesend	11	0	2	1	1	0	2	3	2
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>



Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 22\_09: Überweisung

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Nein
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	-
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Nein
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Nein
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Nein
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Nein
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Nein
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	Nein
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüsche Karin	FDP	Nein
Braun Beat	FDP	Nein
Eichner Mark	FDP	Nein
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	-
Vergeat Jo	GAB	Nein
Thiriet Jérôme	GAB	Nein
Thommen Oliver	GAB	Nein
Bernasconi Patrizia	GAB	Nein
Hanauer Raffaella	GAB	Nein
Fuhrer Raphael	GAB	-
Ineichen Anina	GAB	Nein
Messerli Beatrice	GAB	Nein
Bolliger Oliver	GAB	Nein
Hoppler Laurin	GAB	Nein
Wirz Lea	GAB	Nein
Zürcher Tonja	GAB	Nein
Lachenmeier Michelle	GAB	Nein
Mück Heidi	GAB	Nein
Leuthardt Beat	GAB	Nein
Weibel Fleur	GAB	Nein

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	Nein
Baumgartner Claudia	GLP	Nein
Christ Tobias	GLP	Nein
Wüest-Rudin David	GLP	Nein
Kühne Brigitte	GLP	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Nein
Pekerman Bülent	GLP	Nein
Sieber Johannes	GLP	Nein
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Nein
Furlano Raoul I.	LDP	Nein
Isler-Christ Lydia	LDP	Nein
Alioth Catherine	LDP	Nein
Hug Michael	LDP	Nein
von Falkenstein Annina	LDP	Nein
Stephenson Jeremy	LDP	Nein
Müry Thomas	LDP	Nein
Bocherens François	LDP	Nein
Faesch Lukas	LDP	Nein
von Wartburg Beat	LDP	Nein
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	Nein
Hettich Daniel	LDP	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	-
Battaglia Olivier	LDP	Nein
Mathys Lisa	SP	Nein
Heer Barbara	SP	Nein
Gander Thomas	SP	Nein
Cuénod Tim	SP	Nein
Brigger René	SP	Nein
Nussbaumer Melanie	SP	Nein
Eberhard Melanie	SP	Nein
Yilmaz Semseddin	SP	Nein
Amacher Nicole	SP	Nein

Dill Alexandra	SP	Nein
Krummenacher Toya	SP	-
Kaufmann Danielle	SP	Nein
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	Nein
Pfister Pascal	SP	Nein
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	Nein
Hofer Salome	SP	-
Mattmüller Georg	SP	Nein
Gölgeli Edibe	SP	Nein
Balmer Ivo	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	Nein
Kabakci Mahir	SP	Nein
Bessenich Salome	SP	-
Baumgartner Beda	SP	Nein
Seggiani Michela	SP	Nein
Mazzotti Sasha	SP	Nein
Roth Franziska	SP	Nein
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Trachsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Nein
Stumpf Daniela	SVP	-
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	-
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Nein

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nein	89	9	6	0	17	8	13	27	9
Enthaltung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abwesend	11	1	1	1	1	0	2	3	2
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 22\_10: Überweisung

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Nein
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	Nein
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Nein
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Nein
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Nein
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Nein
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Nein
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	Nein
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüsche Karin	FDP	Nein
Braun Beat	FDP	Nein
Eichner Mark	FDP	Nein
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	-
Vergeat Jo	GAB	Nein
Thiriet Jérôme	GAB	Nein
Thommen Oliver	GAB	Nein
Bernasconi Patrizia	GAB	Nein
Hanauer Raffaella	GAB	Nein
Fuhrer Raphael	GAB	-
Ineichen Anina	GAB	Nein
Messerli Beatrice	GAB	Nein
Bolliger Oliver	GAB	Nein
Hoppler Laurin	GAB	Nein
Wirz Lea	GAB	Nein
Zürcher Tonja	GAB	Nein
Lachenmeier Michelle	GAB	Nein
Mück Heidi	GAB	Nein
Leuthardt Beat	GAB	-
Weibel Fleur	GAB	Nein

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	Nein
Baumgartner Claudia	GLP	Nein
Christ Tobias	GLP	Nein
Wüest-Rudin David	GLP	Nein
Kühne Brigitte	GLP	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Nein
Pekerman Bülent	GLP	Nein
Sieber Johannes	GLP	Nein
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Nein
Furlano Raoul I.	LDP	Nein
Isler-Christ Lydia	LDP	Nein
Alioth Catherine	LDP	Nein
Hug Michael	LDP	Nein
von Falkenstein Annina	LDP	Nein
Stephenson Jeremy	LDP	Nein
Müry Thomas	LDP	Nein
Bocherens François	LDP	Nein
Faesch Lukas	LDP	Nein
von Wartburg Beat	LDP	Nein
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	Nein
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	-
Battaglia Olivier	LDP	Nein
Mathys Lisa	SP	Nein
Heer Barbara	SP	Nein
Gander Thomas	SP	Nein
Cuénod Tim	SP	Nein
Brigger René	SP	Nein
Nussbaumer Melanie	SP	Nein
Eberhard Melanie	SP	Nein
Yilmaz Semseddin	SP	Nein
Amacher Nicole	SP	Nein

Dill Alexandra	SP	Nein
Krummenacher Toya	SP	-
Kaufmann Danielle	SP	Nein
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	Nein
Pfister Pascal	SP	Nein
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	Nein
Hofer Salome	SP	-
Mattmüller Georg	SP	Nein
Gölgeli Edibe	SP	Nein
Balmer Ivo	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	Nein
Kabakci Mahir	SP	Nein
Bessenich Salome	SP	-
Baumgartner Beda	SP	Nein
Seggiani Michela	SP	Nein
Mazzotti Sasha	SP	Nein
Roth Franziska	SP	Nein
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Trachsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Nein
Stumpf Daniela	SVP	-
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	-
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Nein

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	1	0	0	0	0	0	1	0	0
Nein	88	10	6	0	16	8	12	27	9
Enthaltung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abwesend	11	0	1	1	2	0	2	3	2
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 22\_11: Überweisung

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Nein
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	Nein
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Nein
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Nein
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Nein
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Nein
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	-
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	Nein
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Nein
Braun Beat	FDP	Nein
Eichner Mark	FDP	Nein
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	-
Vergeat Jo	GAB	Nein
Thiriet Jérôme	GAB	Nein
Thommen Oliver	GAB	Nein
Bernasconi Patrizia	GAB	Nein
Hanauer Raffaella	GAB	Nein
Fuhrer Raphael	GAB	-
Ineichen Anina	GAB	Nein
Messerli Beatrice	GAB	Nein
Bolliger Oliver	GAB	Nein
Hoppler Laurin	GAB	Nein
Wirz Lea	GAB	Nein
Zürcher Tonja	GAB	Nein
Lachenmeier Michelle	GAB	Nein
Mück Heidi	GAB	Nein
Leuthardt Beat	GAB	Nein
Weibel Fleur	GAB	Nein

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	Nein
Baumgartner Claudia	GLP	Nein
Christ Tobias	GLP	Nein
Wüest-Rudin David	GLP	Nein
Kühne Brigitte	GLP	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Nein
Pekerman Bülent	GLP	Nein
Sieber Johannes	GLP	Nein
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Nein
Furlano Raoul I.	LDP	Nein
Isler-Christ Lydia	LDP	Nein
Alioth Catherine	LDP	Nein
Hug Michael	LDP	Nein
von Falkenstein Annina	LDP	Nein
Stephenson Jeremy	LDP	Nein
Müry Thomas	LDP	Nein
Bocherens François	LDP	Nein
Faesch Lukas	LDP	Nein
von Wartburg Beat	LDP	Nein
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	Nein
Hettich Daniel	LDP	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	-
Battaglia Olivier	LDP	Nein
Mathys Lisa	SP	Nein
Heer Barbara	SP	Nein
Gander Thomas	SP	Nein
Cuénod Tim	SP	Nein
Brigger René	SP	Nein
Nussbaumer Melanie	SP	Nein
Eberhard Melanie	SP	Nein
Yilmaz Semseddin	SP	Nein
Amacher Nicole	SP	-

Dill Alexandra	SP	Nein
Krummenacher Toya	SP	-
Kaufmann Danielle	SP	Nein
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	Nein
Pfister Pascal	SP	Nein
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	Nein
Hofer Salome	SP	-
Mattmüller Georg	SP	Nein
Gölgeli Edibe	SP	Nein
Balmer Ivo	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	Nein
Kabakci Mahir	SP	Nein
Bessenich Salome	SP	-
Baumgartner Beda	SP	Nein
Seggiani Michela	SP	Nein
Mazzotti Sasha	SP	Nein
Roth Franziska	SP	Nein
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Trachsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Nein
Stumpf Daniela	SVP	-
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	-
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Nein

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nein	88	9	6	0	17	8	13	26	9
Enthaltung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abwesend	12	1	1	1	1	0	2	4	2
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 22\_13: Überweisung

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	Ja
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	-
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Ja
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	-
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüscheiler Karin	FDP	-
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	Enthaltung
Vergeat Jo	GAB	Ja
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaella	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Ineichen Anina	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	Ja
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	-
Leuthardt Beat	GAB	Ja
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Nein
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Nein
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	-
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	-
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Eberhard Melanie	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	-
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	-
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	-
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Balmer Ivo	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Bessenich Salome	SP	-
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Trchsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Nein

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	79	8	2	0	17	8	13	24	7
Nein	8	0	2	0	0	0	2	0	4
Enthaltung	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Abwesend	12	2	3	0	1	0	0	6	0
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 23\_ Abstimmung

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Nein
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	Ja
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Ja
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	-
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Enthaltung
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüscheweiler Karin	FDP	-
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Enthaltung
Vergeat Jo	GAB	Enthaltung
Thiriet Jérôme	GAB	Nein
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaella	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Ineichen Anina	GAB	Nein
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	Ja
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	-
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Nein
Heer Barbara	SP	-
Gander Thomas	SP	Nein
Cuénod Tim	SP	Nein
Brigger René	SP	Nein
Nussbaumer Melanie	SP	Nein
Eberhard Melanie	SP	Nein
Yilmaz Semseddin	SP	Nein
Amacher Nicole	SP	Nein

Dill Alexandra	SP	-
Krummenacher Toya	SP	Nein
Kaufmann Danielle	SP	-
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	Nein
Pfister Pascal	SP	Nein
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	Nein
Hofer Salome	SP	Nein
Mattmüller Georg	SP	Nein
Gölgeli Edibe	SP	Nein
Balmer Ivo	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	Nein
Kabakci Mahir	SP	Nein
Bessenich Salome	SP	Nein
Baumgartner Beda	SP	Nein
Seggiani Michela	SP	Nein
Mazzotti Sasha	SP	Nein
Roth Franziska	SP	Nein
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Trchsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Nein
Stumpf Daniela	SVP	Nein
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Nein

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	48	8	3	0	13	8	14	0	2
Nein	41	1	1	0	3	0	0	27	9
Enthaltung	3	0	1	1	1	0	0	0	0
Abwesend	8	1	2	0	1	0	1	3	0
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>

**Abstimmung**

**Ergebnis der Abstimmung**

**Geschäft:** Trakt. 24\_ Überweisung

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	-
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	Enthaltung
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Ja
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	-
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	-
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	-
Braun Beat	FDP	Nein
Eichner Mark	FDP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Enthaltung
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GAB	Ja
Thiriet Jérôme	GAB	-
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaella	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Ineichen Anina	GAB	-
Messerli Beatrice	GAB	-
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	Ja
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	-
Weibel Fleur	GAB	-

Friedl Harald	GAB	-
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Nein
Alioth Catherine	LDP	Nein
Hug Michael	LDP	-
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	-
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Eberhard Melanie	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	-

Dill Alexandra	SP	-
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	-
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	-
Balmer Ivo	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Bessenich Salome	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	-
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	-
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trchsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	-
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Nein
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer Jenny	SVP	Ja

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	70	7	1	0	12	8	11	23	8
Nein	7	0	2	1	0	0	2	0	2
Enthaltung	2	1	1	0	0	0	0	0	0
Abwesend	21	2	3	0	6	0	2	7	1
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 27\_ Abstimmung

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Nein
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	Ja
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Nein
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	-
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	-
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüscheiler Karin	FDP	-
Braun Beat	FDP	Nein
Eichner Mark	FDP	Nein
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	Enthaltung
Vergeat Jo	GAB	Ja
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaella	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Ineichen Anina	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	Ja
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Ja
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Nein
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Nein
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Nein
Bocherens François	LDP	-
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	Nein
Hettich Daniel	LDP	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	-
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Eberhard Melanie	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	-
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	-
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Enthaltung
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	-
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Balmer Ivo	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Bessenich Salome	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Nein

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	75	7	0	0	18	7	9	25	9
Nein	13	2	4	0	0	1	4	0	2
Enthaltung	2	0	0	1	0	0	0	1	0
Abwesend	10	1	3	0	0	0	2	4	0
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 45\_Abstimmung

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	-
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	-
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	-
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	-
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	-
Urgese Luca	FDP	-
Sartorius-Brüscheiler Karin	FDP	-
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Enthaltung
Vergeat Jo	GAB	Nein
Thiriet Jérôme	GAB	Nein
Thommen Oliver	GAB	Nein
Bernasconi Patrizia	GAB	-
Hanauer Raffaella	GAB	Nein
Fuhrer Raphael	GAB	Nein
Ineichen Anina	GAB	Nein
Messerli Beatrice	GAB	Nein
Bolliger Oliver	GAB	Nein
Hoppler Laurin	GAB	Nein
Wirz Lea	GAB	Nein
Zürcher Tonja	GAB	Nein
Lachenmeier Michelle	GAB	Nein
Mück Heidi	GAB	Nein
Leuthardt Beat	GAB	-
Weibel Fleur	GAB	Nein

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	Nein
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	-
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	-
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	-
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	-
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	-
Hettich Daniel	LDP	-
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	-
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	-
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Eberhard Melanie	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	-
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	-
Krummenacher Toya	SP	-
Kaufmann Danielle	SP	-
Sägesser Daniel	SP	-
von Wartburg Christian	SP	-
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	-
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	-
Mattmüller Georg	SP	-
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Balmer Ivo	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Bessenich Salome	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	-
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trchsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	-
Amiet Lorenz	SVP	-
Wehrli Felix	SVP	-
Schweizer Jenny	SVP	Ja

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	50	5	3	0	0	6	9	19	8
Nein	17	1	0	0	16	0	0	0	0
Enthaltung	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Abwesend	32	4	4	0	2	2	6	11	3
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>



Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 46\_Abstimmung

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	Ja
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	-
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Nein
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	-
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	-
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüscheiler Karin	FDP	-
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Enthaltung
Vergeat Jo	GAB	Ja
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaella	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Ineichen Anina	GAB	-
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	Ja
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	-
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	-
Bothe-Wenk Sandra	GLP	-
Furlano Raoul I.	LDP	Nein
Isler-Christ Lydia	LDP	Nein
Alioth Catherine	LDP	Nein
Hug Michael	LDP	Nein
von Falkenstein Annina	LDP	Nein
Stephenson Jeremy	LDP	Nein
Müry Thomas	LDP	Nein
Bocherens François	LDP	Nein
Faesch Lukas	LDP	Nein
von Wartburg Beat	LDP	Nein
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	-
Hettich Daniel	LDP	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Nein
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	-
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Eberhard Melanie	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	-
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	-
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	-
Mattmüller Georg	SP	-
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Balmer Ivo	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Bessenich Salome	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	-
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Trachsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Nein
Stumpf Daniela	SVP	Nein
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	-
Amiet Lorenz	SVP	-
Wehrli Felix	SVP	-
Schweizer Jenny	SVP	Nein

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	58	6	5	0	16	6	1	24	0
Nein	21	1	0	0	0	0	12	0	8
Enthaltung	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Abwesend	20	3	2	0	2	2	2	6	3
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 49\_Abstimmung

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Nein
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	Ja
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Nein
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Nein
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	-
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüsche Karin	FDP	-
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	Ja
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Enthaltung
Vergeat Jo	GAB	Ja
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Nein
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaella	GAB	Nein
Fuhrer Raphael	GAB	Nein
Ineichen Anina	GAB	-
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	Ja
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Nein
Lachenmeier Michelle	GAB	Enthaltung
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Ja
Weibel Fleur	GAB	Nein

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	Enthaltung
Baumgartner Claudia	GLP	Nein
Christ Tobias	GLP	Nein
Wüest-Rudin David	GLP	Nein
Kühne Brigitte	GLP	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Nein
Sieber Johannes	GLP	Nein
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Enthaltung
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	-
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Nein
Heer Barbara	SP	-
Gander Thomas	SP	Nein
Cuénod Tim	SP	Nein
Brigger René	SP	Nein
Nussbaumer Melanie	SP	Nein
Eberhard Melanie	SP	Nein
Yilmaz Semseddin	SP	Nein
Amacher Nicole	SP	Nein

Dill Alexandra	SP	-
Krummenacher Toya	SP	Nein
Kaufmann Danielle	SP	-
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	Nein
Pfister Pascal	SP	Nein
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	Nein
Hofer Salome	SP	Nein
Mattmüller Georg	SP	Nein
Gölgeli Edibe	SP	Nein
Balmer Ivo	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	Nein
Kabakci Mahir	SP	Nein
Bessenich Salome	SP	Nein
Baumgartner Beda	SP	Nein
Seggiani Michela	SP	Nein
Mazzotti Sasha	SP	Nein
Roth Franziska	SP	Nein
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trachsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer Jenny	SVP	Ja

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	43	4	5	0	9	1	13	0	11
Nein	44	5	0	0	6	6	0	27	0
Enthaltung	4	0	0	1	2	1	0	0	0
Abwesend	9	1	2	0	1	0	2	3	0
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 51\_Überweisung

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Enthaltung
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	Nein
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Nein
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Nein
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Nein
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Ja
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	-
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüsche Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GAB	Ja
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaella	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Ineichen Anina	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	Ja
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Ja
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	-
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Nein
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Nein
Isler-Christ Lydia	LDP	Nein
Alioth Catherine	LDP	Nein
Hug Michael	LDP	Nein
von Falkenstein Annina	LDP	Nein
Stephenson Jeremy	LDP	Nein
Müry Thomas	LDP	Nein
Bocherens François	LDP	Nein
Faesch Lukas	LDP	Nein
von Wartburg Beat	LDP	Nein
Auderset André	LDP	Nein
Ebi Alex	LDP	Nein
Hettich Daniel	LDP	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Nein
Battaglia Olivier	LDP	Nein
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	-
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Eberhard Melanie	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	-
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	-
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Balmer Ivo	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Bessenich Salome	SP	-
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Trachsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Nein
Stumpf Daniela	SVP	Nein
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	Nein
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Nein

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	58	3	4	0	18	7	0	26	0
Nein	33	5	1	1	0	0	15	0	11
Enthaltung	1	1	0	0	0	0	0	0	0
Abwesend	8	1	2	0	0	1	0	4	0
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 63\_Motion oder Anzug

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	Ja
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Ja
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	-
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüsche Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Enthaltung
Vergeat Jo	GAB	Nein
Thiriet Jérôme	GAB	Nein
Thommen Oliver	GAB	Nein
Bernasconi Patrizia	GAB	Nein
Hanauer Raffaella	GAB	Nein
Fuhrer Raphael	GAB	Nein
Ineichen Anina	GAB	Nein
Messerli Beatrice	GAB	Nein
Bolliger Oliver	GAB	Nein
Hoppler Laurin	GAB	Nein
Wirz Lea	GAB	Nein
Zürcher Tonja	GAB	Nein
Lachenmeier Michelle	GAB	Nein
Mück Heidi	GAB	Nein
Leuthardt Beat	GAB	Nein
Weibel Fleur	GAB	Nein

Friedl Harald	GAB	Nein
Hazenkamp-von Arx	GAB	Nein
Baumgartner Claudia	GLP	Nein
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	-
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Nein
Sieber Johannes	GLP	Nein
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Nein
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	-
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	-
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	-
Mathys Lisa	SP	Nein
Heer Barbara	SP	-
Gander Thomas	SP	Nein
Cuénod Tim	SP	Nein
Brigger René	SP	Nein
Nussbaumer Melanie	SP	Nein
Eberhard Melanie	SP	Nein
Yilmaz Semseddin	SP	Nein
Amacher Nicole	SP	Nein

Dill Alexandra	SP	-
Krummenacher Toya	SP	Nein
Kaufmann Danielle	SP	-
Sägesser Daniel	SP	Nein
von Wartburg Christian	SP	Nein
Pfister Pascal	SP	Nein
Miozzari Claudio	SP	Nein
Perret Jean-Luc	SP	Nein
Erdogan Seyit	SP	Nein
Wittlin Stefan	SP	Nein
Hofer Salome	SP	-
Mattmüller Georg	SP	Nein
Gölgeli Edibe	SP	Nein
Balmer Ivo	SP	Nein
Brandenburger Jessica	SP	Nein
Kabakci Mahir	SP	Nein
Bessenich Salome	SP	Nein
Baumgartner Beda	SP	Nein
Seggiani Michela	SP	Nein
Mazzotti Sasha	SP	Nein
Roth Franziska	SP	Nein
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Ja
Trchsel David	SVP	Ja
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Ja
Suter Stefan	SVP	Ja
Amiet Lorenz	SVP	Ja
Wehrli Felix	SVP	Ja
Schweizer Jenny	SVP	Ja

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	37	8	4	0	0	3	11	0	11
Nein	50	1	1	0	18	4	0	26	0
Enthaltung	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Abwesend	12	1	2	0	0	1	4	4	0
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 63\_Überweisung

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	Nein
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Nein
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Ja
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	-
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Ja
Urgese Luca	FDP	Ja
Sartorius-Brüsche Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Ja
Eichner Mark	FDP	-
Zappalà Andreas	FDP	Enthaltung
Weber Eric	fraktionslos	Nein
Vergeat Jo	GAB	Ja
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaella	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Ineichen Anina	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	Ja
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Ja
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	-
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Enthaltung
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Nein
Bocherens François	LDP	Nein
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Nein
Auderset André	LDP	Nein
Ebi Alex	LDP	Nein
Hettich Daniel	LDP	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Nein
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	-
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Eberhard Melanie	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	-
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	-
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	-
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Balmer Ivo	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Bessenich Salome	SP	Ja
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Ja
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Trachsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Ja
Schaller Beat K.	SVP	Ja
Stumpf Daniela	SVP	Ja
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	Nein
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Nein

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	73	7	4	0	18	7	7	26	4
Nein	17	2	0	1	0	0	7	0	7
Enthaltung	2	0	1	0	0	0	1	0	0
Abwesend	8	1	2	0	0	1	0	4	0
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 64\_Überweisung

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	Ja
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Ja
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Ja
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	-
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüscheiler Karin	FDP	Ja
Braun Beat	FDP	Nein
Eichner Mark	FDP	Nein
Zappalà Andreas	FDP	Ja
Weber Eric	fraktionslos	Enthaltung
Vergeat Jo	GAB	Ja
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	-
Hanauer Raffaella	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Ineichen Anina	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	Ja
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	-
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	-
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Ja
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Nein
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	Nein
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	-
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	-
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Eberhard Melanie	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	-
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	-
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	-
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Balmer Ivo	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Bessenich Salome	SP	-
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Trchsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Nein
Stumpf Daniela	SVP	Nein
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	Nein
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Nein

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	71	9	2	0	16	7	13	24	0
Nein	17	0	4	0	0	0	2	0	11
Enthaltung	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Abwesend	11	1	1	0	2	1	0	6	0
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 67\_Abstimmung

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Nein
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Nein
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	Nein
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Nein
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Nein
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Nein
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Nein
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Nein
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	-
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüsche Karin	FDP	Nein
Braun Beat	FDP	Nein
Eichner Mark	FDP	Nein
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	Enthaltung
Vergeat Jo	GAB	Ja
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaella	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Ineichen Anina	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	Ja
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	-
Leuthardt Beat	GAB	Ja
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	Nein
Baumgartner Claudia	GLP	Nein
Christ Tobias	GLP	Nein
Wüest-Rudin David	GLP	Nein
Kühne Brigitte	GLP	-
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Nein
Pekerman Bülent	GLP	Nein
Sieber Johannes	GLP	Nein
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Nein
Furlano Raoul I.	LDP	Nein
Isler-Christ Lydia	LDP	Nein
Alioth Catherine	LDP	Nein
Hug Michael	LDP	Nein
von Falkenstein Annina	LDP	Nein
Stephenson Jeremy	LDP	Nein
Müry Thomas	LDP	Nein
Bocherens François	LDP	Nein
Faesch Lukas	LDP	Nein
von Wartburg Beat	LDP	Nein
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	Nein
Hettich Daniel	LDP	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Nein
Battaglia Olivier	LDP	Nein
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	-
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	Ja
Eberhard Melanie	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	Ja

Dill Alexandra	SP	-
Krummenacher Toya	SP	Ja
Kaufmann Danielle	SP	-
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	Ja
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Balmer Ivo	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Bessenich Salome	SP	-
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Trchsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Nein
Stumpf Daniela	SVP	Nein
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	Nein
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Nein

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	43	1	0	0	16	0	0	26	0
Nein	47	8	6	0	1	7	14	0	11
Enthaltung	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Abwesend	9	1	1	0	1	1	1	4	0
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>

Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft: Trakt. 68\_Abstimmung

Isler Beatrice	Die Mitte/EVP	Ja
Leonhardt Franz-Xaver	Die Mitte/EVP	Ja
Hochuli Christoph	Die Mitte/EVP	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth	Die Mitte/EVP	Nein
Strahm Andrea	Die Mitte/EVP	Nein
Gysin Brigitte	Die Mitte/EVP	Ja
Herter Balz	Die Mitte/EVP	Ja
Gallacchi Pasqualine	Die Mitte/EVP	Ja
Widmer-Huber Thomas	Die Mitte/EVP	Nein
Albietz Daniel	Die Mitte/EVP	-
Jenny David	FDP	-
Bucher Erich	FDP	Nein
Urgese Luca	FDP	Nein
Sartorius-Brüschweiler Karin	FDP	Nein
Braun Beat	FDP	-
Eichner Mark	FDP	Nein
Zappalà Andreas	FDP	Nein
Weber Eric	fraktionslos	Enthaltung
Vergeat Jo	GAB	Ja
Thiriet Jérôme	GAB	Ja
Thommen Oliver	GAB	Ja
Bernasconi Patrizia	GAB	Ja
Hanauer Raffaella	GAB	Ja
Fuhrer Raphael	GAB	Ja
Ineichen Anina	GAB	Ja
Messerli Beatrice	GAB	Ja
Bolliger Oliver	GAB	Ja
Hoppler Laurin	GAB	Ja
Wirz Lea	GAB	Ja
Zürcher Tonja	GAB	Ja
Lachenmeier Michelle	GAB	Ja
Mück Heidi	GAB	Ja
Leuthardt Beat	GAB	Ja
Weibel Fleur	GAB	Ja

Friedl Harald	GAB	Ja
Hazenkamp-von Arx	GAB	Ja
Baumgartner Claudia	GLP	Ja
Christ Tobias	GLP	Ja
Wüest-Rudin David	GLP	Ja
Kühne Brigitte	GLP	-
Rechsteiner Niggi Daniel	GLP	Ja
Pekerman Bülent	GLP	Ja
Sieber Johannes	GLP	Ja
Bothe-Wenk Sandra	GLP	Nein
Furlano Raoul I.	LDP	Ja
Isler-Christ Lydia	LDP	Ja
Alioth Catherine	LDP	Ja
Hug Michael	LDP	Ja
von Falkenstein Annina	LDP	Ja
Stephenson Jeremy	LDP	Ja
Müry Thomas	LDP	Ja
Bocherens François	LDP	Ja
Faesch Lukas	LDP	Ja
von Wartburg Beat	LDP	Ja
Auderset André	LDP	-
Ebi Alex	LDP	Ja
Hettich Daniel	LDP	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole	LDP	Ja
Battaglia Olivier	LDP	Ja
Mathys Lisa	SP	Ja
Heer Barbara	SP	-
Gander Thomas	SP	Ja
Cuénod Tim	SP	Ja
Brigger René	SP	Ja
Nussbaumer Melanie	SP	-
Eberhard Melanie	SP	Ja
Yilmaz Semseddin	SP	Ja
Amacher Nicole	SP	-

Dill Alexandra	SP	-
Krummenacher Toya	SP	-
Kaufmann Danielle	SP	-
Sägesser Daniel	SP	Ja
von Wartburg Christian	SP	Ja
Pfister Pascal	SP	Ja
Miozzari Claudio	SP	Ja
Perret Jean-Luc	SP	Ja
Erdogan Seyit	SP	Ja
Wittlin Stefan	SP	Ja
Hofer Salome	SP	Ja
Mattmüller Georg	SP	-
Gölgeli Edibe	SP	Ja
Balmer Ivo	SP	Ja
Brandenburger Jessica	SP	Ja
Kabakci Mahir	SP	Ja
Bessenich Salome	SP	-
Baumgartner Beda	SP	Ja
Seggiani Michela	SP	Ja
Mazzotti Sasha	SP	Ja
Roth Franziska	SP	Ja
Messerli Pascal	SVP	Nein
Hablützel-Bürki Gianna	SVP	Nein
Trachsel David	SVP	Nein
Thüring Joël	SVP	Nein
Schaller Beat K.	SVP	Nein
Stumpf Daniela	SVP	Nein
Stalder Roger	SVP	Nein
Suter Stefan	SVP	Nein
Amiet Lorenz	SVP	Nein
Wehrli Felix	SVP	Nein
Schweizer Jenny	SVP	Nein

	Total	die Mitte/EVP	FDP	fraktionslos	GAB	GLP	LDP	SP	SVP
Ja	65	5	0	0	18	6	14	22	0
Nein	21	4	5	0	0	1	0	0	11
Enthaltung	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Abwesend	13	1	2	0	0	1	1	8	0
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>15</b>	<b>30</b>	<b>11</b>



## Anhang C: Neue Vorstösse

### Anträge auf Einreichung einer Standesinitiative

1. **Antrag auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend rasche und proportionale Rückerstattung der Krankenkassen-Reserven an der Bevölkerung**

21.5793.01
------------

Laut Artikel 14 des Bundesgesetzes betreffend die Aufsicht über die soziale Krankenversicherung (KVAG) müssen Krankenversicherer zur Sicherstellung der Solvenz im Bereich der sozialen Krankenversicherung ausreichende Reserven bilden. Dabei legt das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) laut Artikel 11, Abs. 2 der Verordnung betreffend die Aufsicht über die soziale Krankenversicherung (KVAV) ein Modell zur Ermittlung der Mindesthöhe der Reserven fest. Es wird davon ausgegangen, dass ab einer Solvenzquote von 150 Prozent, der Krankenversicherer einen Prämienüberschuss an den Versicherten zurückerstatten kann. Wie die Assura in einer Medienmitteilung bekannt gab, stiegen aber die durchschnittlichen Reserven der Schweizer Krankenversicherer in den letzten drei Jahren übermässig stark und lagen Anfangs 2020 bei über 200 Prozent Solvenzquote. Bei gewissen Krankenversicherern liegen sie sogar über 300%.

Die Versicherten bezahlten also zu hohe Prämien in den letzten Jahren. Obwohl Reserven nötig sind, sind diese aktuell viel zu hoch und müssen der Bevölkerung rückerstattet werden. Weiter gibt es grosse kantonale Unterschiede, die berücksichtigt werden müssen. Der Kanton Basel-Stadt liegt sogar an der Spitze der Überschüsse mit geschätzten Fr. 1'148 pro versicherte Person für den Zeitraum 2014-2019 (Quelle: Berechnung auf der Grundlage der Statistik der obligatorischen Krankenversicherung und der Aufsichtsdaten OKP des BAG, Assura). Dieses Geld gehört den Versicherten und muss rasch aber auch kantonal proportional rückerstattet werden.

Aus diesem Grund ersuchen die Unterzeichneten den Grossen Rat, Namens des Kantons Basel-Stadt, gestützt auf Art. 160 Abs. 1 der Bundesverfassung, per Standesinitiative folgende Forderungen an die eidgenössischen Räte zu richten:

Durch Anpassung der gesetzlichen Grundlagen ist dafür zu sorgen, dass übermässige Krankenkassen-Reserven rasch und proportional zu den kantonalen Anteilen an die Versicherten zurückgeführt werden.

Balz Herter, Franz-Xaver Leonhardt, Mahir Kabakci, Luca Urgese, Thomas Gander, Joël Thüring, Oliver Thommen, Jessica Brandenburger, Olivier Battaglia, Beat Braun, Mark Eichner, Fleur Weibel, Johannes Sieber, Beda Baumgartner, Daniel Albietz, David Wüest-Rudin, Andrea Strahm, Pascal Messerli, Andrea Elisabeth Knellwolf, Annina von Falkenstein, Thomas Widmer-Huber

### Motionen

1. **Motion betreffend attraktives Steuerumfeld für Familien und Fachkräfte**

21.5794.01
------------

Der Kanton Basel-Stadt ist ein attraktiver Wirtschaftsstandort. Dies zeigen verschiedene regelmässig publizierte Standort-Ratings auf, wie der kantonale Wettbewerbsindikator der UBS, das Standortqualitätsranking der Credit Suisse oder der Freiheitsindex von Avenir Suisse. Ebendiese drei Ratings zeigen aber übereinstimmend auch auf, dass namentlich im Bereich der Besteuerung natürlicher Personen erheblicher Handlungsbedarf besteht. Hier schneidet der Kanton im Vergleich mitunter am schwächsten ab. Die Steuerbelastung einer Durchschnittsfamilie bis hin zur Steuerlast für Personen mit hohem Einkommen ist im nationalen Vergleich überdurchschnittlich hoch.

Bestätigt wird dieser Befund durch eine vertiefte Analyse der Steuerbelastung in der Stadt Basel durch Prof. Dr. Kurt Schmidheiny (publiziert in: Themendossier Kantonsfinanzen Basel-Stadt, Handelskammer beider Basel, 2021). Diese zeigt auf, dass die steuerliche Belastung bei der Einkommenssteuer teilweise deutlich höher liegt als im schweizerischen Mittel. Noch markanter ist die Differenz bei der Vermögenssteuer.

Basel, mit seiner offenen und international ausgerichteten Wirtschaft, ist in einem steten weltweiten Wettbewerb um die besten Fachkräfte. Diese wählen ihren Wohn- und Arbeitsort nicht nur, aber auch nach steuerlichen Kriterien. Schneidet ein Kanton im entsprechenden Einkommensbereich deutlich schlechter ab als andere Kantone oder Länder, kann dies ausschlaggebend dafür sein, einen anderen Wohn- und Arbeitsort zu wählen. Andere Kriterien wie ein attraktiver Wohnort, eine gute Infrastruktur, ausgebaute Kinderbetreuungsstrukturen oder ein reichhaltiges Kulturangebot vermögen das teilweise, aber eben nicht ganz zu kompensieren.

Angesichts der seit Jahren (und trotz Pandemie) anhaltenden Überschüsse des Kantons ist klar, dass dieser einen strukturellen Überschuss aufweist und mehr Geld einnimmt, als er zur Finanzierung seiner Aufgaben benötigt. Dies

trotz anhaltend hohen Investitionen und substanziellem Schuldenabbau. Die Forderung nach einer Steuersenkung ist daher mehr als berechtigt. Und wie aufgezeigt auch notwendig.

Die Unterzeichnenden fordern den Regierungsrat daher auf, dem Grossen Rat innert zwei Jahren eine Vorlage zu unterbreiten, welche eine Reduktion der Einkommenssteuerbelastung für Familien und Fachkräfte beinhaltet.

Luca Urgese, David Wüest-Rudin, Pascal Messerli, Andrea Elisabeth Knellwolf, Olivier Battaglia, Karin Sartorius, Beat Braun, Mark Eichner, Erich Bucher, Andreas Zappalà, Balz Herter, Joël Thüring

## 2. Motion betreffend Planung einer neuen gedeckten Radrennbahn

21.5795.01
------------

In der Schweiz gibt es aktuell nur drei gedeckte Radrennbahnen in Aigle, Genf und Grenchen sowie die offene Rennbahn in Zürich. Für die Radsportler in der Nordwestschweiz als auch angrenzenden Elsass und südlichen baden-württembergischen Raum fehlt somit eine wichtige Trainingsmöglichkeit und das Wintertraining auf der Bahn ist mit einem hohen Mobilitätsaufwand verbunden. Pläne für eine neue Bahn in Aesch sind vor etwa 10 Jahren trotz grosser Unterstützung gescheitert. Dass der Bedarf nach einer Radrennbahn hoch ist und vom Kanton betrieben werden kann, zeigt das Beispiel Genf.

Der Bahnradsport hat in Basel Tradition. Mit den offenen Bahnen im alten Landhof, Muttenz, Pratteln und der sogenannten Winterbahn in der Messe, stand den Basler Sportlerinnen lange Zeit eine Bahn zur Verfügung. Auf diesen sind auch zahlreiche nationale und internationale Wettkämpfe ausgetragen worden.

Eine Radrennbahn ist zudem eine wichtige Möglichkeit, um mit Kindern und Jugendlichen verkehrs- und witterungsunabhängig Nachwuchstrainings durchzuführen.

Der Bau der geplanten neuen Publikumssporthalle bietet die Gelegenheit, die Errichtung einer neuen Radrennbahn einzubeziehen, damit das Sportangebot des Kantons erweitert und die Attraktivität des Radsports gefördert werden kann.

Die Motionäre und Motionärinnen fordern den Regierungsrat deshalb auf, dem Grossen Rat innerhalb von zwei Jahren entsprechende Vorlagen für den Bau einer neuen gedeckten Radrennbahn vorzulegen.

Jérôme Thiriet, Jeremy Stephenson, Balz Herter, Stefan Wittlin, Beat Braun, Laurin Hoppler, Anina Ineichen, Mahir Kabakci, Alex Ebi, David Trachsel, Christian von Wartburg, Harald Friedl, Sandra Bothe, Marianne Hazenkamp, Olivier Battaglia

## 3. Motion betreffend gerechtes und ausgewogenes OeV-Angebot in allen Quartieren zur Bewahrung der Wohn- und Lebensverhältnisse (Tram und Bus für Alle!)

21.5805.01
------------

Die emotionalen Diskussionen um Haltestellen auf dem städtischen Tram- und Busnetz sind wichtig, sind doch alle Bewohnerinnen und Bewohner in der Stadt davon direkt betroffen und machen sich richtigerweise Gedanken zu ihrer Situation.

Parlamentarische Aufgabe ist aber auch die Versachlichung und Lösungsfindung. Wichtig ist, gerechte Regeln für Alle zu finden, die in den Quartieren wohnen sowie die dortigen Geschäfte und Läden.

Andere Schweizer Tramstädte sind uns da teilweise weit voraus, weshalb wir auf deren Erfahrungen zurückgreifen können. Am Überzeugendsten ist das Genfer OeV-Netzgesetz (Loi sur le reseau du transport public, Art. 2 «offre de base») - ein Erfolgsmodell! Damit konnten die Interessen von Bevölkerung und Gewerbe wesentlich unter einen Hut gebracht werden.

Für Basel ergibt sich daraus folgende Regelung: Nötig sind bei den Haltestellenlagen einheitliche und dadurch gerechte Einzugsgebiete innerhalb der Quartiere. Damit wird für Alle, die in den Quartieren wohnen oder arbeiten oder dort Läden besuchen, ein faires und gleichberechtigtes OeV-Angebot geschaffen. Es erlaubt auch, einzelne (zu) nahe beieinanderliegende Haltestellen flexibel so neu zu planen, dass keine Versorgungslücken entstehen, sondern dass alle Personen in den Quartieren gleich behandelt werden.

Insbesondere nehmen die gleichberechtigenden Regeln auch gebührend Rücksicht auf die Bedürfnisse all jener Menschen, denen das Gehen Mühe bereitet. Dazu sind natürlich Ältere zu zählen, aber auch Jüngere mit Sportbehinderungen (z.B. Skiunfall) oder in anderen schwierigen Situationen.

Die Unterzeichnenden möchten die Regierung verpflichten, innert 6 Monaten eine Vorlage vorzulegen, mit welcher das Gesetz über den Öffentlichen Verkehr vom 10.3.2004 (951.100) wie folgt ergänzt wird:

### § 3a (neu)

<sup>1</sup> Sämtliche städtischen Gebiete müssen vom OeV erschlossen sein. Als erschlossen gilt ein Gebiet, wenn die Haltestellen im städtischen Netz so angelegt sind, dass sie im Prinzip nicht weiter entfernt liegen als 300 Meter oder 5 Minuten Fussdistanz von und zur Haustür oder zum Geschäft.

Beat Leuthardt, Beatrice Messerli, Thomas Müry, Erich Bucher, Joël Thüring, Toya Krummenacher, Balz Herter, Michela Seggiani

**4. Motion für Unterstützung von aufsuchender Arbeit im Altersbereich**

21.5810.01

In Basel können viele Seniorinnen und Senioren auf ein reichhaltiges Angebot an Kursen, Beratungen und kulturellen Angeboten zurückgreifen. Diese Angebote erreichen aber nur einen Teil der älteren Bevölkerung. Eine andere Gruppe von alten Menschen wird von diesen Angeboten nicht erreicht und ist auf sich allein gestellt, weil es ihnen an Information, an Mobilität, an Kraft und auch an kognitiven oder sprachlichen Fähigkeiten fehlt, um am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen oder sich Hilfe zu organisieren. Es sind Menschen in Armut, mit chronischen Krankheiten, mit Demenz, psychischen Erkrankungen oder mit Migrationshintergrund. Mit Zunahme der Einpersonenhaushalte in Basel wächst diese Personengruppe stetig. Vereinsamung, häufige Spitaleintritte, Verwahrlosung, Verbeiständung und schlussendlich verfrühte, kostspielige Altersheimenintritte sind die Folge davon.

Auf Grund dieser Ausgangslage, hat sich der Verein Fundus Basel gegründet (<https://fundus-basel.ch/>). Dieser hat sich zum Ziel gesetzt, sich in besonderem Masse um diese oft «unsichtbaren» alten Menschen zu kümmern. Mobile Arbeit ist in den Bereichen Kinder, Jugendliche, Armutsbetroffene oder Suchterkrankte selbstverständlich, fehlt für Menschen im Alter in der Stadt Basel jedoch noch gänzlich. Um dieses Ziel zu erreichen, ist der Verein im Quartier unterwegs und kommt dort mit Personen in Kontakt, wo sie Zuhause sind. In spontanen oder vereinbarten Gesprächen auf der Strasse, bei Hausbesuchen oder am Telefon nimmt er diese diversen Anliegen auf, hilft mit Informationen weiter und vermittelt bei Bedarf Hilfestellungen aller Art (<https://www.srf.ch/audio/regionaljournal-basel-baseland/fundus-kuemmert-sich-um-alte-menschen-die-unsichtbar-sind>).

Und er agiert auch im Bereich der Netzwerkarbeit und organisiert Netzwerktreffen von Institutionen im Bereich der Altersinstitutionen. Träger des Vereins Fundus Basel sind Senior\*innen aus dem Quartier und Institutionen aus dem Netzwerk der Altersinstitutionen. Diese sind überzeugt, dass ein Teil ihrer Arbeit nur mit Hilfe der mobilen Altersarbeit möglich ist. Aktuell besteht das Netzwerk aus 31 Organisationen, seit Beginn kommen laufend neue Organisationen dazu (Aktueller Stand hier einsehbar: <https://fundus-basel.ch/netzwerk/>). Dies zeigt den grossen Bedarf des bestehenden Angebotes. Heute ist der Verein Fundus Basel noch ausschliesslich durch Stiftungen finanziert. Für die weitere Sicherung der Arbeit ist der Verein jedoch auf die Unterstützung des Kantons angewiesen. Zudem sollte die aufsuchende Altersarbeit auch politisch ein Anliegen des Kantons sein, das auch finanziert wird.

Momentan konzentriert sich die Arbeit vor allem auf das Quartier Schoren/Hirzbrunnen in Basel, auch aufgrund beschränkt verfügbarer finanzieller Mittel. Diese Ausgangslage bietet jedoch auch die Möglichkeit, das Vorgehen im Quartier als Pilotprojekt zu betrachten und den Nutzen einer aufsuchenden Arbeit (ähnlich wie der aufsuchenden Jugend-, Sucht- oder Gassenarbeit) im Altersbereich weiter zu eruieren.

Aus diesem Grund wird der Regierungsrat damit beauftragt, ein Pilotprojekt im Bereich der aufsuchenden Altersarbeit durchzuführen. Da der Verein Fundus dies bereits anbietet, soll eine Unterstützung für diesen geprüft werden.

Beda Baumgartner, Oliver Bolliger, Pascal Messerli, Jessica Brandenburger, Fleur Weibel, Beatrice Isler, Thomas Widmer-Huber, Salome Bessenich, Melanie Nussbaumer, Brigitte Gysin, Annina von Falkenstein

**5. Motion betreffend «Für alle statt für wenige! Keine unfairen Beschränkungen und Mehrkosten für Schlüssel und Depot bei den Freizeitgärten Basel-Stadt»**

21.5835.01

Im Zusammenhang mit der Erneuerung alter Schliessanlagen bei den Freizeitgärten im Basel-West wurde von der Stadtgärtnerei den Pächtern mit Berufung auf die Freizeitgartenkommission mitgeteilt, dass die Depotgebühr für die Schlüssel drastisch erhöht wird.

Diese Änderung der Bedingungen wurde den Pächtern des Areals «Basel West» mit einem Schreiben vom 26.10.2021 durch die Stadtgärtnerei sehr kurzfristig mitgeteilt und darauf hingewiesen, dass die neuen Schlüssel bereits per Ende November 2021 abzuholen seien. Der Austausch der Schlossanlagen erfolge am 10.1.2022.

Künftig werden je Gartenparzelle ausserdem nur noch zwei Schlüssel abgegeben und eine weitere Schlüsselabgabe von der Entscheidung der zuständigen Fachabteilung bei der Stadtgärtnerei abhängig gemacht werden. Für jeden Schlüssel sei zudem neu ein hohes Depot von CHF 100.- zu hinterlegen.

Diese Entscheidung hat bei den Pächtern grosses Unverständnis ausgelöst, zumal sie vor vollendete Tatsachen gestellt wurden und so der Pachtvertrag somit einseitig, mit entsprechender Überbürdung von Kosten, geändert wurde. Entsprechende Interventionen vieler Pächter/innen beim zuständigen Departement und der Vorsteherin, Regierungsrätin Esther Keller, blieben erfolglos.

Insbesondere sind durch die Entscheidung des Bau- und Verkehrsdepartements zwei Problemstellungen im Vordergrund, welche nach einer raschen (politischen) Lösung schreien:

Schlüsselproblematik

Diverse Änderungen im neuen Reglement widersprechen eigentlich dem bestehenden Vertragsverhältnis zwischen Pächtern und der Stadtgärtnerei. Denn die Frage der Arealschlüssel ist nicht im Pachtvertrag, sondern in den Statuten des Freizeitgartenverbandes Basel-West festgehalten (Art. 11). So ist bspw. die Bestimmung, dass künftig grundsätzlich nur noch zwei Schlüssel abgegeben werden können, nirgends erwähnt. Diese neue Regelung führt zu einem erheblichen Mehraufwand und Organisation für die Pächterinnen und Pächter. Bei den Familiengärten handelt es sich um kleine Ruhezonen und Freizeitparadiese für die gesamte Familie. Es ist schlicht nicht praxistauglich, wenn

die Schlüsselanzahl so eingeschränkt wird, da oftmals mehrere Familienmitglieder, teilweise auch aus unterschiedlichen Haushalten, einen Familiengarten gemeinsam betreiben und unterhalten.

#### Depotgebühren

Viele Pächter/innen leben in bescheidenen finanziellen Verhältnissen. Für eine Familie mit Kindern sind drei bis fünf Schlüssel eine grosse Erleichterung. Mit der neuen Depotgebühr-Regelung sind so aber, sofern mehr als zwei Schlüssel überhaupt noch genehmigt werden, hohe Auslagen von bis zu CHF 500.- die Folge. So viel für ein Depot aufzubringen, fällt oft schwer und ist zudem auch nicht, unabhängig einer späteren Rückzahlung, zielführend. Sollte es bei der Depotverwaltung seitens Stadtgärtnerei zu grösseren organisatorischen Problemen gekommen sein, so sind diese nicht auf die Pächterinnen und Pächter mit höheren Depotkosten abzuwälzen.

Die Motionäre fordern aufgrund dieser Ausführungen den Regierungsrat daher dazu auf, innert sechs Monaten die entsprechenden Grundlagen so anzupassen, dass

1. je Gartenparzelle auf sämtlichen Freizeitgartenarealen des Kantons weiterhin mehr wie zwei Schlüssel abgegeben werden können und nur in Ausnahmefällen von diesem Grundsatz bei einzelnen Parzellen abgewichen werden kann;
2. das Schlüsseldepot maximal 50 Franken betragen darf.

Joël Thüring, Heidi Mück, Catherine Alioth, Lukas Faesch, Beatrice Isler, Daniela Stumpf, Beat Leuthardt, Seyit Erdogan

#### **6. Motion betreffend Durchführung eines Pilotprojekts Gratis-Tests für sexuell übertragbare Krankheiten (STI)**

21.5836.01
------------

In den letzten Jahren ist ein deutlicher Anstieg bei den Ansteckungen mit sexuell übertragbaren Krankheiten wie z.B. Syphilis, Tripper oder Chlamydien feststellbar. Sogenannte STI (sexually transmitted infections) müssen oft langwierig und teuer therapiert werden. Werden sie nicht entdeckt und behandelt, können sie zu Spätfolgen führen. Chlamydien beispielsweise können bei Frauen zu schweren Komplikationen wie «pelvic inflammatory disease» (PID), ektoper Schwangerschaft und Unfruchtbarkeit führen. Zudem können STI bewirken, dass Betroffene empfänglicher für HIV-Infektionen sind. Werden genannte Krankheiten nicht frühzeitig entdeckt, bilden sich Ansteckungsketten, die zu einer Verbreitung führen.

Die Krankenkasse übernimmt zwar häufig die Kosten der notwendigen Tests für STI, allerdings werden diese aus verschiedenen Gründen häufig nicht durchgeführt. Einerseits müssen die Tests bei einer hohen Franchise trotzdem selbst bezahlt werden. Andererseits läuft die Krankenversicherung bei vielen jungen Menschen noch über die Eltern. Da es sich bei STI nach wie vor um ein Tabu-Thema handelt, wollen junge Menschen nicht, dass ihre Eltern davon erfahren.

In diesem Zusammenhang bitten die Unterzeichnenden den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, ob:

Der Kanton ein auf drei Jahre limitiertes Pilotprojekt lancieren kann, welches in Basel-Stadt wohnhaften Personen bis zum 25. Lebensjahr kostenlose Testmöglichkeiten für STI ermöglicht.

Der Kanton das Pilotprojekt wissenschaftlich begleiten lassen und dessen Nutzen evaluieren kann. Insbesondere soll ein Vergleich der Kosten, welche der Allgemeinheit durch die Verbreitung von STI entstehen, im Status quo (bisherige Prävention, Krankheitskosten) und nach Durchführung des Pilotprojekts durchgeführt werden.

Michael Hug, Annina von Falkenstein

#### **7. Motion betreffend Regionales Logistikflächenkonzept**

21.5837.01
------------

An Deutschland und Frankreich grenzend und mit dem EuroAirport und den Schweizerischen Rheinhäfen als internationale Drehscheibe für Personen und Waren ist die Region Basel der wichtigste Logistikhub der Schweiz. Am Standort Basel - dem eigentlichen Tor zur Schweiz - werden jährlich rund 7.2 Milliarden Tonnen an Waren umgeschlagen. Dies sind ca. 30 Prozent der gesamtschweizerischen Umschlagsmenge. Mit 12'000 Beschäftigten, 810 Betriebsstätten und 1.9 Milliarden Franken Bruttowertschöpfung pro Jahr ist die Logistik eine der beiden Leitbranchen der Region. Als Anbieterin von wichtigen Querschnittsdienstleistungen und Trägerin einer leistungsfähigen Güterverkehrsinfrastruktur ist die Transport- und Logistikbranche zudem ein bedeutender Standortfaktor für den Werkplatz Basel.

Bedauerlicherweise kann die Logistik in Basel dennoch nicht auf uneingeschränkte politische Unterstützung zählen. Insbesondere die Flächenkonkurrenz bereitet der Branche gemäss dem aktuellen Regionalen Güterverkehrskonzept Basel Schwierigkeiten. Für die Ver- und Entsorgung der Stadt benötigt die Logistikbranche möglichst nahe an der Stadt bzw. der Agglomeration Verkehrs-, Lager- und Umschlagflächen. Dieser Flächenbedarf steht jedoch in Konkurrenz zur enormen Nachfrage durch weitere Anspruchsgruppen. Die Wertschöpfung der Logistikbranche pro Quadratmeter ist im Vergleich zu anderen Branchen eher niedrig, was es der Branche erschwert, hohe Preise für städtische Flächen zu zahlen. Stehen die notwendigen Flächen nicht zur Verfügung, wird die Logistik vor die Tore der Stadt und darüber hinaus verdrängt. Die daraus resultierenden längeren Transportwege haben tendenziell eine

verminderte Qualität der Logistikdienstleistungen sowie gleichzeitig eine Verkehrszunahme zur Folge. Damit werden Strasse und Schiene, welche bereits jetzt unter Druck stehen, zusätzlich belastet. Zudem kann die Logistik dadurch ihre für die Gesamtwirtschaft wichtigen Querschnittsdienstleistungen nicht mehr optimal erbringen.

Um dieser Diskrepanz zwischen den hiesigen Rahmenbedingungen und der Bedeutung der Branche für die Region entgegenzutreten, werden dringend Massnahmen benötigt. Entsprechend den Empfehlungen des Regionalen Güterverkehrskonzepts Basel müssen genügend Flächen für die Logistik gesichert werden. Die Motionäre fordern, dass dies mittels eines Logistikflächenkonzepts geschieht. Andere Gebietskörperschaften verfügen bereits über ein solches Instrument - so etwa die Region Hannover. Ziel eines Logistikflächenkonzeptes ist es, einen Gesamtüberblick der potenziellen Logistikflächen zu erstellen, die Entwicklungsperspektiven der Branche zu analysieren und sicherzustellen, dass die Bedürfnisse der Logistik in der Raum- und Richtplanung sowie insbesondere der Arealentwicklung miteinbezogen werden. Die Motion wird gleichlautend auch im Landrat eingereicht werden.

Die Motionäre fordern konkret, dass mittels eines Konzepts aufgezeigt wird, wie Flächen in ausreichender Menge und Qualität langfristig für die Logistik gesichert werden können. Da es sich bei der Region Basel um einen kantonsübergreifenden funktionalen Raum handelt, fordern die Motionäre zudem, dass das Logistikflächenkonzept in Kooperation mit dem Kanton Basel-Landschaft sowie unter Einbezug der Gemeinden der beiden Kantone ausgearbeitet wird. Auch die entsprechenden (Branchen-)Verbände sind in den Prozess aktiv einzubeziehen.

Daniel Hettich, Nicole Strahm, André Auderset, Luca Urgese, Andreas Zappalà, Lorenz Amiet, Olivier Battaglia

#### **8. Motion betreffend integrale Signalisation von Tempo 30 in Basel-Stadt mit gleichzeitiger Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs gemäss Kantonsverfassung §30**

21.5840.01
------------

In den letzten rund zehn Jahren konnten durch zahlreiche Pilotversuche mit wissenschaftlicher Begleitung umfassende Erkenntnisse zu Tempo 30 im Siedlungsgebiet gewonnen werden. Gleichzeitig haben Gerichte wiederholt wegweisende und gut begründete Entscheide zu Gunsten von Tempo 30, gerade auch auf Hauptstrassen, gefällt. Es hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass eine integrale – sprich flächendeckend und rund um die Uhr geltende – Signalisation von Tempo 30 im Siedlungsgebiet entscheidende volkswirtschaftliche Vorteile hat, dass ein solches Konzept umsetzbar ist und im Alltag funktioniert. Die Gründe sind vielseitig:

**Lärm:** Seit den 1980er Jahren sind die Kantone in der Pflicht, die Grenzwerte einzuhalten mit Frist Frühling 2018. Im Kanton Basel-Stadt wohnen dennoch auch heute gegen 40'000 Personen an Standorten, an denen der gesetzliche Grenzwert zu Strassenlärm überschritten wird. Tempo 30 ist schneller, billiger und wirksamer Lärmschutz: Eine Reduktion von 50 auf 30 km/h reduziert den Lärm um drei Dezibel; das entspricht circa der Lärmwahrnehmung bei einer Halbierung der Verkehrsmenge (<https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/laerm/dossiers/besser-schlafen-dank-tempo-30.html>).

**Verkehrssicherheit:** Gemäss den Expert\*innen der unabhängigen BFU (Beratungsstelle für Unfallverhütung) könnte mit generell Tempo 30 im Siedlungsgebiet jedes zweite Unfallopfer auf Schweizer Strassen verhindert werden (<https://www.bfu.ch/de/die-bfu/politik/mit-tempo-30-die-verkehrssicherheit-erhoehen>). Im Kanton Basel-Stadt kam es in den letzten Jahren zu circa 800 Verkehrsunfällen und 400 Verunfallten pro Jahr. Am meisten würden Fussgängerinnen und Fussgänger profitieren.

**Verkehrsfluss und Verkehrskultur:** Gerade im Siedlungsgebiet mit seinen häufigen Kreuzungen, Fussgänger\*innenübergängen und ÖV-Haltestellen verstetigt und verflüssigt Tempo 30 den Verkehrsfluss und reduziert insgesamt die Wartezeiten für alle. Die tiefere Durchschnittsgeschwindigkeit lässt mehr Zeit für Blickkontakt unter den Verkehrsteilnehmenden und somit zu einer rücksichtsvolleren Koexistenz. Das bestätigt auch das Merkblatt zu Tempo 30 der SVI (Schweizerische Vereinigung der Verkehrsingenieure und Verkehrsexperten, <https://www.svi.ch/de/publikationen/tempo-30-auf-hauptverkehrsstrassen-2a04/>).

**Luft und Klima:** Wichtigster Verursacher von Luftschadstoffen ist der Verkehr. In vielen Basler Quartieren ist ein erheblicher Anteil der Bevölkerung von Grenzwertüberschreitungen betroffen. Der Regierungsrat hielt in seinem Schreiben zum letzten bikantonalen Luftreinhalteplan fest, dass bei keinem der Schadstoffe die Grenzwerte bis 2020 eingehalten werden können (S.6, <https://www.grosserrat.bs.ch/ratsbetrieb/geschaefte/200108631>). Tempo 30 führt durch die Verflüssigung des Verkehrs (s.o.) zu weniger Luftschadstoffen und auch das Klima profitiert, weil damit weniger Treibstoff verbraucht wird.

**Flächeneffizienz:** Bei Tempo 30 können Fahrbahnen circa 70 cm schmaler ausgestaltet werden als bei Tempo 50. Rund 30% der Stadt Basel sind Verkehrsfläche. Der öffentliche Raum in Basel ist begrenzt und umkämpft. Die Wahrscheinlichkeit von genügend Platz für Bäume, Boulevardnutzung usw. steigt durch die Temporeduktion.

**Gegenüber integriertem Tempo 30 bestehen zum Teil Befürchtungen:** Zunahme von Ausweichverkehr und Nachteile für den öffentlichen Verkehr. Die Pilotversuche in anderen Städten und Gemeinden zeigen, dass diesen gut begegnet werden kann.

**Ausweichverkehr:** Grundsätzlich ist festzuhalten, dass die gesetzliche Pflicht gemäss USG §13 Abs. 5 lit. b den motorisierten Individualverkehr zu kanalisieren weiterhin besteht. Das bereits erwähnte Merkblatt des SVI hält mit Blick auf die zahlreichen Pilotversuche in Schweizer Städten fest: «Es ist kein dokumentierter Fall bekannt, bei dem

aufgrund einer Reduktion von T50 auf T30 auf einer HVS [Hauptverkehrsstrasse] unerwünschter Ausweichverkehr in die Quartiere aufgetreten ist.» (S. 3, <https://www.svi.ch/de/publikationen/tempo-30-auf-hauptverkehrsstrassen-2a04/>). Dies wird durch eine kluge Signalisation beispielsweise von Einbahnstrassen auf untergeordneten Strassen oder auch bauliche Massnahmen erreicht.

Nachteile für den öffentlichen Verkehr: Sofern der ÖV nicht über ein eigenes Trasse verfügt, müsste auch er sich an Tempo 30 halten. Bereits heute fährt auch er auf vielen Strecken mit Tempo 50-Signalisation unter 30 km/h auf Grund von Haltestellen und Interaktion mit anderen Verkehrsteilnehmenden. Die durchschnittliche Beförderungsgeschwindigkeit des ÖVs in Basel liegt zwischen 14 und 20 km/h<sup>1</sup>. Ohne flankierende Massnahmen würde Tempo 30 zu einer Verlangsamung führen, was die Attraktivität des ÖVs mindert und Mehrkosten zur Folge hat. Basierend auf groben Auswertungen in der Stadt Zürich können allfällige Fahrzeitverluste im ÖV wegen Tempo 30 im Grundsatz kompensiert werden, indem der ÖV weiter priorisiert würde<sup>2</sup>. Das wäre in Basel ohnehin seit Jahren verbindlicher Auftrag: §30 der Kantonsverfassung räumt dem ÖV Vorrang ein. Dieser Grundsatz ist in mehreren Gesetzen des Kantons weiter ausgeführt und damit unmittelbar anwendbar und behördenverbindlich. Er wird heute jedoch tagtäglich verletzt, denn fast alle Linien sind in irgendeiner Art von Behinderungen durch den MIV betroffen. Darum ist gleichzeitig ein Massnahmenplan zur Priorisierung und Beschleunigung des ÖVs auszuarbeiten. Massnahmen können sein: frühzeitige, d. h. tatsächlich zeitverlustfreie, Anmeldung und Fahrt des ÖVs bei Lichtsignalanlagen bzw. Nachrüstung bisher ungeregelter Knoten, bauliche oder verkehrstechnische Massnahmen (z. Bsp. elektronische Busspuren, Fahrbahnhaltstellen), Realisierung zusätzlicher Eigentrasses für Tram und Bus, insbesondere auf kritischen Streckenabschnitten, Parkierung usw.

Die Motionär\*innen halten den Regierungsrat dazu an, binnen zweier Jahre parallel ein Umsetzungskonzept zur Einführung von integral Tempo 30 im Siedlungsgebiet sowie einen umfassenden Massnahmenplan zur tatsächlichen Priorisierung und Beschleunigung des ÖVs auszuarbeiten.

1 Durchschnittliche Beförderungsgeschwindigkeit auf den BVB-Tram- und -Buslinien von Endstation zu Endstation, ohne Linie 50.

2 Gemäss VBZ fallen bei flächendeckend Tempo 30 jährlich zusätzliche Betriebskosten von 17 Mio. und einmalig Investitionskosten von 75 Mio. an (Antwort zu Frage 2, [https://www.gemeinderat-zuerich.ch/Geschaefte/detailansicht-geschaefte/Dokument/f016cd19-22ed-4e48-be1c-b90a777b45bb/2021\\_0114.pdf](https://www.gemeinderat-zuerich.ch/Geschaefte/detailansicht-geschaefte/Dokument/f016cd19-22ed-4e48-be1c-b90a777b45bb/2021_0114.pdf)). Gemäss Stadtrat Zürich fallen wegen Behinderung und Eigenbehinderung des ÖV durch den MIV jährlich Kosten von 21,5 Mio. und einmalige Investitionskosten von 138 Mio. an (Antwort zu Frage 4, [https://www.gemeinderat-zuerich.ch/Geschaefte/detailansicht-geschaefte/Dokument/f7d8e1b2-98cc-4783-a727-396af4b541c6/2018\\_0494.pdf](https://www.gemeinderat-zuerich.ch/Geschaefte/detailansicht-geschaefte/Dokument/f7d8e1b2-98cc-4783-a727-396af4b541c6/2018_0494.pdf)). Zum Begriff ÖV-Eigenbehinderung: «Eigenbehinderungen entstehen beispielsweise aus Unregelmässigkeiten im Takt einer Linie, die wiederum durch Behinderungen des motorisierten Individualverkehrs (MIV) ausgelöst wurden.» (Antwort zu Fragen 1 und 2, [https://www.gemeinderat-zuerich.ch/Geschaefte/detailansicht-geschaefte/Dokument/f7d8e1b2-98cc-4783-a727-396af4b541c6/2018\\_0494.pdf](https://www.gemeinderat-zuerich.ch/Geschaefte/detailansicht-geschaefte/Dokument/f7d8e1b2-98cc-4783-a727-396af4b541c6/2018_0494.pdf).)

Raphael Fuhrer, Lisa Mathys, Brigitte Kühne, Jean-Luc Perret, Semseddin Yilmaz, Tobias Christ, Daniel Sägesser, Raffaella Hanauer

## 9. Motion betreffend Änderung §11 Abs. 2 Bürgerrechtsgesetz

21.5841.01
------------

In §11 Abs. 1 lit. a des Bürgerrechtsgesetzes wird vorausgesetzt, dass die Bewerberinnen und Bewerber für die Erlangung des Schweizerischen Bürgerrechtes mit den schweizerischen und örtlichen Lebensverhältnissen vertraut sind, d.h. über Grundkenntnisse der geografischen, historischen, politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in Bund, Kanton und Gemeinde verfügen. Auf Beschluss des Grossen Rates vom 19. Oktober 2017 gilt gemäss §11 Abs. 2 der Nachweis für Abs. 1 lit. a als erbracht, wenn die Bewerberinnen und Bewerber die obligatorische Schule vollständig in der Schweiz, davon die gesamte Sekundarstufe I im Kanton Basel-Stadt besucht haben.

Die Motion Beatrice Isler und Konsorten «Streichung von §11 Abs. 2 des kantonalen Bürgerrechtsgesetzes» (21.5643.01) verlangte, dass der Absatz 2 des §11 gestrichen und die Befragung hinsichtlich §11 Abs. 2 für alle Bewerberinnen und Bewerber durchgeführt werde. Denn die Praxis habe gezeigt, dass einem Grossteil der fraglichen Bewerberinnen und Bewerber trotz schulischer Bildung in der Schweiz / in Basel die zur Erlangung der Einbürgerung vorausgesetzten Kenntnisse fehlen. Zudem ergäben sich Ungerechtigkeiten und nicht nachvollziehbare Situationen: Zum Beispiel müssen ältere Bewerbende, welche die gesamte Schulzeit in der Schweiz bzw. in Basel verbrachten, keine Befragung leisten. Andere hingegen, welche ein paar wenige, für das fragliche Wissen irrelevante Primarschuljahre nicht in der Schweiz verbrachten, müssen sich der Befragung stellen. Ebenso kann es zu seltsamen Situationen innerhalb von Familien kommen, bei denen ein Teil der Kinder befragt wird, ein Teil nicht.

Die Motion wurde im November 2021 vom Grossen Rat abgelehnt. Der Rat sah es in der Mehrheit als richtig an, dass Personen, welche seit ihrer frühesten Kindheit in der Schweiz wohnen und auch schulisch sozialisiert wurden, nicht noch zu geografischen, historischen, politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen befragt werden - egal ob sie es in der Schule gelernt haben oder nicht, da sollen sie gleichgestellt sein mit den Altersgenossen mit Schweizer Bürgerrecht.

Die Motionäre anerkennen aber den in der Motion Isler und Konsorten monierten Handlungsbedarf. Der Regierungsrat wird daher beauftragt, eine Anpassung des §11 Abs. 2 vorzulegen, welche insbesondere die seltsamen Situationen innerhalb von Familien verhindert. Er soll dazu auch die Einbürgerungskommission konsultieren. Da offenbar darüber Zweifel bestehen, ob die Schule die fraglichen Grundkenntnisse heute ausreichend vermittelt, soll dem Kanton zudem der gesetzliche Auftrag erteilt werden, die Vermittlung der Grundkenntnisse in der Schule auch sicherzustellen.

David Wüest-Rudin, Beatrice Isler, Daniel Albietz, Alex Ebi, Niggi Daniel Rechsteiner, Thomas Widmer-Huber, Thomas Mury, Roger Stalder

**10. Motion betreffend Runder Tisch zwischen Kantonen und Bund zum Thema "eine verlässliche und belastbare Zusammenarbeit mit der Europäischen Union"**

21.5842.01

Der Bilaterale Weg CH/EU entwickelte sich bis anhin erfolgreich. Er fördert den Wohlstand und wirkt sich positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung aus. Der Abbruch der Verhandlungen zum Institutionellen Abkommen mit der Europäischen Union hat insbesondere Auswirkungen auf den Wirtschafts- und Forschungsstandort Basel. Das Ziel der EU-Politik von Bund und Kantonen muss ein gemeinsames Zukunftsmodell für die Beziehungen der Schweiz mit der EU sein.

Eine gute, belastbare und verlässliche Zusammenarbeit der Schweiz mit der Europäischen Union ist von entscheidender Bedeutung für die Zukunft des Kantons Basel-Stadt als Teil von Europa in der trinationalen Regio Basiliensis.

Die EU ist bei nahezu allen geopolitischen Themen der zentrale Partner der Schweizer Aussenpolitik. Das umfasst Themen wie Wirtschaft, Forschung, Wohlstand, Sicherheit, Energie, Klimaschutz usw. Eine zukunfts- und modellgerichtete Zusammenarbeit der Schweiz mit der Europäischen Union ist von zentralem Interesse für die Schweiz und für die Region Basel. Dies insbesondere, da der Kanton Basel-Stadt wirtschaftlich mit dem angrenzenden Ausland sehr eng verflochten ist.

Gemäss Art. 55 der BV wirken die Kantone an der Vorbereitung der aussenpolitischen Entscheide, die ihre wesentlichen Interessen betreffen, mit. Dabei ist der Bund verpflichtet, die Kantone rechtzeitig und umfassend zu informieren und ihre Stellungnahmen vor wichtigen Entscheiden einzuholen und zu berücksichtigen. Am 26. Mai 2021 entschied der Bundesrat, die Verhandlungen mit der EU abubrechen. Es ist nach den öffentlich verfügbaren Informationen davon auszugehen, dass eine Absicht, die Verhandlungen abubrechen, im Vorfeld den Kantonen nicht kommuniziert und sie nicht konsultiert wurden.

Nach dem Abbruch der Verhandlungen zum Institutionellen Abkommen mit der Europäischen Union ist unklar, was die gemeinsamen Interessen von Bund und Kantonen sind.

Der Regierungsrat wird beauftragt, sich bei der Konferenz der Kantone für einen Runden Tisch zwischen dem Bund und den Kantonen zum Thema "eine verlässliche und belastbare Zusammenarbeit mit der Europäischen Union" zu engagieren und innerhalb eines Jahres über seine Aktivitäten und das Resultat zu berichten.

Am Runden Tisch werden Bund und Kantone aufgefordert, gemeinsam ein Zukunftsmodell für die Beziehungen mit der EU auszuarbeiten.

Niggi Daniel Rechsteiner, Claudia Baumgartner, Christian von Wartburg, Michela Seggiani, Brigitte Kühne, Nicole Strahm, Tim Cuénod, Mahir Kabakci, Andrea Elisabeth Knellwolf, David Wüest-Rudin, Raffaella Hanauer, Beat Braun, Thomas Mury, Luca Urgese

## Anzüge

**1. Anzug betreffend Doppelspurausbau der S6 in Riehen**

21.5776.01

Der Riehener Gemeinderat hat diesen Herbst öffentlichkeitswirksam gegen einen oberirdischen Doppelspurausbau Stellung genommen. Dieser würde durch das Dorfzentrum realisiert und ist Voraussetzung, dass ein Viertelstundentakt auf der Wiesental-Linie der S6 umgesetzt werden kann.

Ein oberirdischer Ausbau würde den Dorfkern Riehens stark tangieren. Es ist von daher verständlich, dass der oberirdische Ausbau auf Widerstand stösst.

Bis jetzt scheinen kantonale und vor allem die federführende Bundesstelle wenig Gehör für das Anliegen zu finden, den Ausbau unterirdisch zu realisieren und ganz oder teilweise zu finanzieren. Einer bestehenden, nicht veröffentlichten Machbarkeitsstudie eines deutschen Unternehmens wird seitens der Gemeindebehörden offenbar nicht vertraut.

Um der notwendigen Stärkung des S-Bahnverkehrs durch die Debatte um den Infrastrukturausbau in Riehen nicht zu verhindern, hält die Unterzeichnende es für notwendig, Massnahmen aufzuzeigen, um einen Ausbau in einem Rahmen zu gestalten, der für die Landgemeinde Riehen annehmbar ist.

Die Unterzeichnende bittet den Regierungsrat im Sinne einer notwendigen und zeitlich dringenden Auslegeordnung zu prüfen und zu berichten,

- ob eine Tieferlegung der S-Bahn in Riehen technisch machbar ist und ob es hierfür eine neue Machbarkeitsstudie bedarf

- was ihm zum jetzigen Zeitpunkt über die Vor- und Nachteile einer Tunnellösung gegenüber einem oberirdischen Doppelspurausbau bereits bekannt ist
- ob die Regierung bereit ist, beim Bundesamt für Verkehr darauf hinzuwirken, dass die DB Netz AG im Rahmen der sogenannten Leistungsphasen 1 & 2 neben der oberirdischen Ausbaulösung im Raum Riehen auch eine unterirdische Ausbaulösung / Tieferlegung prüft und plant
- ob die Regierung bereit ist, daraus entstehenden Kosten mitzutragen
- welche Mehrkosten gegenüber einer oberirdischen Variante zu erwarten sind
- welcher Mehrwert sich für die Gemeinde Riehen und für das Deutsche Bundeseisenbahnvermögen als Grundeigentümerin durch eine Tieferlegung ergeben würde
- wie die Mehrkosten einer Tieferlegung allenfalls finanziert werden könnten
- ob der Regierungsrat es für möglich und denkbar hält, sich den Teil dieser Mehrkosten, der nicht durch Dritte gedeckt werden könnte, paritätisch mit der Gemeinde Riehen aufzuteilen.

Edibe Gölge

**2. Anzug betreffend höhere Monats-Pauschale für alle Grossräte**

21.5796.01

Als Grossrat haben wir pro Monat eine Pauschale von 500 Franken.

Das Büro des Grossen Rates wird gebeten zu prüfen, das ab 2023 neu jeder Grossrat, der das möchte, eine Pauschale von 1300 Franken bekommt.

Auch weiterhin steuerfrei.

Eric Weber

**3. Anzug betreffend höheres Sitzungsgeld für die Grossräte**

21.5797.01

Wir sind als Parlament in der komfortablen Lage, dass wir uns selbst den Lohn erhöhen können.

Das Büro des Grossen Rates wird gebeten zu prüfen, dass die Grossräte neu ab 2023 ein Sitzungsgeld von 350 Franken (anstatt von 200 Franken) erhalten werden.

Eric Weber

**4. Anzug betreffend Tag der offenen Tür im Basler Grossen Rat**

21.5798.01

Der Sächsische Landtag, der in engem Kontakt zum Grossen Rat des Kantons Bern steht, mit jährlichen Besuchen (und das schon seit 1990), veranstaltet jedes Jahr einen Tag der offenen Tür. Dort können sich dann alle Parteien präsentieren mit ihrem Werbe-Material.

Das Büro des Grossen Rates wird gebeten zu prüfen, wie ein Tag der offenen Tür im Basler Parlament eingeführt werden kann. Man kann dies ja all zwei Jahre einmal durchführen.

Eric Weber

**5. Anzug betreffend Parlamentarischer Abend**

21.5799.01

In vielen Parlamenten der Welt gibt es sogenannte Parlamentarische Abende. Da trifft sich das Parlament und hat ein schönes Abendessen und man kann sich unterhalten.

Im Vorzimmer des Grossen Rates könnte ein Buffet Restaurant aufgebaut werden.

Das Büro des Grossen Rates wird gebeten zu prüfen, dass man all zwei Monate auch solche Parlamentarische Abende in Basel einführen kann.

Eric Weber

**6. Anzug betreffend Fussball-Weltmeisterschaft in Basel**

21.5804.01

Seit 1954 fand in der Schweiz keine Fussball Weltmeisterschaft mehr statt. Wir haben in Basel schöne Fussball-Stadien. Eine Fussball WM in Basel und in der Schweiz wäre eine tolle Sache.

Der Regierungsrat wird gebeten zu prüfen, wie die Fussball-WM in 2030 oder 2034 nach Basel geholt werden kann.

Eric Weber



**7. Anzug betreffend «temporäre Genussorte» in der Freien Strasse**

21.5813.01

Die Freie Strasse ist die bekannteste Shopping-Meile von Basel. Hier reihen sich nationale und internationale Brands dicht an dicht. Das gastronomische Angebot entspricht jedoch leider bei Weitem nicht den Erwartungen, welche die Gäste aus nah und fern an eine solche Einkaufsstrasse haben.

Aufgrund der laufenden Erneuerungsarbeiten der Freien Strasse, die noch mindestens bis 2024 andauern, sowie der anhaltenden Coronakrise ist es für Gastrounternehmen zurzeit wenig attraktiv, Investitionen für mögliche Umnutzungen bestehender Parterrenutzungen (i.d. R. Ladengeschäfte) ins Auge zu fassen. Gleichzeitig wäre eine stärkere gastronomische Nutzung in der Freien Strasse auch für die bereits ansässigen Geschäfte im Sinne einer allgemeinen Attraktivitätssteigerung sehr interessant.

Als mögliche Lösung bietet sich die gezielte Platzierung von «temporären Genussorten» an geeigneten Lagen entlang und in der Freien Strasse an. Die Freie Strasse eignet sich mit ihrer Breite auch für mögliche Angebote «auf der Strasse», insbesondere nach Fertigstellung der Sanierung.

Diese Genussorte könnten als Gastro-Parklets oder auch als einfache, qualitative temporäre Gastronomie-Angebote konzipiert sein. Zum Beispiel in Form von Pavillons, Ständen, Sitzgelegenheiten etc. Auf eine zu starke Einschränkung der Möglichkeiten ist ganz bewusst zu verzichten.

In diesem Sinne bitten die Anzugstellenden den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten,

- wie er interessierten Gastrounternehmerinnen und -unternehmern die Bespielung der Freien Strasse durch «temporäre Genussorte» ermöglichen kann
- ob solche «temporäre Genussorte» bereits während der Erneuerungsarbeiten ermöglicht werden können
- wenn ja, könnten diese kurzfristig und mit kleinem administrativen Aufwand ermöglicht werden?

Lydia Isler-Christ, Franz-Xaver Leonhardt, Catherine Alioth, Raoul I. Furlano, Annina von Falkenstein, Michael Hug, Daniel Albietz, Joël Thüring, Daniel Sägesser, Brigitte Kühne, Thomas Gander, Nicole Strahm-Lavanchy, Beat von Wartburg, Olivier Battaglia, François Bocherens, Jeremy Stephenson

**8. Anzug betreffend Effizienzsteigerung der Ratsarbeit**

21.5814.01

Die Sitzungen des Grossen Rates ziehen sich nicht zuletzt deshalb in die Länge, weil auch zu völlig unbestrittenen Traktanden ellenlang und nur „für die Galerie“ geredet wird. Besser macht es in dieser Hinsicht der Kanton Basel-Landschaft. Der Landrat stimmt über Geschäfte ohne Eintretensdebatte ab, wenn der Beschluss in der vorberatenden Kommission ohne Gegenstimme erfolgte. Ausnahmsweise kann trotzdem eine Eintretensdebatte erfolgen, wenn im Plenum ein entsprechender Antrag erfolgt. Dies wird sehr selten genutzt, was es dem Landrat sogar schon ermöglicht hat, geplante Sitzungen abzusagen, während der Grosse Rat in Basel-Stadt mittlerweile fast chronisch Nachtsitzungen „schiebt“.

Die Anzugsteller ersuchen das Ratsbüro, eine der basellandschaftlichen Praxis nachempfundene Regelung zu entwerfen. Es soll der Grundsatz gelten, dass über Traktanden, die in der vorberatenden Kommission ohne Gegenstimme blieben, nur dann eine Eintretensdebatte geführt wird, wenn dies im Grossen Rat beantragt wird. Allenfalls ist für einen Erfolg des Antrags ein Zweidrittelmehr zu erfüllen.

André Auderset, Raoul I. Furlano, Lydia Isler-Christ, Catherine Alioth, Michael Hug, Annina von Falkenstein, Lukas Faesch, François Bocherens, Thomas Mury, Nicole Strahm-Lavanchy, Daniel Hettich, Jeremy Stephenson, Beat von Wartburg, Olivier Battaglia, Alex Ebi

**9. Anzug betreffend «Ruhezonen» im öffentlichen Raum**

21.5815.01

Das Leben der Menschen verlagert sich immer mehr nach draussen. Dies ist eine grundsätzlich positive Entwicklung, die sich nicht mehr aufhalten lässt. Der Nutzungsdruck auf den öffentlichen Raum und die Lärmbelastung nehmen jedoch zu und es prallen unterschiedliche Interessen und Bedürfnisse aufeinander.

Ein Bedürfnis, nämlich das Bedürfnis nach Ruhe, droht unter den vielen Aktivitäten unterzugehen und zu kurz zu kommen, insbesondere seit die Verwendung von Lautsprecheranlagen und Musik-Boxen im öffentlichen Raum liberalisiert worden ist. Da Lärm für Mensch und Tier schädlich ist und ein Gesundheitsrisiko darstellt, wäre es wichtig, dass die Menschen in der Stadt auch ruhige Räume finden.

Die sog. akustische Ökologie stellt für dichtbesiedelte Städte eine grosse Herausforderung dar, da der Platz knapp ist und viele Menschen auf nahem Raum aufeinandertreffen. Es wäre nicht nur effizient, sondern es beugt auch Nutzungskonflikte vor, wenn Menschen mit ähnlichen Bedürfnissen wissen, an welchen Orten ihre Bedürfnisse im Vordergrund stehen. Wer heute z.B. mit Boxen laute Musik hören will, kann dies praktisch überall tun, ohne bei dieser Aktivität beeinträchtigt zu werden. Wer hingehen konzentriert ein Buch lesen möchte, findet kaum noch Orte, wo dies ungestört möglich ist.

Dabei liesse sich die Idee der SBB und der DB, die sog. Ruheabteile für Reisende mit Ruhebedürfnis einführen, auch für den öffentlichen Raum denken. Andere Städte, wie etwa London, haben das Bedürfnis nach Ruhe erkannt

und jüngst den Hampstead Heath zum sog. Park of Silence erklärt. Auch im Central Park in New York gibt es zahlreiche «Quiet Zones», in denen Musikhören nur mit Kopfhörer erlaubt ist.

Solche «Ruheinseln» könnten auch in Basel-Stadt eingeführt werden, indem bspw. kleinere Grünanlagen als Ganzes, durchgehend oder zu bestimmten Zeiten zu «Ruhezonen» erklärt werden oder indem in grösseren Grünanlagen geeignete Teile zu «Ruhezonen» ausgesondert werden. Wichtig wäre, dass diese Zonen gleichmässige auf die Stadtteile verteilt werden, bzw. sodass sich Menschen, die in lauten Stadtteilen wohnen oder arbeiten in eine Ruhezone zurückziehen können.

In diesen Zonen wären laute Tätigkeiten wie Musikhören, Mannschaftssport oder Feiern nicht zulässig. Es geht dabei ausdrücklich nicht darum, absolute Stille zu gewährleisten. Vielmehr sollen alltägliche Tätigkeiten wie Lesen, Gespräche führen, Mittagspausen, Lernen, Power Naps, Meditieren, Stillen etc. ausgeübt werden können, ohne dass eine Person mit lauter Musik alle anderen zum unfreiwilligen Mithören zwingt.

Die Anzugstellenden bitten die Regierung zu prüfen und zu berichten,

- ob bzw. inwiefern solche «Ruhezonen» einen Beitrag zum Lärmschutz leisten können und damit künftigen Nutzungskonflikten wirksam begegnet werden kann;
- ob und unter welchen Bedingungen solche «Ruhezonen» im öffentlichen Raum eingerichtet bzw. ausgesondert werden können;
- wo geeignete Orte in der Stadt Basel für solche «Ruhezonen» bestehen;
- wie sichergestellt werden kann, dass sich diese Orte über die Stadtteile und Quartiere gleichmässig verteilen;
- ob die Regierung bereit wäre, einen Pilotversuch zu starten und auszuwerten.

Michelle Lachenmeier, Raphael Fuhrer, Brigitte Gysin, Beda Baumgartner, Brigitte Kühne, Daniela Stumpf, Stefan Wittlin, Christoph Hochuli, Alex Ebi, Sasha Mazzotti

#### **10. Anzug betreffend umfassende Information aller HauseigentümerInnen im Kanton über die Installation von Solaranlagen auf Dächern und an Fassaden im Bring-System**

21.5833.01
------------

Die Einsicht, dass es mit Blick auf Engpässe bei der Stromversorgung auch eine stärkere Nutzung der Solar-Energie braucht, ist in letzter Zeit stark gewachsen. Es gibt Beispiele auch von Altbauten, welche durch bauliche Massnahmen keine Energie mehr verlieren und zusätzlich Energie durch Solaranlagen (Thermische Solaranlagen und Photovoltaik-Anlagen) auf Dächern und an Fassaden zu erzeugen im Stande sind. Es gibt Bauten, die mehr Energie produzieren, als das Gebäude verbraucht. Neben Einspeisungen ins Netz können auch Batterien von Elektrofahrzeugen geladen werden. Die Solar Agentur Schweiz verfügt über das entsprechende Fachwissen und führt jedes Jahr den Wettbewerb «Schweizer Solarpreis» durch.

Es ist wichtig, rasch zu handeln um den Anteil der Energieproduktion durch Solar auf bestehenden Gebäuden im Kanton deutlich zu erhöhen. Es gibt verschiedene Informationsangebote von Firmen, Verbänden, dem AUE und auch von den IWB. Die Informationen müssen aber von den Hauseigentümerschaften bei verschiedenen Stellen eingeholt werden, eine fachmännische Gesamtübersicht ist nur mit grossem Aufwand erhältlich. Wenn im Bring-System alle Informationen vollständig und verbindlich und aus einer Hand geliefert werden, kann die Schwelle, einen Beitrag zur Strom- bzw. Energieversorgung zu leisten gesenkt und die Zeitachse bis zur Realisierung verkürzt werden.

Die Informationen müssten insbesondere umfassen: Eignung des Daches, Kosten der Anlage plus Installation plus Bewilligung, Dauer der Bauarbeiten, Kosten für Wartung, Lebensdauer, Kosten der Anschlüsse an die Hausleitung zur Verteilung in die Wohnungen, Höhe der Subvention, Höhe der Vergütung für Netzeinspeisung, Höhe allfälliger Versicherungsprämien, Möglichkeit der Weitergabe der Kosten an Mieter, Amortisationsrechnung.

Wenn die HauseigentümerInnen wissen, welcher Aufwand Sie finanziell und hinsichtlich der Bauzeit erwartet, wie die Mieterschaft auch beteiligt werden kann etc., werden viele aus Überzeugung eine Solaranlage bauen lassen. Die Lieferung aller Informationen an die Eigentümerschaften mit der Möglichkeit, Rückfragen zu stellen ist wesentlich.

In diesem Zusammenhang bitten die Unterzeichnenden den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, ob:

1. Der Kanton die Eigentümerschaften von bestehenden Liegenschaften, welche sich für Solaranlagen eignen, im Bring-System mit allen für den Investitionsentscheid notwendigen Informationen bedienen kann.
2. Eine solche Informationskampagne verbunden werden kann mit stärkeren als den bestehenden Anreizen, die evtl. zeitlich zu befristen sind, um die Attraktivität der Installation zu erhöhen und die Zeitachse bis zur Realisierung zu verkürzen.

Michael Hug, Annina von Falkenstein, Tobias Christ, Jérôme Thiriet, Catherine Alioth, Pascal Messerli, Andreas Zappalà, Franz-Xaver Leonhardt, Lydia Isler-Christ, Raoul I. Furlano, Jeremy Stephenson, René Brigger, Balz Herter

**11. Anzug betreffend Kunstmuseum-Parking nicht konkurrenzieren**

21.5834.01

Nach vielen Jahren Bautätigkeit mit grossen Behinderungen aller Verkehrsträger – von Fuss-, über Velo- und motorisierten Individualverkehr bis zum ÖV – nach faszinierenden Momenten zum Beobachten einer Grossbaustelle, nach viel Rätselraten darüber, was dort im Untergrund genau vor sich geht, nach vielen Monaten kommt das Grossprojekt Kunstmuseum-Parking zu einem Ende. Die Eröffnung soll am 17.12.2021 erfolgen.

Ein privates Projekt ermöglicht hier die allseits gewünschte Verlagerung der parkierten Fahrzeuge einerseits aus dem öffentlichen in den privaten Raum, andererseits von der Oberfläche in den Untergrund. Das Angebot führt so zu einer Entlastung des Nutzungsdrucks im städtischen Raum. Damit das Parking seine volle Wirkung entfalten kann und ein rentabler Betrieb möglich ist, darf der Kanton das Parkier-Angebot beim Kunstmuseum nicht mit Parkplätzen zu Dumping-Preisen in unmittelbarer Nähe konkurrenzieren.

Wie schon früher und kürzlich wieder im Rahmen der Interpellation Brigitte Kühne betreffend Kompensation von Autoparkplätzen in Zusammenhang mit dem Kunstmuseum-Parking (<https://www.grosserrat.bs.ch/ratsbetrieb/geschaefte/200111441>) thematisiert worden ist, wurden zwar die im Grossratsbeschluss zum Kunstmuseum-Parking geforderten 210 Autoparkplätze im öffentlichen Raum zur Kompensation abgebaut. Allerdings erfolgte dieser Abbau teilweise auch ziemlich weit entfernt und einige sogar ausserhalb vom vereinbarten Radius von 500m.

Unabhängig von der vereinbarten Kompensation erscheint den Anzugstellern jedenfalls sinnvoll, eine Umnutzung von Allmend innerhalb des Perimeters zu prüfen, wie sie etwa in der Interpellation Lisa Mathys betreffend St. Alban-Rheinweg: 97 Parkplätze Potenzial für städtischen Lebensraum

(<https://www.grosserrat.bs.ch/ratsbetrieb/geschaefte/200109438>) schon angeregt worden ist. Eine andere, sinnvolle Nutzung im öffentlichen Interesse als zum Parkieren von Autos würde auch die unerwünschte Konkurrenzsituation zum Kunstmuseum-Parking beheben.

Wir bitten die Regierung, zu prüfen und zu berichten:

- a) wie der heutige Parkplatz am St. Alban-Rheinweg zwischen Mühlenberg und Wettsteinbrücke sinnvoll umgenutzt werden kann;
- b) wie dabei die Zufahrt zu den 4 privaten Garagen und zum Vereinslokal im Brückenkopf weiterhin gewährleistet werden kann;
- c) ob und ab wann nach der Parking-Eröffnung eine Aufhebung der Parkplätze sinnvoll und möglich ist, um eine vorläufige, freie Nutzung der dort gelegenen Fläche bis zur Erarbeitung eines neuen Projekts zu ermöglichen.

Tobias Christ, Brigitte Kühne, Raffaella Hanauer, Lisa Mathys, Claudia Baumgartner, Bülent Pekerman, Johannes Sieber

**12. Anzug betreffend Veloführung Birsköppli – Lehenmatt**

21.5832.01

Um mit dem Velo vom St. Alban-Rheinweg oder Birsköppli ins Lehenmattquartier oder Richtung St. Jakob zu den Sportplätzen und zum Gartenbad zu gelangen, muss man heute die stark und schnell befahrene Zürcherstrasse überqueren. Für weniger geübte Velofahrende und Kinder ist dies mit Gefahren verbunden und daher unattraktiv. Ebenso ist die Veloführung von der Birsstrasse über die Zürcherstrasse-Kreuzung in die Birsfelderstrasse zum St. Alban-Rheinweg, trotz Lichtsignalanlage, für Velofahrende sehr unattraktiv.

Vom Birsköppli bis zur Birsstrasse führt das Birskopfweglein kreuzungsfrei unter der Brücke der Zürcherstrasse durch. Bei der Einmündung Birsstrasse könnten die Velofahrenden durch den kaum befahrenen Nasenweg zur Lehenmattstrasse gelangen. In der Lehenmattstrasse kommen die Velofahrenden sicher auf dem Radstreifen nach St Jakob.

Würde das Birskopfweglein verbreitert, könnten die Velofahrenden ohne Behinderung der Zufussgehenden zirkulieren. Unter der Birsbrücke hat es genug Platz, um eine Verbreiterung auszuführen. Nötigenfalls müsste der Weg unter der Brücke etwas tiefergelegt werden. Das Badweglein zum Gartenbad Bachgraben ist ein gutes Beispiel dafür, wo die Koexistenz von Velo- und Fussverkehr sehr gut funktioniert.

Mit einer gut gestalteten Veloquerung zwischen Birskopfweglein und Nasenweg würde zudem auch der rechtswidrige Veloverkehr auf dem Trottoir der Birsstrasse in Richtung St. Jakob wirksam reduziert. Diese Verbindung könnte mit einem Radweg zwischen Birskopfweglein und Nasenweg gelöst werden, welcher in der Birsstrasse parallel zum Trottoir geführt würde. Bei der Verzweigung Birsstrasse/Nasenweg könnten die Velofahrenden neben dem Fussgängerstreifen die Fahrbahn zum Nasenweg überqueren.

Die Unterzeichnenden bitten deshalb die Regierung zu prüfen und zu berichten, ob das Birskopfweglein zwischen Birsköppli und Birsstrasse/Einmündung Nasenweg velogängig gestaltet werden kann.

Christoph Hochuli, Jérôme Thiriet, Sandra Bothe, Luca Urgese, Jean-Luc Perret, Franz-Xaver Leonhardt, Stefan Wittlin, Annina von Falkenstein, Joël Thüning, Karin Sartorius, Brigitte Kühne, Alexandra Dill, Beatrice Isler, Raphael Fuhrer, Raffaella Hanauer, Brigitte Gysin, David Wüest-Rudin, Michael Hug, Nicole Amacher, Thomas Widmer-Huber

**13. Anzug betreffend Überwachung der Gebühren gemäss NörV**

21.5839.01

Der Kanton Basel-Stadt hat soeben eine Vernehmlassung zum Entwurf der Verordnung zum Gesetz über die Nutzung des öffentlichen Raums (NörG) durchgeführt. Die Mitte hat teilgenommen und dabei u.a. Folgendes festgehalten: positiv ist eine neue klarere Regelung, welche auch differenziertere Lösungen vorsieht und zu einzelnen, kleineren Entlastungen führt. Dem stehen aber ein grösserer administrativer Aufwand mit neuen (Bewilligungs-) Gebühren), verschiedene Erhöhungen und insgesamt eine grosse Unsicherheit bez. der konkreten finanziellen Auswirkungen gegenüber. Die Mitte hat postuliert, dass die gesamthafte Belastung der Allmendbenützer keinesfalls grösser werden darf als zuvor.

Die Mitte will, dass hier klare Verhältnisse bestehen. Konkret soll ein Vergleich erfolgen zwischen dem Zustand gemäss bisherigem Recht und demjenigen nach Einführung der neuen Verordnung. Dabei ist zu beachten, dass nach Inkrafttreten des neuen Tarifs eine Übergangszeit bestehen wird für die praktische Umsetzung samt teilweise längeren Fristen. Ausserdem ist zu beachten, dass Corona einen Einfluss hatte und noch haben wird. Sinnvoll dürfte daher sein, zur Ermittlung der Ausgangslage zu erheben, wie viel Gebühren der Kanton auf Basis des NörG im 2019 eingenommen hat (dies wird auch zeigen, welche hohen Beträge die Benutzer der Allmend, meist KMU wie Läden, Restaurants oder Baufirmen, dem Staat abliefern). Zum Vergleich sollen die Gebühren erhoben werden im 2. vollen Jahr nach Einführung der neuen Gebührenordnung. Dabei kann man mit der Arbeit sofort beginnen mit den Zahlen aus dem Jahr 2019.

Wir bitten den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten:

Wie hoch waren die vom Kanton auf Basis des NörG im 2019 erhobenen Gebühren?

Ist der Regierungsrat bereit, die im 2. Jahr nach Einführung der Verordnung zum NörG eingegangenen Gebühren zu ermitteln und dem Grossen Rat bekanntzugeben, und ist er bereit, dies in regelmässigen Abständen, z.B. alle 5 Jahre zu wiederholen?

Bestätigt der Regierungsrat die Forderung, wie sie Die Mitte erhebt, dass mit der Umstellung der Gebührenerhebung die Gesamtbelastung der Allmendbenützer nicht erhöht werden darf?

Andrea Strahm, Andrea Elisabeth Knellwolf

**Interpellationen****Interpellation Nr. 154 betreffend Steinmetzarbeiten an der Elisabethenkirche**

21.5792.01

Die Elisabethenkirche, die bedeutendste neugotische Kirche der Schweiz, ist dringend sanierungsbedürftig. Ein entsprechender Investitionsbeitrag von Seiten des Kantons ist für die Dezembersitzung des Grossen Rates traktandiert und dürfte unbestritten sein. Zu reden gibt jedoch die vorgesehene Umsetzung der entsprechenden Sanierungsarbeiten. Gemäss Ratschlag sollen nämlich die notwendigen Steinmetzarbeiten in Millionenhöhe zu einem beträchtlichen Teil direkt an die Basler Münsterbauhütte vergeben werden - und zwar ohne öffentliches Submissionsverfahren! Diese Absicht ist sowohl aus Sicht des betroffenen Gewerbes als auch aus grundlegenden marktwirtschaftlichen Prinzipien befremdlich. Denn die Münsterbauhütte ist ein mehrheitlich staatlicher Regiebetrieb im Besitz des Kantons Basel-Stadt, der evangelisch-reformierten Kirchgemeinde sowie der Christoph Merian-Stiftung. Gemäss Leistungsauftrag ist sie ausschliesslich für die Ausführung des baulichen Unterhalts am Basler Münster verantwortlich.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung der nachfolgenden Fragen:

1. Gemäss Ratschlag wurde die beschaffungsrechtliche Zulässigkeit einer Direktvergabe der Steinmetzarbeiten an die Münsterbauhütte durch die Kantonale Fachstelle für öffentliche Beschaffungen (KFÖB) geprüft. Auf welche beschaffungsrechtliche Grundlage beruft sich die KFÖB bei ihrer Einschätzung?
2. Wurde von Seiten der Bauherrschaft eine ausschliesslich im Rahmen eines öffentlichen Submissionsverfahrens durchgeführte Vergabe der Steinmetzarbeiten (Planung und Umsetzung) geprüft?
3. Neben dem Kanton Basel-Stadt hat unter anderem auch bereits die evangelisch-reformierte Kirche einen Investitionsbeitrag gesprochen. Im entsprechenden Ratschlag des Kirchenrates (<http://www.erk-bs-intern.ch/downloads/1355-elisabethenkirche.pdf>) ist die Rede von einer «kostengünstigen» Ausführung, welche durch die Direktvergabe an die Münsterbauhütte gewährleistet sei. Wie wird hierbei sichergestellt, dass die Arbeiten der Münsterbauhütte zu Marktpreisen erfolgen?
4. Wie aus dem Bericht der Bau- und Raumplanungskommission ersichtlich wird, sei der aufwändigste Teil des Münsters in der Zwischenzeit saniert, so dass der Baupflegeaufwand beim Münster in den nächsten Jahren geringer sein wird, wodurch wiederum personelle Ressourcen frei werden.
  - a. Wie schätzt der Regierungsrat die Personal- und Tätigkeitsplanung der Münsterbauhütte grundsätzlich ein?
  - b. Hat sich die Münsterbauhütte proaktiv um die Steinmetzarbeiten bei der Elisabethenkirche bemüht, um die aufgrund des sinkenden Baupflegeaufwands beim Münster freiwerdenden personellen Ressourcen im freien Markt einzusetzen?

- c. Bemüht sich die Münsterbauhütte derzeit um weitere staatliche oder private Aufträge, die keinen Zusammenhang mit der Baupflege des Münsters haben?

Beat Braun

#### Interpellation Nr. 155 für einen attraktiven Polizeiberuf

21.5811.01
------------

Die Polizeiarbeit ändert sich und das merken auch die Polizisten auf der Strasse. Der Respekt gegenüber der Polizei nimmt ab und die Gewalt gegen Polizeibeamte nimmt zu. Angepöbelt und angespuckt zu werden, Konfrontationen mit Mitgliedern schweizfremder Kulturen, Gewaltbereitschaft von Teilen der Bevölkerung, kurzfristige Einsatzbereitschaft während Demonstrationen und Sportanlässen und vieles anderes mehr gehören mittlerweile zum courant normal.

Diese Schwierigkeiten können vom einzelnen Polizeibeamten nur sehr eingeschränkt - wenn überhaupt - beeinflusst werden. Umso wichtiger ist es, dass er ein Umfeld erfährt, welches ihn in seinem Beruf nicht nur fachlich, sondern auch menschlich unterstützt. Das Privatleben darf auch bei einem solch anspruchsvollen Beruf nicht in Leidenschaft gezogen werden.

Ein attraktives Jobangebot beschränkt sich nicht nur auf das Finanzielle, sondern enthält zusätzliche Angebote wie Karriereaussichten, Weiterbildungen, planbare Einsatzzeiten, organisatorische Stabilität und Weiteres. Dem Interpellanten fällt auf, dass unser Polizeiapparat regelmässigen Reorganisationen unterworfen wird. In relativ kurzen Abständen werden grundlegende Organisationsänderungen gemacht: Optima, Systempflege und die zurzeit laufende Änderung des Arbeitszeitmodells mögen aus organisatorischer Sicht Sinn machen, für den einzelnen Polizeibeamten führen sie zu Verunsicherung und Zukunftsängsten. Vor allem aber können sie dazu führen, dass er sich nicht mehr 100% auf seine anspruchsvolle und gefährliche Arbeit konzentrieren kann.

Auf der Stellenbörse <http://www.jobs.ch> sind 107 Stellen im Polizei- und Sicherheitsumfeld eingestellt (Stand 21.11.2021). Die Gefahr der Abwanderung von auf Kosten des Basler Steuerzahlers ausgebildeten Polizisten zu einem anderen Corps ist vorhanden, ihr muss mit einer klaren Strategie und attraktiven Angeboten seitens Basel-Stadt Gegensteuer gegeben werden.

Vor diesem Hintergrund bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Geht der Regierungsrat mit dem Interpellanten einig, dass gerade bei einem in der öffentlichen Wahrnehmung nicht übermässig populären Beruf wie dem Polizeiberuf ein sehr deutliches Augenmerk auf attraktive Rahmenbedingungen zu legen ist?
2. Geht der Regierungsrat mit dem Interpellanten einig, dass in dieser Hinsicht im Kanton Basel-Stadt Verbesserungen möglich sind?
3. Welche Handlungsfelder hat der Regierungsrat in dieser Hinsicht identifiziert und welche Verbesserungen sieht er?
  - a. Welche Massnahmen unternimmt er zurzeit?
  - b. Was plant er, in Zukunft zu unternehmen? Welche Langfriststrategie verfolgt er?
4. Der Interpellant hat erfahren, dass andere Polizei- und Sicherheitscorps aktiv Abwerbung von Basler Polizisten mit dem entsprechenden Schaden für den Basler Steuerzahler betreiben.
  - a. Stimmt der Regierungsrat dieser Ansicht zu?
  - b. Wir bitten um genaue Angaben zur Abwanderung von Polizisten zu anderen Organisationen in den letzten fünf Jahren. Bitte führen Sie pro Jahr die Anzahl der Abgewanderten und die Zielorganisation auf.
  - c. Welche Gründe hat der Regierungsrat für die Abwanderung von Polizisten identifiziert?
  - d. Wird der finanzielle Aufwand für einen auf Kosten des Basler Steuerzahlers ausgebildeten Polizisten entgolten?
    - i. Wenn Ja, wie?
    - ii. Wenn Nein, wieso nicht?
5. Was unternimmt der Regierungsrat, um der Abwanderung von Basler Polizisten zu anderen Corps zu begegnen?
6. Wie beurteilt der Regierungsrat die Auswirkungen der ständigen Reorganisationen auf die Stimmung und Arbeitsmoral innerhalb unseres Polizeicorps?

Beat K. Schaller

#### Interpellation Nr. 156 betreffend Trainerhosen erlaubt oder nicht

21.5821.01
------------

Ich bekomme sehr viele Anrufe von Schülern, die sich bei mir über die Schulen beklagen. Es gibt sehr viele Beschwerden und ich hatte in den letzten Tagen über 350 Anrufe von Schülern, die mir berichteten, dass sie so keine Freude mehr haben. Daher fasse ich nun grob zusammen:

Sie dürfen keine Trainerhosen tragen. Sie werden zur Impfung gezwungen. Sie müssen Klima-Verträge

unterschreiben, die sie nicht wollen. Und sie leiden unter dem Masken-Zwang.

Um es übersichtlicher zu gestalten, nehme ich alle Fragen gleich in einer Interpellation zusammen auf. Da ich als Tik Toker Anrufe aus der ganzen Schweiz erhalten, bitte ich um Entschuldigung, wenn ich einmal mit einer Frage leicht danebenliege.

1. Wie ist es an den Basler Schulen. Sind Trainerhosen erlaubt? Oder gibt es eine Empfehlung, die besagt, es sei gewünscht, keine Trainerhosen zu tragen?
2. Wie ist es mit der Impfung. Werden die Schüler angegangen, sich impfen zu lassen? Und was ist mit Schülern, die sich nicht impfen lassen wollen? Ich finde das ist das freie Recht eines jeden Schülers.
3. Wie ist es mit den Masken? Wer keine Maske tragen will oder kann, kann sich dieser durch den Hausarzt eine Dispens oder wie sich das nennt, holen. Werden Dispensen, also Befreiungen, die vom Hausarzt geschrieben werden, in der Schule akzeptiert?
4. Müssen Schüler im Kanton sogenannte Klima-Aufrufe unterschreiben? Gibt es solche Listen? Oder anders gefragt, wie wird die Klima Sache in der Schule angegangen? Müssen sich die Schüler zu etwas verpflichten? Es gibt Schüler, die wollen das nicht, da es ihre freie Meinung ist. Wird die Meinungs-Freiheit der Schüler richtig geschützt?

Eric Weber

#### Interpellation Nr. 157 betreffend Verbindlichkeit des Bebauungsplans Nauentor

21.5830.01
------------

Am 17. März 2021 hat der Grosse Rat den Bebauungsplan 238 "Areal Nauentor" verabschiedet. Neben den Vorschriften für die Baufelder enthält der Bebauungsplan auch verbindliche Aussagen zum Verfahren sowie der Zusammensetzung des Beurteilungsgremiums:

Allgemein

- j. Zur Gewährleistung einer hohen städtebaulichen und architektonischen Qualität ist ein qualitätssicherndes Verfahren für das gesamte Areal durchzuführen. Bei der Auswahl der Teilnehmenden ist ein angemessener Anteil junger lokaler Teams zu berücksichtigen. Die Zusammensetzung des Beurteilungsgremiums ist bezüglich Geschlecht und Alter ausgewogen zu gestalten. Den Anliegen aus den Quartieren ist mit angemessenen Vertretungen Rechnung zu tragen.

Im Dezember 2021 folgte nun die Ausschreibung des Studienauftrags

(<https://competitions.espazium.ch/de/wettbewerbe/offen/basel-nauentor>), mit der auch die Zusammensetzung des Beurteilungsgremiums veröffentlicht wurde:

Fachrichter [sic]

- Peter Berger, Architekt FH ETH BSA SIA, Theo Hotz Partner Architekten, Zürich (Vorsitz)
- Emanuel Christ, Architekt ETH BSA SIA, Christ & Gantenbein Architekten, Basel
- Guido Hager, Landschaftsarchitekt BSLA, Hager Landschaftsarchitektur, Zürich
- David Leuthold, Architekt HTL BSA SIA, pool Architekten, Zürich
- Maya Scheibler, Architektin FH BSA SIA, Scheibler & Villard Architekten, Basel
- Barbara Emmenegger, Barbara Emmenegger Soziologie und Raum, Zürich (Ersatz)

Sachrichter [sic]

- Michael Heim, Leiter Development, Mitglied der GL, Post Immobilien
- Barbara Zeleny, Leiterin Anlageobjekte Entwicklung Urban, SBB Immobilien
- Beat Aeberhard, Leiter Städtebau & Architektur, Kanton Basel-Stadt
- Benno Jurt, Leiter Öffentlicher Verkehr / Mobilitätsplanung, Kanton Basel-Stadt
- Jürg Degen, Leiter Abt. Städtebau, Städtebau & Architektur, Kanton Basel-Stadt (Ersatz)
- Danny Bucco, Leiter Projektentwicklung, Post Immobilien (Ersatz)
- Philippe Marti, Projektleiter Anlageobjekte Entwicklung Urban, SBB Immobilien (Ersatz)

Bezüglich der Zusammensetzung des Beurteilungsgremiums bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Teilt der Regierungsrat die Auffassung, dass sämtliche Bestimmungen eines Bebauungsplans für die Eigentümerschaft verbindlich sind?
2. Hinsichtlich der Ausgewogenheit bezüglich Geschlecht: Kann der Regierungsrat darlegen, inwiefern ein Geschlechterverhältnis von 3 Frauen zu 13 Männern bzw. 2 Frauen zu 10 Männern (ohne Ersatzpersonen) als ausgewogen erachtet werden kann?
3. Hinsichtlich Ausgewogenheit bezüglich Alter: Kann der Regierungsrat aufzeigen, zu welchen Altersgruppen die Jurymitglieder gehören und ob diese ausgewogen vertreten sind?
4. Hinsichtlich Vertretung aus den Quartieren: Kann der Regierungsrat erläutern, welche Jurymitglieder welche Quartiere vertreten bzw. inwiefern die Anliegen aus den Quartieren im Gremium vertreten sind?
5. Ist der Regierungsrat bereit zu veranlassen, dass die Zusammensetzung des Beurteilungsgremiums entsprechend den Vorgaben des Bebauungsplans angepasst wird? Wenn nicht, wie begründet er dies?

Salome Bessenich

**Interpellation Nr. 158 betreffend Verlierer:innen des neuen Tagesbetreuungsgesetzes**

21.5843.01

Familien finanziell zu entlasten ist laut Erziehungsdepartement eines der Hauptziele des neuen Tagesbetreuungsgesetzes, welches per 01.01.2022 in Kraft tritt. Tatsächlich werden viele Familien substantiell entlastet, was sehr begrüssenswert ist. Trotz Erhöhung der Unterstützung durch den Kanton um vier Millionen Franken müssen allerdings viele Familien weiterhin sehr hohe Beträge für die familienergänzende Betreuung bezahlen. Leider gibt es auch Verlierer:innen, also Familien, die im neuen System sogar noch mehr bezahlen müssen.

Stossend ist, dass auch Familien mit geringem Einkommen von höheren Kosten betroffen sind. Wenn ihre bisherige Kita mit höheren Kosten als den Modellkosten des Kantons rechnet, steigt der Betrag, den Familien mit Anrecht auf maximale Kantonsbeiträge zu leisten haben, um bis zu 33%. Auch betroffen sind Mittelstandsfamilien mit Kindern in heutigen subventionierten Tagesheimen ohne Anspruch auf Betreuungsbeiträge, da sie neu den von der Kita gewählten Preis bezahlen (zwischen 2'199 und 2'599 CHF) und nicht mehr den früher subventionierten Preis (2'200 CHF). In anderen Fällen werden die höheren Betreuungsbeiträge des Kantons durch die gestiegene Preise der Plätze zu einem grossen Teil neutralisiert.

Viele von Kostensteigerungen betroffenen Familien fühlen sich vor den Kopf gestossen, da das ED in den Elterninformationen ausschliesslich über Entlastung der Familien spricht. Da das ED die neuen Verfügungen erst im Laufe des Novembers ausgestellt hat, erhielten die Eltern die neuen Elternbeiträge per 1.1.2022 sehr kurzfristig. Vollzahlende Eltern in bisher subventionierten Kitas erhielten überhaupt keine neue Verfügung, auch nicht, wenn sie neu aufgrund des Systemwechsels Anrecht auf Betreuungsbeiträge hätten.

Grossen Einfluss auf die negativen Auswirkungen der Systemumstellung haben die Modellkosten, welche der Kanton für die Betreuungsplätze berechnet hat. Es stellt sich die Frage, ob in diesen ausreichend Mittel für einen qualitativ guten Betrieb und die konsequente Einhaltung des Betreuungsschlüssels auch bei Krankheitsfällen von Betreuungspersonal berücksichtigt sind. Liegen die tatsächlichen Kosten der Kitas über den Modellkosten, trifft das im neuen System die Familien. Vor diesem Hintergrund bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen.

1. Wie positionieren sich die bisher vollsubventionierten Basler Kitas im vom Kanton definierten Kostenband (bitte inkl. Angabe von Durchschnittspreis und Anzahl Kitas über den Modellkosten)?
2. Wie verhält es sich diesbezüglich mit den bisher teilsubventionierten Kitas?
3. Was für Schlussfolgerungen zieht der Regierungsrat aus diesem preislichen Angebot betreff der Adäquatheit der jetzigen Modellkosten? Sind diese zu tief angesetzt?
4. Wie viele geringverdienende Familien gibt es im Kanton, die Anrecht auf den vollen Betreuungsbetrag haben, aber wegen der Einordnung ihrer Kita über den Modellkosten neu höheren Kosten zu tragen haben?
5. Wie viele Familien sind vom Nullsummenspiel betroffen (zwar höherer Betreuungsbeitrag, aber ähnlich hohe Erhöhung des Preises seitens Kita)? Wie viele müssen wegen der Erhöhung des Preises seitens Kita sogar mehr bezahlen?
6. Was für Unterstützungsmöglichkeiten haben diese Familien, wenn sie die höheren Beiträge nicht bezahlen können? Wie erfahren sie davon?
7. Empfiehlt der Regierungsrat den betroffenen Familien, die teurer gewordene Kita, in welche sie ihre Kinder eingewöhnt haben, zu kündigen und günstigere Plätze zu suchen? Wie stellt sich der Regierungsrat vor, dass der Markt spielen soll, wenn Eltern die Kita insbesondere nach Standort und Vertrauen in die Betreuungsqualität aussuchen (möchten)?
8. 2017 ging der Regierungsrat davon aus, dass 260 Familien mit 420 Kindern ohne Anspruch auf Kantonsbeiträge von höheren Kosten betroffen sein könnten auf Grund der Abschaffung des subventionierten Preises von 2'200 CHF. Wie viele Familien sind per 1. Januar 2022 tatsächlich betroffen? Wie viele davon sind nicht Topverdienende (siehe § 36 des Gesetzes über die direkten Steuern SG 640.100)?
9. Wie rechtfertigt der Regierungsrat, dass wegen dem minimalen Ausbau um 4 Millionen Franken Familien mit tiefen Einkommen und ein Teil des Mittelstandes jetzt noch höhere Kitakosten zu tragen haben?
10. Hat der Regierungsrat in den Berechnungen der Modellkosten und Betreuungsbeiträge sichergestellt, dass keine negativen Erwerbsanreize entstehen durch die Erhöhung der Kitakosten bei betroffenen Familien?
11. Hat der Regierungsrat in den Berechnungen sichergestellt, dass die Kitapreise für den betroffenen Mittelstand nicht so stark ansteigen, dass diese mit einer oder einem privat angestellten Kinderbetreuer:in («Nanny») neu günstiger fahren, und dadurch langfristig die Durchmischung in den Kitas gefährdet wird?
12. Im Online-Rechner, auf den Eltern im Informationsschreiben im Oktober hingewiesen wurden, sind (Stand 16.12.2021) signifikant höhere Abzüge (Ziffer 699 in der Steuerveranlagung) möglich als das Gesetz vorsieht. Wie ist es möglich, dass dieser Fehler nicht bemerkt worden ist? Könnte es sein, dass die Komplexität und Intransparenz des Systems, sowohl für die Eltern als auch für das ED, überaus hoch geblieben ist, obwohl die Vereinfachung des Systems eines der Ziele der Revision ist?

Barbara Heer

**Interpellation Nr. 159 betreffend «Steigende Energiepreise: Weshalb übergibt die Regierung den Preisüberwacher?»**

21.5847.01

Dem Kantonsblatt war zu entnehmen, dass der Regierungsrat die Erhöhung der Fernwärmearife, wie sie von den IWB beantragt wurde, nach einem groben Verfahrensfehler wieder rückgängig macht. Noch Mitte Dezember hatte die IWB für diese Erhöhung die Zustimmung erhalten. Die ursprünglich geplante Preiserhöhung (12.25%) per 2022 müssen deshalb rund 6'000 Liegenschaftsbesitzer nicht mittragen. Dem Entscheid vorausgegangen ist Kritik des Schweizer Preisüberwachers, der monierte, dass die Regierung diese Erhöhung zuerst hätte ihm vorlegen müssen – was sie offenbar nicht tat. Nun ist gewährleistet, dass der Preisüberwacher die Konsumentensicht zu dieser massiven Erhöhung der Fernwärmearife einbringen kann.

Das Vorgehen erstaunt, da der Preisüberwacher bereits im Februar 2021 angehört werden musste, um die für Mitte des Jahres 2021 vorgesehene Tarifierung vorzunehmen. Der Preisüberwacher wehrte sich damals gezielt gegen die Erhöhung des Tarifs für die Netznutzung um 30%. Die IWB begründeten die Erhöhung damals u.a. mit einer verkürzten Abschreibungsdauer für alle Anlagen von 80 auf 50 Jahren. Der Preisüberwacher hielt dagegen, dass die IWB auf höhere Netzentgelte verzichten könnte, wenn die Abschreibungsdauer nur für jene Investitionen verkürzt werden, die nach dem Jahr 2000 getätigt wurden. Über diese Empfehlung setzte sich die Regierung im Frühjahr hinweg. Damals fiel dies nicht auf, da durch die Weitergabe der tieferen Gaspreise insgesamt ein geringerer Tarif für die Kunden herauschaute, wie die bz basel am 23.12.21 treffend festhielt.

Es ist bekannt, dass aktuell die Gaspreise markant angestiegen sind und deshalb der in Aussicht gestellte Kompensationseffekt verschwindet. Somit werden ab 2022 die Kunden sowohl die Erhöhung der Netzentgelte als auch die Erhöhung des Produktpreises zu spüren bekommen, wie der Preisüberwacher in seiner Stellungnahme schrieb. Gemäss bz basel stützt die Regierung dagegen grundsätzlich den Beschluss der Berechnungen der IWB.

Es scheint wohl so, dass es der IWB – mit dem Segen des Regierungsrates – mit der Preiserhöhung hauptsächlich darum geht, die hohen Investitionen in das Fernwärmenetz wieder hereinzuspielen. Um den Ausstieg aus dem Gasgeschäft zu prästieren, sollen hierfür auch bestehende Kunden einspringen, was fragwürdig ist.

Ich bitte den Regierungsrat daher um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Weshalb genehmigte der Regierungsrat Mitte Dezember die von der IWB beantragte Erhöhung der Fernwärmearife per 1.1.2022 ohne die Empfehlung des Preisüberwachers abzuwarten?
2. Weshalb kassierte der Regierungsrat nur wenige Tage danach, nachdem der Preisüberwacher diese Entscheidung öffentlich heftig kritisiert hatte, den Entscheid wieder?

Gemäss der Generalsekretärin des WSU (bz basel vom 23.12.21) war unklar, «wann eine abschliessende Empfehlung des Preisüberwachers vorliegen würde.»

3. Weshalb hakte das WSU nicht nach resp. wieso wartete der Regierungsrat die Empfehlung nicht ab?
4. Schon bei der Erhöhung der Gasarife setzte sich der Regierungsrat über die Empfehlungen des Preisüberwachers hinweg.
5. Weshalb gewichtet der Regierungsrat die Überlegungen des Preisüberwachers bei der Entscheidung nicht stärker und wie begründet er es, dass ihm diese Argumente nicht stichhaltig genug sind?
6. Wie will der Regierungsrat künftig mit Empfehlungen des Preisüberwachers umgehen und sicherstellen, dass die Abläufe in Bezug auf das Abwarten der Empfehlungen so überarbeitet werden, dass derartige Fauxpas nicht mehr passieren können?
7. Wann ist ein definitiver Entscheid betreffend der Erhöhung zu erwarten resp. übernimmt der Regierungsrat die wichtige Empfehlung des Preisüberwachers und verzichtet auf die massive und ungerechte Erhöhung?
8. Wie ist sichergestellt, dass in den kommenden Jahren die massiven Energiepreiserhöhungen im Kanton Basel-Stadt – zu einem Teil ausgelöst durch die rotgrün-gefärbte Energiepolitik des Regierungsrates – nicht mehr auf die Liegenschaftsbesitzer und/oder der Liegenschaftsmieter abgewälzt werden?

Joël Thüring

**Interpellation Nr. 160 betreffend «kein Nachteil in der Schullaufbahn wegen Corona»**

22.5001.01

Die Pandemiesituation gestaltet sich im Allgemeinen und insbesondere auch an den Schulen mit dem Start ins neue Jahr alles andere als einfach.

Bereits im Dezember publizierte die Basler Zeitung einen Artikel, der von der herausfordernden Situation an den Schulen aufgrund der Pandemie für die Lehrpersonen und die Schülerinnen und Schüler berichtete. Quarantäne, Isolation und Depooling führten zu Unterrichtsausfällen und Fehlstunden in einem teilweise hohen Ausmass. Die Lernsituationen im Klassenzimmer gestalten sich herausfordernd und das dauernde Lüften führt zu erschwerten Lernbedingungen. Die teilweise langdauernden Absenzen von Lern- und Fachpersonen und die selten vollständig anwesenden Klassen stellen für die Unterrichtsorganisation grosse Schwierigkeiten dar, das Aufholen von fehlenden Lerninhalten ist nicht gewährleistet.

Der Schulstart nun nach den Weihnachtsferien ist nochmals deutlich angespannter aufgrund der Omikron-Variante. An den Primarschulen und Kindergärten fehlen 79 Lehrpersonen gleich von Beginn weg alleine wegen Corona. Die Varianten Alternativunterricht, Hybridunterricht und Fernunterricht, die in der Konsequenz vermehrt zum Tragen kommen, gewährleisten weder die Qualität des Unterrichts noch die ausreichende Vermittlung von Lerninhalten und



somit auch nicht das Erreichen vorgesehener Lernziele. Es sind Notlösungen für eine äusserst angespannte Lage und die Pandemie dauert zudem länger als zu Beginn angenommen.

Der Ausfall von Lehr- und Fachpersonen führt zu zusätzlichen Unterrichtsausfällen. Schülerinnen und Schüler werden von Stellvertreterinnen unterrichtet, Förderunterricht und individuelle Förderlektionen werden gestrichen. Dies führt zu weiteren schulischen Defiziten. Besonders erschwerend ist die Situation für Schülerinnen und Schüler, die vor einem Stufenwechsel stehen am Ende der 6. Primar- bzw. am Ende der 3. Sekundarklasse.

Bereits im Oktober 2020 hat der Grosse Rat den Anzug von Simone Benz überwiesen, der u.a. zusätzliche Ressourcen für die verstärkte Förderung infolge von individuelle Lernrückständen, die sich beim coronabedingten Fernunterricht aufgetan haben, forderte. Ebenso wurde eine Unterstützung von Schülerinnen und Schülern im Bereich des Methodenerwerbs für das selbstständige Lernen (Lernen zu lernen) gefordert.

Die Lage hat sich seither deutlich verschärft. Es ist davon auszugehen, dass die Leistungsunterschiede beträchtlich zugenommen haben. «Statt gelehrt wird nur noch betreut», meinte dazu Jean-Michel Héritier in der Basler Zeitung im Dezember.

Studien zeigen ausserdem, dass die psychische Belastung bei Kindern und Jugendlichen eindeutig zugenommen hat und sich vermehrt in Form von Depressionen, Angstzuständen und Stress zeigt. Dabei wird angegeben, dass der entstandene Schuldruck die grösste Corona-Stressbelastung für die Schüler und Schülerinnen darstellt. Daraus können ernsthafte psychische Folgen resultieren.

Aufgrund der geschilderten Umstände bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Studien zeigen, dass Fernunterricht oder Hybridformen die Chancenungleichheit zusätzlich verschärft.
  - a. Welche konkreten Massnahmen sind insbesondere geplant für leistungsschwache Schüler:innen, SuS mit Nachteilsausgleich, SuS mit Verstärkten Massnahmen, damit sie verpassten Lernstoff nachholen können?
  - b. Selbstständiges Lernen ist ein wichtiges Instrument für die Schüler:innen in der sich zuspitzenden Situation. Diese Fähigkeit kann nicht einfach vorausgesetzt werden. Welche Unterstützungsmassnahmen für die SuS auf den einzelnen Schulstufen kommen durch den Anzug Benz bisher zum Tragen? Welche sind noch vorgesehen.
2. Werden entstandene Wissenslücken auf den Schulstufen seit Beginn der Pandemie erhoben? Wenn ja, wie und mit welchem Resultat? Wenn nein, warum nicht?
3. Welche Massnahmen und Ressourcen wurden auf den einzelnen Schulstufen zur Verminderung von Lernlücken bereits gesprochen und welche Massnahmen sind noch vorgesehen, insbesondere
  - a. um Schüler:innen der Primarstufe zu unterstützen und die Lernrückstände längerfristig aufzuarbeiten?
  - b. um Kinder und Jugendliche nach dem Übertritt in die Sekundar- und Mittelschulen zu unterstützen, wie beispielsweise durch Zusatzförderstunden, freiwilliges Zusatzjahr, Lernplananpassungen, andere?
4. Inwiefern werden Nachteile aufgrund von coronabedingten Lernlücken beim Übertritt in eine nächste Schulstufe am Ende der Primar- bzw. Sekundarschule berücksichtigt?
  - a. Wie wird eine angemessene Beurteilung bei einem Stufenübergang trotz Unterrichts- und Lehrpersonenausfall gewährleistet?
  - b. Kann sich der Regierungsrat eine coronabedingte befristete Anpassung der Laufbahnverordnung bezüglich der Übertritte vorstellen, beispielsweise mit einer zusätzlichen selektiven Beurteilung am Ende des Sommersemesters?
5. Welche weiteren Probleme erkennt der Regierungsrat aufgrund der coronabedingten Lernlücken und der prekären Lage aufgrund der vielen Ausfälle auch in Bezug auf die Belastung der Lehr- und Fachpersonen. Welche Massnahmen sind diesbezüglich bereits geplant?

Sandra Bothe

#### Interpellation Nr. 161 betreffend Betonpiste Dreirosenbrücke

22.5004.01
------------

Nahe den Enden der Dreirosenbrücke befindet sich jeweils ein Park, im Grossbasel der St. Johannspark, im Kleinbasel die Dreirosenanlage. Dazwischen liegt die Brücke als Band aus Beton. Für Fussgängerinnen und Fussgänger wurde eine äusserst breite und grosszügige Zone eingerichtet, die zum Flanieren und Verbleiben einlädt. Entsprechende Sitzgelegenheiten sind fest eingebaut.

Die Dreirosenbrücke verbindet das Horburgquartier mit dem St. Johann und dem neuen Zentrum rund um den Voltapaltz. Sie wäre deshalb tatsächlich die ideale Flaniermeile zwischen den Quartieren und könnte in dieser Form auch die Belegung der Parks entlasten.

Aber – weit und breit nur Beton, alles offen, leer und schattenfrei, keinerlei Grün. (Siehe Fotos).

Der Unterzeichnende bittet den Regierungsrat deshalb um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Gibt es im Zusammenhang mit der Dreirosenbrücke Pläne, um den Aufenthalt im Fussgängerbereich insbesondere im Sommer einladender, geschützter und beschattet zu machen?
2. Wenn nicht, was ist die Begründung?
3. Besteht die Möglichkeit, den Fussgängerbereich zu verändern, indem Bäume und andere Pflanzen zur

Beschattung genutzt werden und eine Art Allee entsteht?

4. Besteht die Möglichkeit, auf der Dreirosenbrücke einen Ort zur Wasserversorgung zu installieren (z. B. einen Brunnen) oder sogar eine Buvette?

Franz-Xaver Leonhardt

**Interpellation Nr. 162 betreffend Schlussfolgerungen aus der Swiss Corona Stress Study**

22.5005.01

Die Umfrage der „Swiss Corona Stress Study“ der Universität Basel vom November 2021 zeigt auf, dass die psychische Belastung in der Pandemie weiterhin hoch ist. Die Zunahme an depressiven Erkrankungen ist äusserst besorgniserregend. Rund ein Fünftel der Studienteilnehmenden gaben an unter schweren depressiven Symptomen zu leiden. Der Gebrauch von Schlaf- und Beruhigungsmitteln sowie der Konsum von Alkohol und Cannabis scheinen im Verlauf der Pandemie angestiegen zu sein. Besonders betroffen sind Personen mit finanziellen Verlusten, psychischen Vorerkrankungen und junge Menschen.

Kinder und Jugendliche im Alter von 14-24 Jahre sind von den schweren depressiven Symptomen mit einem Anteil von 33% am stärksten betroffen. Neben den psychischen Folgen der Pandemie und Konflikten in der Familie, leiden sie vor allem unter dem Stress und Leistungsdruck an den Schulen und Universitäten. Dieser Stress ist gemäss der Umfrage einer der höchsten Belastungsfaktoren.

Die Covid-Pandemie wirkt auch hier verstärkend auf einen Umstand, der schon vorher bestand. Unsere Schule entwickelte sich zu einem System mit widersprüchlichem Auftrag. Auf der einen Seite der Grundsatz einer integrierenden Schule und auf der anderen Seite ein enormer Leistungsdruck, welcher genau das Gegenteil bewirkt, nämlich den Ausschluss von Schülerinnen und Schülern. Die Studie belegt, dass die hohe psychische Belastung der Jugendlichen auch auf den bestehenden Schul- und Leistungsdruck zurückzuführen ist. Trotz dieser Tatsache, wird der Druck nicht abgebaut. Im Gegenteil - es werden höhere Hürden aufgebaut und mehr ausgesiebt (tiefere Gymnasial- und FMS-Quoten) und somit der Zugang zu weiterführenden Schulen seit ein paar Jahren immer weiter verschärft.

Das Alter zwischen 14-18 Jahre ist aus entwicklungspsychologischer Sicht sehr entscheidend mit vielen Übergängen. „Weichen“ müssen oder sollten gestellt und Entscheidungen getroffen werden. Dies führt in einer Leistungsgesellschaft zu Belastungen. Etwas mehr Entspannung wäre dringend notwendig, um präventiv auf die Gesundheit der Jugend zu wirken. Es wäre hilfreich in dieser Lebensphase Möglichkeiten für schulische, berufliche bzw. soziale Zwischenjahre zu schaffen.

In der Beantwortung der Interpellation 145 von Melanie Nussbaumer wird aufgezeigt, dass diverse soziale und psychiatrische Unterstützungsangebote bestehen und finanziert werden. Beispielsweise wurde aufgrund der hohen Nachfrage die Jugendberatung JuAr vom Gesundheitsdepartement mit zusätzlichen Mitteln ausgestattet. Umso unverständlicher, dass die seit 2015 bestehende Zugangsbeschränkung für sozialhilfeunterstützten Jugendliche zu diesem niederschweligen Beratungsangebot nicht aufgehoben wurde.

Bezugnehmend auf die geschilderten Problemstellungen, bitte ich die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Schlussfolgerungen werden aus den Resultaten der „Swiss Corona Stress Study“ bezüglich den schulischen Übergängen (nach obligatorischer Schulzeit) von der Regierung gezogen und welche entlastenden Massnahmen werden geplant?
2. Welche Entlastungsmassnahmen für Schüler und Schülerinnen sind aufgrund des hohen Leistungsdrucks auf den Schulstufen der obligatorischen Schulzeit geplant?
3. Ist der Regierungsrat auch der Meinung, dass sich seit der letzten Schulreform der schulische Stress und der Leistungsdruck an den Baslern Schulen erhöht hat und sich negativ auf die psychische Gesundheit der Jugendlichen auswirkt? Falls ja – welche kurzfristigen Anpassungen sind angedacht?
4. Welche Möglichkeiten von „Zwischenjahren“ nach der obligatorischen Schulzeit bestehen und werden vom Erziehungsdepartement aktiv unterstützt. Besteht die Möglichkeit, dass Eltern in diesen Zwischenjahren die Ausbildungszulagen weiter beziehen können?
5. Was sind die Gründe für die Aufrechterhaltung der Zugangsschranke von sozialhilfeunterstützten Jugendlichen bei der Beratungsstelle Juar? Ist die Regierung auch der Meinung, dass diese Zugangsbarriere in Zeiten hoher psychischer Belastung hinderlich wirkt und diese aufzuheben ist?

Oliver Bolliger

**Interpellation Nr. 163 betreffend Auswirkungen von flächendeckendem Tempo 30 auf Blaulichtorganisationen**

22.5007.01

In einem eingereichten Vorstoss wird flächendeckendes Tempo 30 im Kanton Basel-Stadt gefordert. In einem Zeitungsinterview führt der Motionär weiter aus, dass die Fahrbahnen mit den geplanten Massnahmen rund 70 Zentimeter schmaler ausgestaltet werden könnten und damit Platz für Bäume und Boulevardnutzungen entsteht.

Flächendeckendes Tempo 30 und die flankierenden Massnahmen werden sich zwangsläufig auch auf die Interventionszeiten der Blaulichtorganisationen auswirken, da die Einsatzkräfte in den Kolonnen hängenbleiben und aufgrund der schmalen Fahrbahnbreite nicht mehr gefahrlos Überholen können. Auch die Einrückzeiten der Milizfeuerwehr ins Magazin werden länger werden, da die Mitglieder zuerst vom Wohn- oder Arbeitsort anfahren müssen.

Der Kanton Zürich hat die Städte Zürich und Winterthur - welche ähnliche Ziele, wie der Motionär verfolgen - davor gewarnt, dass die Erstversorgung von Patientinnen und Patienten im Stadtgebiet in Gefahr ist.

Der Interpellant teilt diese Bedenken und bittet die Regierung daher um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Auswirkungen hat flächendeckendes Tempo 30 auf die Interventionszeiten der Blaulichtorganisationen in Basel-Stadt?
2. Welche Auswirkungen haben schmalere Fahrbahnen auf die Blaulichtorganisationen?
3. Ist die Regierung BS, wie die Regierung ZH, der Ansicht, dass die Erstversorgung von Patientinnen und Patienten durch die geplanten Massnahmen in Gefahr ist?
4. Welche Kriterien gelten für Blaulichtorganisationen betreffend der Einhaltung der Tempolimits?
5. Mit welchen Konsequenzen muss eine Fahrerin oder ein Fahrer einer Blaulichtorganisation rechnen, wenn sie/er in einer 30er-Zone auf einer breiten Hauptstrasse (z.B. Feldbergstrasse) mit 50 km/h einen Unfall hat?
6. Welche Auswirkungen haben die geplanten Massnahmen auf die Einrückzeiten der Milizfeuerwehr?

Balz Herter

**Interpellation Nr. 164 betreffend „Causa Fehlmann - die unendliche Geschichte Teil 5. Nichtbefolgen des Gerichtsentscheids durch das Präsidialdepartement“**

22.5009.01

Mit insgesamt fünf Interpellationen, zuletzt der Interpellation Nr. 21.5333.01 vom 30.4.2021, habe ich den Regierungsrat um Informationen und Antworten in der Causa Marc Fehlmann gebeten. Unter anderem wollte ich in besagter letzter Interpellation vom Regierungsrat wissen, weshalb der in der Wissenschaft und den Geldgebern hochgeschätzte und vielgelobte Museumsdirektor des Historischen Museums Basel, Marc Fehlmann, weiterhin nicht an seinen Arbeitsplatz zurückkehren darf, obschon das Appellationsgericht Basel-Stadt den Freistellungsentscheid des Präsidialdepartements, wie bereits zuvor die Personalrekurskommission schon, kassiert hat.

Die damaligen Antworten des in der Zwischenzeit zuständigen neuen Departementsvorstehers, Regierungspräsident Beat Jans, waren unbefriedigend. Immerhin gab der Regierungspräsident im Ratsplenum nachträglich (!) mündlich zu Protokoll, dass die externen Anwaltskosten sich allein für das Jahr 2020 auf 78'000 Franken beliefen.

In der Budgetdebatte 2022 im Dezember 2021 hat der Regierungspräsident auf einen Kürzungsantrag der SVP-Fraktion in Bezug auf die Anwaltskosten im laufenden Fall darauf hingewiesen, dass diese Kosten „departementsintern kompensiert werden“. Weitere Informationen blieb er schuldig.

Auch ist bis heute unklar, wie es im Verfahren weitergeht. Ganz offensichtlich wurde noch keine einvernehmliche Lösung gefunden und Marc Fehlmann wird davon abgehalten, seiner Tätigkeit als Museumsdirektor nachzugehen. Kleinlich hält das Departement an einer Übergangslösung mit einem interimistischen Direktor fest, welcher innerhalb des Hauses bis dato nicht für die notwendige Ruhe sorgen konnte.

Ich ersuche den Regierungsrat daher um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wurde dem Museumsdirektor, Marc Fehlmann, in der Zwischenzeit eine neue, rechtsgültige, Freistellungsverfügung zugestellt?
  - 1.1 Falls nein, weshalb nicht?
  - 1.2 Falls ja, wurde gegen diese Freistellungsverfügung Rechtsmittel eingelegt?
2. Weshalb wird der Museumsdirektor fortwährend daran gehindert, seiner Funktion als Direktor des Historischen Museums nachzukommen?
3. Wann wird Marc Fehlmann seine Arbeit als Direktor des Historischen Museums wieder aufnehmen können?
4. Wie hoch sind die (externen und internen) Anwaltskosten für das vom Präsidialdepartement ausgelöste juristische Fiasko im Jahr 2021 gewesen, nachdem sich diese im Jahr 2020 auf 78'000.- beliefen?

In der Budgetdebatte hat der Regierungspräsident mitgeteilt, dass die Kosten von 78'000.- departementsintern kompensiert wurden.

5. Wo und wie wurden diese Kosten departementsintern kompensiert?
6. Werden auch die Kosten für das Jahr 2021 departementsintern kompensiert?
  - 6.1 Falls nein, weshalb nicht?
  - 6.2 Falls ja, wo?

Noch immer stehen auf der Lohnliste des Historischen Museums zwei Direktoren. Dem Vernehmen nach, müssen beide Löhne vom Historischen Museum getragen werden.

7. Trifft dies zu und falls dem so ist: Wie ist dies zu rechtfertigen?

Im Zusammenhang mit der „Causa Fehlmann“ gab es diverse Vorwürfe auch gegenüber dem Kaufmännischen

Direktor des HMB. Dieser soll, so sind Zeitungsberichte zu interpretieren, gemeinsam mit einer Kuratorin massgeblich für die schlechte Stimmung im Hause verantwortlich sein.

8. Welche Massnahmen wurden getroffen, um die Stimmung im Hause zu verbessern?
9. Trifft es zu, dass der Kaufmännische Direktor derzeit nicht im Hause tätig ist?
  - 9.1 Falls ja, weshalb und bis wann ist seine Rückkehr angedacht?
10. Wurden personal rechtliche Massnahmen gegen ihn seitens des PD erwirkt?
11. Welche weiteren personellen Veränderungen wurden im 2021 angegangen?

Pascal Messerli

**Interpellation Nr. 165 betreffend doch keine richtige Veloverbindung durchs Nautentor?**

22.5013.01

Das Gundeli braucht sichere und direkte Verbindungen in Richtung Innenstadt. Es ist unbestritten von zentraler Bedeutung, dass die seit langem geforderten Verbindungen für den Veloverkehr endlich realisiert werden. Derzeit gibt es keine gefahrlose Nord-Südverbindung.

Alle im «Teilrichtplan Velo» aufgeführten Massnahmen werden aber erst in (weiter) Zukunft umgesetzt werden können. Es wird deshalb erwartet, dass mit dem Neubau «Nautentor» eine (Teil-)Lösung realisiert wird. Diese wurde von Quartiervertretenden vehement eingefordert. Aufgrund der vagen Aussagen von BVD und Investorinnen Post und SBB zu den Veloverbindungen stand die Rückweisung des Bebauungsplans Nautentor im Raum. Auf Nachhaken der BRK erfolgten jedoch Zusagen von BVD und Investorinnen zur Lösungsfindung, aufgrund deren sich schlussendlich eine Mehrheit der BRK und des Grossen Rats für folgenden Kompromiss entschied: Die geplante beidseitig zugängliche Veloabstellanlage muss zur Veloverbindung für die Nord-Süd-Verbindung aufgewertet werden.

Im Bericht der BRK ist festgehalten:

«Die BRK weist darauf hin, dass der Passus «Diese müssen von der Hochstrasse/Solothurner-strasse und der Gartenstrasse aus fahrbar erreichbar und untereinander verbunden sein» aus litera q des allgemeinen Teils des Bebauungsplans so zu verstehen ist, dass eine Veloverbindung zwischen den genannten Strassen und Plätzen gewährleistet sein muss.»

Nun läuft seit dem 10. Dezember und noch bis zum 3. Februar 2022 die Ausschreibung für das Richtprojekt. Von der Veloverbindung wird nur noch in einleitenden Sätzen gesprochen, bei den konkreten Anforderungen an das Richtprojekt wird die Veloverbindung wieder zur «öffentliche[n] Veloanlage» degradiert, die «beidseitig fahrbar (Hochstrasse/Solothurnerstrasse und Gartenstrasse) zugänglich und untereinander verbunden ist.»

Eine Veloabstellanlage ist aber keine Veloverbindung. Eine Veloverbindung muss auch zu Pendelzeiten durchgängig befahrbar sein. Also auch dann wenn viele Personen ihre Velos abstellen und zu Fuss auf dem Weg zum Perron sind. Wenn nicht genügend Platz für die Durchfahrt eingeplant ist, oder auf dem Weg zum Perron die Veloverbindung gequert werden muss, steigt die Unfallgefahr zwischen fahrenden und zu Fuss gehenden Personen. Als Folge könnte die Veloabstellanlage zu Pendelzeiten nur noch im Schrittempo oder gar nicht mehr durchquert werden, womit sie den Zweck einer Veloverbindung nicht erfüllt.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um Antworten auf die folgenden Fragen:

1. Wie hoch ist derzeit das Veloverkehrsaufkommen zwischen Gundeldingen und Gellert/Innenstadt im Bereich der Peter Merian-Brücke?
2. Mit welchem Veloverkehrsaufkommen rechnet der Regierungsrat auf dieser Verbindung bei einer Umsetzung der Veloverbindung gemäss Entscheid des Grossen Rats? Wie verteilt sich dieses über den Tag?
3. Welche minimale Breite und Ausgestaltung der Veloverbindung durch das Nautentor ist notwendig, um den erwarteten Veloverkehr sicher und hindernisfrei durchzuleiten?
4. Ist der durch die Investorinnen aufgegleiste Planungsprozess so gestaltet, dass die Veloverbindung mit den korrekten Mindestmassen umgesetzt wird?
5. War der Kanton in die Formulierung der Ausschreibung involviert?
6. Welche Rolle hat der Kanton im Rahmen des Dialogverfahrens und des weiteren Planungsprozesses?
7. Wie gedenkt der Regierungsrat, dafür zu sorgen, dass der Entscheid des Grossen Rats für eine sichere und auch zu Pendelzeiten hindernisfrei befahrbare Veloverbindung umgesetzt wird?

Tonja Zürcher

**Interpellation Nr. 166 betreffend das Sankt-Florian-Prinzip der Pensionskasse BS — was kann die Basler Regierung gegen die Verdrängung Dutzender langjähriger Mietparteien im Kanton Zug unternehmen?**

22.5014.01

Die Pensionskasse Basel-Stadt (PKBS) hat bei Winterbeginn eine Gesamtanierung einer erst 44-jährigen

Grossüberbauung im Kanton Zug nahe der JVA Bostadel begonnen. Dabei werden vor allem die alten Küchen und Bäder herausgerissen. Die Wohnungen sind gut erhalten und bei Mietwechsel jeweils sorgfältig instandgesetzt worden, so Mietparteien.

Die Dutzende Mietparteien in den acht Wohnhäusern der Überbauung sind wegen der PKBS in grosser Unruhe. Sie halten das Vorhaben für eine Fehlsanierung, die nicht dem Erhalt der Substanz diene, sondern der Maximierung der PKBS-Rendite.

Die PKBS habe kommuniziert, sie wolle die Mieten «an die Orts- und Quartierüblichkeit anpassen». Angekündigt sind in der Folge der Renditesanierung Massivaufschläge in einer Bandbreite von zwischen 350 und 500 Franken. Leer werdende Wohnungen sollen bei Neuvermietung gar das Doppelte der heutigen Mietzinse einbringen. Beides wäre jenseits von Gut und Böse, wenn die PKBS den neuen Basler Wohnschutzstandard ethisch korrekt auf die aktuelle Situation im Kanton Zug antizipieren würde.

Von untergeordneter Bedeutung scheinen die von der PKBS ebenfalls geltend gemachten energetischen Massnahmen zu sein: Weder Fassadenpflege noch neue PV auf den Dächern sollen zur Senkung von Nebenkosten und folglich auch nicht zu greifbaren Verbesserungen der Energiebilanz führen. Entsprechend zitieren Mietparteien die aktuelle Liegenschaftsverwaltung.

Die Aussicht auf Renditesanierung und Massivmietzinse hat aufreibende Wohnungssuchen und Panikfluchten langjähriger Mietparteien ausgelöst. Daran ändern auch nichts die branchenüblichen Beschwichtigungen, es werde bei dieser Gelegenheit auch grad Asbest entsorgt, verbunden mit Ersatzaufenthalten bzw. dem Erlass von bis zu zwei Monatsmieten.

Knapp ein Dutzend Mietparteien ist mit der nahegelegenen und von Basel-Stadt mitgetragenen JVA Bostadel verbunden; ihr Geld liegt exakt bei der PKBS, die sie nun in die Bredouille bringt. Sie fühlen sich aus ihren langjährigen Wohnungen verdrängt.

Als besonders ungerecht empfinden sie es, dass ihre eigene Basler Pensionskasse auch kurz vor Inkrafttreten des neuen Basler Wohnschutzstandards ungerührt mit zweierlei Ellen misst. Sie erwarten von ihrer Kasse, dass diese auch ausserhalb der Kantonsgrenzen dieselben ethischen Standards einhält wie im Stadtkanton. Und sie zählen darauf, dass die Basler Behörden sich gegen die Sankt-Florian-Politik der PKBS einsetzt.

Es drängen sich die nachfolgenden Fragen an die Basler Regierung auf.

1. Kennt die Regierung den Fall PKBS-Zug, wo die PKBS eine Renditesanierung gestartet hat mit der Folge von Massivmietzinsen, welche viele langjährige Mietparteien einer Grossüberbauung trifft?
2. Weiss sie, dass sich die Renditesanierung in rund zehn Fällen gegen PKBS-eigene Beitragszahlende (JVA Bostadel) richtet?
3. Sieht sie rechtliche Möglichkeiten, um Imageschaden vom Kanton abzuwenden, der durch das PKBS-Investitionsverhalten und die Nichtbeachtung des Basler Wohnschutzstandards im Kanton Zug entsteht?
4. Wirkt sie politisch darauf hin, dass das Verhalten der PKBS ausserhalb von Basel künftig ethisch korrekt ist und in Übereinstimmung mit Basler Wohnschutzstandards erfolgt?
5. Hat sie im konkreten PKBS-Fall Kontakt mit der Zuger Regierung aufgenommen oder plant dies?
6. Kennt sie weitere solch problematische Renditesanierungsvorhaben der PKBS ausserhalb von Basel?
7. Kann sie zusichern, dass die PKBS-Liegenschaftsverwaltung «Immobilien Basel» (IBS) im Fall PKBS-Zug in keiner Weise involviert ist, auch nicht indirekt über frühere IBS-Mitarbeitende?
8. Hat sie generell für die IBS Richtlinien vorgesehen, um den neuen Basler Wohnschutzstandard auch ausserhalb der Kantonsgrenzen durchzusetzen?

Beat Leuthardt

#### **Interpellation Nr. 167 betreffend "Wildwest in der Webergasse – und die Rolle des Stadteilsekretariates"**

22.5015.01
------------

Anwohner der Webergasse haben sich in den letzten Wochen den Interpellanten mit krassen Beispielen auf die Missstände in der Webergasse und die unmittelbar angrenzenden Strassen aufmerksam gemacht. Insbesondere scheint sich dort ein halb-offizieller Drogenumschlagplatz eingemietet zu haben, zudem prägt nach wie vor der Menschenhandel die dortige Szene.

Gewalt im Zusammenhang mit organisierter Kriminalität scheint an der Tagesordnung zu sein und das Leben der Bewohnerinnen und Bewohnern stark zu belasten. Bereits Ende November berichtete Bajour in einem Artikel über einen vom Stadteilsekretariat Kleinbasel moderierten "Stammtisch" welcher sich dem Problem unter Beteiligung von Ansässigen und der Polizei angenommen hatte. In diesem wird der Ressortleiter Spezialfahndung der Kantonspolizei wie folgt zitiert: "Die Drogen- und Gewaltproblematik hat sich in der Webergasse intensiviert." Ein Polizeikader beurteilte, immer gemäss Bajour, die Situation pessimistisch: "Als Polizei schaffen wir das nicht alleine..." Der Vergleich mit dem "Wilden Westen" scheint angebracht.

Am genannten Anlass Anwesende zitierten zudem die organisierende Verantwortliche des Stadteilsekretariates Kleinbasel übereinstimmend in dem Sinne, dass es Aufgabe der Gesellschaft, also auch der Anwesenden, sei, den Kriminellen ein alternatives Leben mit Perspektiven zu ermöglichen, damit diese keinen Grund mehr hätten, in der Illegalität zu arbeiten.

Deshalb wird die Regierung um Beantwortung der folgenden Fragen ersucht:

1. Beurteilt die Regierung die Webergasse als Brennpunkt der Basler Drogenszene?
2. Hat die Ausübung von Gewalt aus Sicht der Regierung seit Corona in der Webergasse zugenommen oder gar das "übliche" Mass gesprengt?
3. Welche Massnahmen wurden ausser dem genannten "Stammtisch" ergriffen, um die Lage an der Webergasse wieder unter Kontrolle zu bekommen und den Eindruck einer rechtsfreien Zone zu Lasten der Anwohnerinnen und Anwohnern zu widerlegen?
4. Welche Haltung nimmt die Regierung generell gegenüber ihr bzw. den Sicherheitskräften bekannten Drogenumschlagplätzen ein?
5. Ist es richtig, dass das Stadteilsekretariat Kleinbasel hier das Krisenmanagement führt oder wäre dieses Krisenmanagement, da es augenscheinlich um organisierte Kriminalität geht, nicht besser beim JSD anzusiedeln?
6. Teilt die Regierung die Auffassung des Interpellanten, dass es beim Drogen- und Menschenhandel – nicht nur, aber auch an der Webergasse – nicht um Kleinkriminalität von perspektivlosen Zeitgenossen, sondern vielmehr um internationale organisierte Kriminalität mafiösen Ausmasses geht?
7. Ist es wirklich Aufgabe der Gesellschaft, dafür zu sorgen, dass den am Drogen- und Menschenhandel Beteiligten ein besseres Leben in der Legalität geboten und dadurch die Kriminalität ausgetrocknet werden kann, wie vom Stadteilsekretariat insinuiert?

Lorenz Amiet

**Interpellation Nr. 168 betreffend «Corona-Hospitalisierungen eindeutig ausweisen»**

22.5016.01

Gemäss Medienberichten der vergangenen Woche, sind die Spitaleinweisungen in den meisten Kantonen der Schweiz verwirrend dargestellt. In den genannten Kantonen ist fast die Hälfte aller stationär behandelten Patienten nicht wegen des Virus eingeliefert worden, sondern primär wegen anderer Symptome. Konkret heisst das, dass ein Patient, der mit Beinbruch eingeliefert wurde und bei Ankunft positiv auf Corona getestet wurde, in der Statistik als Corona-Patient geführt wird. Dies ist zwar nicht falsch aber äusserst verwirrend und für politische Entscheidungsfindungen beeinträchtigend. Damit die Politik für ihre Entscheide eine eindeutige Datenlage hat, stellen sich folgende Fragen:

1. Wie hoch ist aktuell der Anteil hospitalisierter Patienten, die im Kanton Basel-Stadt nicht wegen Corona, sondern vorwiegend wegen anderen Symptomen hospitalisiert wurden, jedoch als Corona-Patienten geführt werden?
2. Wie hoch ist der in Frage Eins erwähnte Anteil Patienten auf der IPS?
3. Ist der Regierungsrat bereit Massnahmen zu ergreifen, damit der Anteil hospitalisierter Patienten, die im Kanton Basel-Stadt nicht wegen Corona, sondern vorwiegend wegen anderen Symptomen hospitalisiert wurden, jedoch als Corona-Patienten geführt werden, gesondert, nachvollziehbar, öffentlich zugänglich und tagesaktuell ausgewiesen wird?
4. Ist der Regierungsrat bereit Massnahmen zu ergreifen, damit der in Frage Drei erwähnte Anteil Patienten, welcher zudem eine IPS-Versorgung benötigt, gesondert, nachvollziehbar, öffentlich zugänglich und tagesaktuell ausgewiesen wird?

David Trachsel

## Schriftliche Anfragen

1. **Schriftliche Anfrage betreffend Jahresobergrenze bei Freistellung zur Betreuung kranker Kinder durch Kantonsangestellte**

21.5844.01

Der Kanton Basel-Stadt versteht sich als fortschrittlicher Arbeitgeber. Er deklariert sich selbst auch als familienfreundlichen Arbeitgeber: «Sie haben Familie? Es ist uns ein Anliegen, Sie bei dieser Aufgabe zu unterstützen.» So die Erklärung auf der Webseite von HR Basel-Stadt ([www.arbeitgeber.bs.ch](http://www.arbeitgeber.bs.ch)).

Eine häufig vorkommende Aufgabe als Eltern ist, sich um ein krankes Kind zu kümmern. Erfahrungsgemäss werden Kinder gerade in der kalten Jahreszeit öfters krank, sodass Eltern immer wieder kurzfristig eine Betreuung organisieren müssen. Insbesondere während der Pandemie kann und darf die Fremdbetreuung teilweise schon bei reinen Erkältungssymptomen nicht mehr in Anspruch genommen werden. Diese Option fällt also rasch ausser Betracht. Nicht immer können Grosseltern oder sonst eine Betreuung aus dem persönlichen Umfeld organisiert

werden. Und gerade Grosseltern sollten während der Pandemie die Betreuung im Krankheitsfall gar nicht übernehmen. Um die Betreuung dennoch sicherzustellen, bleibt den Eltern keine andere Lösung, als zu Hause zu bleiben und das kranke Kind zu pflegen.

Das private Arbeitsrecht sieht für solche Situationen eine Lösung vor. In Art. 36 Abs. 3 ArG ist für Arbeitnehmende mit Familienpflichten vorgesehen, dass diesen in einem solchen Fall einen Freistellungsanspruch von bis zu drei Tagen pro Ereignis haben. Eine Jahresobergrenze ist gemäss Art. 36 Abs. 4 ArG bei Kindern nicht vorgesehen. Dies im Gegensatz zu anderen Familienpflichten wie z.B. die Betreuung eines sonstigen Familienmitglieds oder des Lebenspartners mit gesundheitlicher Beeinträchtigung, wo eine Jahresobergrenze von zehn Tagen gilt.

Der Arbeitgeber Basel-Stadt hat sich weitgehend an dieser Regelung orientiert. In § 18 der Verordnung betreffend Ferien und Urlaub der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kantons Basel-Stadt (Ferien- und Urlaubsverordnung, FUV) sind die Fälle von bezahltem Urlaub für persönliche Angelegenheiten geregelt. § 18 Abs. 1 Ziff. 4 sieht dabei vor, dass bei unvorhergesehenen Betreuungsempfängern von eigenen Kindern oder nahen Angehörigen bezahlter Urlaub bis maximal drei Tage pro Ereignis beansprucht werden kann. Im Gegensatz zum Arbeitsgesetz ist jedoch auch bei Kindern eine Jahresobergrenze von maximal zehn Arbeitstagen vorgesehen.

Gerade für Eltern mit mehreren Kindern ist diese Jahresobergrenze von zehn Tagen ein Problem. Da die Obergrenze von zehn Tagen nicht pro Kind gilt, sondern absolut, kann diese dann schnell erreicht werden. Kommt hinzu: Die genannte Obergrenze gilt für ein 100%-Pensum. Insbesondere Mütter, die immer noch einen grossen Anteil der Betreuungsarbeit leisten und gleichzeitig arbeiten, haben mit Teilzeitpensen entsprechend weniger Tage zur Verfügung.

Ein konkretes Beispiel: Einem Elternteil mit einem 60%-Pensum und zwei Kindern stehen insgesamt 6 Tage pro Jahr zur Verfügung, also 3 Tage pro Kind. Es ist insbesondere bei Kleinkindern sehr wahrscheinlich, dass diese Obergrenze überschritten wird.

In der übrigen Zeit sind die Eltern mit ihrem kranken Kind auf sich allein gestellt. Home-Office ist in einer solchen Situation je nach Arbeitsplatz nicht oder nur eingeschränkt möglich. Um die Betreuung sicherzustellen, bleibt den Eltern dann nur noch der Ferienbezug bzw. die Inanspruchnahme von unbezahltem Urlaub übrig. Dies führt zu Lohnausfall, der vor allem Frauen betrifft. Zusammen mit der Belastung durch allfällige Fremdbetreuungskosten, die in einem solchen Fall trotzdem bezahlt werden müssen, können sich insbesondere einkommensschwächere Familien einen solchen Lohnausfall kaum leisten.

Ich bitte den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Was ist der Grund, dass die Ferien- und Urlaubsverordnung des Kantons im Fall von kranken eigenen Kindern im Gegensatz zum eidgenössischen Arbeitsgesetz eine Jahresobergrenze von maximal zehn Tagen vorsieht?
2. Hält der Regierungsrat diese Regelung für vereinbar mit dem Eigenanspruch, ein fortschrittlicher und familienfreundlicher Arbeitgeber zu sein, der seine Angestellten bei der Wahrnehmung der Familienpflichten unterstützt?
3. Ist der Regierungsrat bereit, die Regelung der Ferien- und Urlaubsverordnung an das eidgenössische Arbeitsrecht anzupassen und die Jahresobergrenze von zehn Tagen für die Betreuung von kranken eigenen Kindern aufzuheben?

Luca Urgese

## 2. Schriftliche Anfrage betreffend den Mitwirkungsprozess KlybeckPlus

21.5845.01
------------

Die Planungspartner klybeckplus haben Ende Oktober 2021 den Bericht "Dialog und Beteiligung" veröffentlicht. Im Bericht sind umfassend und transparent die Ergebnisse der verschiedenen Beteiligungsveranstaltungen beschrieben, die seit 2017 im Zusammenhang mit der Transformation des Klybeckareals durchgeführt wurden. Der Bericht zeigt, dass die Bevölkerung sich stark für die Entwicklung interessiert, ihr wohlwollend gegenübersteht und zahlreiche Ideen einbringt. Es liegt in der Natur der Sache, dass sie auch kritische Fragen stellt.

So eingehend die Berichterstattung über die Inputs der Bevölkerung ist, so zurückhaltend sind die Stellungnahmen der Planungspartner dazu. Es fehlen nicht nur konkrete und verbindliche Angaben dazu, wie die Inputs in die Planung einfließen. Es gibt auch keine Informationen und keinen Zeitplan über die Fortsetzung der Mitwirkungsverfahren.

Es drängen sich Fragen an die Regierung des Kantons Basel-Stadt auf, zumal diese eine Planungspartnerschaft mit den Arealbesitzern Rhystadt und Swiss Life eingegangen ist und die Mitwirkung mitfinanziert (siehe 19.1392.01).

1. Wie beurteilt der Regierungsrat die bisherigen Ergebnisse der Mitwirkungsverfahren betreffend klybeckplus?
2. Wie stellt der Regierungsrat sicher, dass die Anliegen und Ideen der Bevölkerung angemessen geprüft und transparent beurteilt werden?
3. In welcher Form gedenkt er, die Anliegen der Bevölkerung bei der Ausarbeitung des Stadtteilrichtplans einfließen zu lassen?
4. Im Planungsverfahren klybeckplus wurden mehrere Studien durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Studie sind auch für die mitwirkende Bevölkerung relevant. Gedenkt der Regierungsrat, die Studien und die Schlussfolgerungen daraus zu veröffentlichen?

5. Veröffentlicht der Regierungsrat das städtebauliche Leitbild bzw. den städtebaulichen Vertrag?
6. Ein zentrales Anliegen der Bevölkerung ist, dass der Dialog weitergeführt und vertieft wird. Über die Fortsetzung der Mitwirkungsverfahren schweigen sich die Planungspartner aus. Was unternimmt der Regierungsrat, um dies zu gewährleisten?
7. Neben anderen Anlässen gab es eine "Dialogveranstaltung mit Migrationsorganisationen". Gemäss Bericht nahmen daran vier Personen teil. Was unternimmt der Regierungsrat, um die Information der Bevölkerung mit Migrationshintergrund zu verbessern und deren Mitwirkung zu fördern?
8. Der Grosse Rat hat im Beschluss über den Ratschlag 19.1392.01 für die Beteiligung, einen Ausstellungsraum und die Kommunikation Stadtteilrichtplan Kleinhüningen-Klybeck Fr. 500'000 bewilligt.
  - a. Wieviel davon wurde bisher für die Beteiligung bei klybeckplus aufgewendet; wieviel stehen noch zur Verfügung?
  - b. Wie gross ist der Beitrag der anderen Planungspartner an die Kosten der Beteiligung?
  - c. Hat der Kanton das Projekt "Klybeckplatz", das wenig mit Mitwirkung zu tun hat, mitfinanziert? Wenn ja, mit welchem Betrag?
  - d. Wann wird der im Ratschlag 19.1392.01 in Aussicht gestellte Ausstellungsraum eingerichtet und eröffnet?

Ivo Balmer

**3. Schriftliche Anfrage betreffend laufende Testplanungen und sonstige planerische Abklärungen zu bestehenden Wohnliegenschaften**

21.5846.01

Die Initiative «Ja zum echten Wohnschutz» wurde am 28.11.2021 mit rund 53% angenommen. Dies erhöht zukünftig die qualitativen Anforderungen an Sanierungs- und Verdichtungsprojekte, insbesondere Ersatzneubauten. Das entsprechende Gesetz tritt allerdings erst in einem halben Jahr in Kraft. Das ist eine unbefriedigende Situation. Eigentümer:innen könnten bestrebt sein, Abriss- und Baugesuche noch vor der Inkraftsetzung der neuen rechtlichen Grundlagen einzureichen. Dies entspricht nicht dem Abstimmungsresultat und somit nicht der Mehrheit der stimmberechtigten Bevölkerung.

Ein Anhaltspunkt für bevorstehende Abrissgesuche und Baueingaben sind Planungsaktivitäten (Testplanungen, Studien und sonstige planerische Abklärungen). Dies trifft auf einzelne Gebäude mit einer Wohnnutzung zu und gilt insbesondere für zusammenhängende Wohnsiedlungen.

Aus Gründen der Transparenz ist es angezeigt, alle Liegenschaften, zu welchen planerische Abklärungen laufen, auf einer Liste zu veröffentlichen.

In diesem Zusammenhang bittet der Schreibende den Regierungsrat, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. An welchen laufenden Testplanungen, Studien und sonstigen planerischen Abklärungen für Liegenschaften mit einer Wohnnutzung ist der Kanton zurzeit beteiligt?
2. Von welchen laufenden Testplanungen, Studien und sonstigen planerischen Abklärungen für Liegenschaften mit einer Wohnnutzung hat der Kanton zurzeit Kenntnis?
3. Ist der Regierungsrat bereit, eine solche Liste regelmässig zu erstellen und zu veröffentlichen?
4. Gibt es eine Zunahme von Abriss- und Baugesuchen im Jahr 2021 gegenüber den Vorjahren?
5. Wie differenzieren sich die Abriss- und Baugesuche im Jahr 2021 nach Monaten?

Ivo Balmer

**4. Schriftliche Anfrage betreffend «Entwicklung der Sozialhilfekosten aufgrund Zuwanderung von Wirtschaftsmigranten in die Schweiz»**

22.5002.01

Seit Jahren muss festgestellt werden, dass immer mehr Asylsuchende in der Schweiz in Tat und Wahrheit Wirtschaftsmigranten sind und insbesondere aus afrikanischen Ländern, v.a. aus Eritrea, einreisen, hierbleiben und dauerhaft Sozialhilfe beziehen. Dabei kommt der Bund, der für das Asylwesen zuständig ist und über die Aufnahmen entscheidet, lediglich während fünf respektive sieben Jahren für diese Personen finanziell auf. Danach muss die entsprechende Wohngemeinde der Asylsuchenden die Kosten übernehmen.

So wurde kürzlich bekannt, dass bspw. in der aargauischen Gemeinde Aarburg mittlerweile 78% aller Sozialhilfe beziehenden Personen Ausländer sind und fast die Hälfte davon aus Afrika stammt. Der Trend der Einwanderung in unser Sozial- und Gesundheitssystem wird überall in der Schweiz festgestellt. Gesamtschweizerisch sind die Zahlen explodiert. Innerhalb zehn Jahren haben bspw. afrikanische Sozialhilfebezügler um 130% zugenommen. Jeder vierte Ausländer in der Sozialhilfe stammt aus Afrika, obschon nur gerade einmal 5% der ausländischen Wohnbevölkerung von dort stammt. Damit beträgt die Sozialhilfequote bei Menschen aus Afrika – je nach Herkunftsland – gesamtschweizerisch 80% und mehr.

Die finanzielle Belastung nimmt auch für den Kanton Basel-Stadt zu. So hat das für die Sozialhilfe zuständige Departement f. Wirtschaft und Soziales mit dem Budget 2022 zusätzliche Stellen beantragt, damit die Bearbeitung



von Fällen infolge «Zunahme Asylsuchende / Flüchtlinge» bewältigt werden kann. Ein SVP-Antrag zur Streichung dieser zusätzlichen Stellen wurde von der linksgrünen Parlamentsmehrheit im Grossen Rat im Dezember 2021 abgelehnt.

Ich ersuche den Regierungsrat daher um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie viele Personen bezogen jeweils in den Jahren 2017, 2018, 2019 und 2020 in Basel-Stadt Sozialhilfe und wie hoch waren die entsprechenden Beiträge/Person in den entsprechenden Jahren (bitte einzeln auflisten) nach den folgenden Kategorien:
  - a. Schweizer Staatsangehörige,
  - b. Ausländer mit Niederlassungsbewilligung C (bitte nach Land einzeln auflisten),
  - c. Ausländer mit Niederlassungsbewilligung B (bitte nach Land einzeln auflisten),
  - d. Ausweis F (vorläufig Aufgenommene) (bitte nach Land einzeln auflisten),
  - e. Ausweis N (bitte nach Land einzeln auflisten) und
  - f. Ausweis S (Schutzbedürftige) (bitte nach Land einzeln auflisten).
2. Wie lange ist die jeweilige durchschnittliche Bezugsdauer von Sozialhilfeleistungen nach jeweiliger Kategorie (a bis f)?

Joël Thüring

**5. Schriftliche Anfrage betreffend den Auswirkungen und der finanziellen Belastung für die Betroffenen durch die Änderung der Verordnung KBV für die Betreuung und Hilfe zu Hause**

22.5006.01
------------

Die Verordnung über die Vergütung von Krankheits- und Behinderungskosten bei den Ergänzungsleistungen (KBV-832.720) und die am 1.1.2021 in Kraft getretenen Veränderungen zur Übernahme von Kosten für die Betreuung und Hilfe zu Hause (§ 13) haben zu Schwierigkeiten für die Betroffenen bei der Finanzierung der hauswirtschaftlichen Leistungen geführt.

Es geht um die im entsprechenden Merkblatt wie folgt beschriebene Bestimmung:

Kosten für Hilfe und Betreuung zu Hause von Spitex-Anbietern mit einer kantonalen Bewilligung im Haushalt werden mit maximal 50 Franken pro Stunde vergütet, wobei höchstens 800 Franken im Monat respektive 9'600 Franken pro Kalenderjahr und Haushalt übernommen werden.

Mit der Verordnungsanpassung hat der Kanton den Vollzug den anderen Kantonen angeglichen, da das ELG (Bund) diesen Spielraum vorsieht. Es geht um die Änderung des §13 Abs. 4 KBV. Im IV-Bereich besteht das Problem, dass Leistungsbeziehende besser den Assistenzbeitrag der IV beanspruchen würden, dann kommen ihnen die EL-Limiten nicht in die Quere. Leider tun dies viele nicht, da die Anforderungen für den Assistenzbeitrag recht hoch sind. So bleibt es unbefriedigend, wenn die KBV-Limite u.a. eine Wohnsituation so beschränkt, dass jemand wegen der hauswirtschaftlichen Leistungen entgegen dem Grundsatz ambulant vor stationär ins Pflegeheim gehen muss, auch wenn der Pflegebedarf diesen Schritt noch nicht nahe legt.

Ich bitte die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viele Personen im Kanton Basel-Stadt sind seit 1.1.2021 von der Plafonierung des monatlichen Beitrags des ASB auf Fr. 800.00 betroffen?
  - a. Wie viele davon werden vom Amt für Sozialbeiträge bzw. vom Amt für Langzeitpflege unterstützt?
  - b. Wie ist die Verteilung nach Alter und Geschlecht?
  - c. Wie ist die Verteilung nach Wohn-Quartieren?
2. Wie hoch ist der Betrag für Hilfe und Betreuung zu Hause von Spitex-Anbietern im Jahr 2021, welcher vom Kanton finanziert wurde und wie hoch der Betrag, welcher von den Menschen selber getragen wurde? Wie viele Personen haben diese Leistungen im 2021 beansprucht?
  - a. Wie sehen obengenannte Beträge und Verteilung für das Jahr 2020 aus?
3. Wie viele Eintritte in ein Pflegeheim im Kanton Basel-Stadt sind seit dem 1.1.2021 aufgrund fehlender Finanzierung der ambulanten Situation zu verzeichnen?
4. Wie hoch sind die Einsparungen für den Kanton Basel-Stadt aufgrund der entsprechenden Neuerung seit 1.1.21?
5. Mit welchen Kosten rechnet das zuständige Departement, falls die alte Regelung wieder eingeführt werden sollte?
6. Steht das zuständige Departement betreffend der aufgetauchten Problematik in Kontakt mit den leistungserbringenden Organisationen, mit den sozialen Einrichtungen und den Betroffenenorganisationen? Was sind dabei die Themen, Fragestellungen und Lösungsansätze?
7. Welche Lösungsansätze gibt es für die betroffenen Personen bzw. deren Angehörige?

Oliver Bolliger

**6. Schriftliche Anfrage betreffend Differenzierung von Lohngleichheit-Analysen**

22.5008.01

Basel-Stadt untersucht seit 2012 systematisch die Lohngleichheit zwischen Frauen und Männern in der kantonalen Verwaltung. Die aktuelle Analyse zeigt mit unerklärten Lohnunterschieden von 1.7 Prozent ein gutes Gesamtergebnis. In der Analyse wird das Analyseinstrument Logib vom Eidgenössischen Büro für Gleichstellung von Mann und Frau zurückgegriffen. Es erklärt Lohnunterschiede mit den Merkmalen Geschlecht, höchste abgeschlossene Ausbildung, Berufserfahrung, Dienstjahre, Anforderungsniveau und berufliche Stellung. Die Lohnregressionen gemäss Logib enthalten keine potenziell diskriminierenden Merkmale wie z. B. Herkunft, Familienstand oder Beschäftigungsgrad. Gemäss dem Bericht «Lohngleichheit in der kantonalen Verwaltung, Ausgabe 2021» des Statistischen Amtes Basel-Stadt reduziert die Erweiterung der Regressionen mit zusätzlichen erklärenden Merkmalen die unerklärte Lohndifferenz auf unter 1%. Gemäss Medienmitteilung vom 1.12.2021 will die Kantonale Verwaltung sich trotz positivem Ergebnis weiter verbessern.<sup>1</sup>

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Gemäss dem Bericht verdienen ledige Frauen 2,6% mehr als ledige Männer. Hingegen ist der mittlere Lohn von verheirateten Frauen 8,0% tiefer als derjenige von verheirateten Männern (Bericht Statistischen Amtes Basel-Stadt, Seite 6). Legt dieser Fakt für den Regierungsrat den Schluss nahe, dass weniger das weibliche Geschlecht an sich Ursache der Lohnungleichheit ist als der Umstand der Familienplanung, resp. Karriereknicks aufgrund von Mutterschaft?
2. Müsste in diesem Zusammenhang die statistische Differenzierung statt nach dem amtlichen Geschlechtseintrag nicht eher nach dem Kriterium von Erwerbsunterbrüchen aufgrund von Elternschaft, Kinderbetreuung und anderer Care-Arbeit unabhängig vom Geschlecht unterschieden werden? Plant der Regierungsrat diese Differenzierung bei der geplanten Verbesserung zukünftig zu berücksichtigen?
3. Hat das Statistische Amt des Kantons Basel-Stadt in seiner Erweiterung der Regressionen durch potenziell diskriminierende Merkmale die Faktoren sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität (LGBTI-Thematik) berücksichtigt? Und falls nein, beabsichtigt der Regierungsrat mit der Einführung des neuen Gleichstellungsgesetzes diese Faktoren für eine Differenzierung der Statistik zu berücksichtigen?
4. Welche anderen Verbesserungen sind geplant?

<sup>1</sup> <https://www.regierungsrat.bs.ch/nm/2021-lohnungleichheit-kantonale-verwaltung-will-sich-trotz-positivem-ergebnis-weiter-verbessern-rr.html>

Andrea Strahm

**7. Schriftliche Anfrage betreffend Daten zu den Gesundheitskosten aufgrund der Diskriminierung von LGBTI-Personen am Arbeitsplatz und in der Schule**

22.5017.01

Internationale Studien sowie einzelne Untersuchungen aus der Schweiz legen nahe, dass im Bereich Arbeitsplatz und Schule im Hinblick auf sexuelle Orientierung, Geschlechtsidentität und Geschlechtsausdruck Handlungsbedarf besteht. Diese Studien weisen unter anderem nach, dass Diskriminierung und Stigmatisierung (Mobbing) mit einer erhöhten Anfälligkeit für Sucht, Depressionen und Suizid in Verbindung stehen.<sup>1</sup> Medienberichten zufolge ist der Regierung bekannt, dass die Suizid-Rate von LGBTI-Jugendlichen fünfmal höher ist als bei Jugendlichen, die hinsichtlich der Geschlechtskongruenz und der sexuellen Orientierung der Mehrheitsgesellschaft entsprechen.<sup>2</sup> Hinter der Mehrheit der Suizide steht eine längere persönliche Leidens- und Lebensgeschichte. Denn nur ein kleiner Teil der Menschen mit Suizidgedanken setzen diese auch um. Gemäss dem Bericht über die Leistungs-, Kosten- und Prämienentwicklung sowie die Massnahmen zur Dämpfung der Höhe der Gesundheitskosten gemäss § 67 Abs. 2 des Gesundheitsgesetzes (21.1475) vom 3. November 2021 nimmt Basel-Stadt im Bereich der Psychiatrie schweizweit eine Spitzenposition ein, was einer im Vergleich hohen Inanspruchnahme psychiatrischer Leistungen in Basel-Stadt entspricht. Abgesehen von solchen Einzelindikatoren ist es allerdings schwierig, sich mit Daten einen Überblick über diese Situation zu geben.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist dem Regierungsrat bekannt, wie hoch die Gesundheitskosten für die Behandlung von psychischen Erkrankungen sowie der daraus verursachten Arbeitsausfälle sind, die auf Mobbing und Diskriminierung an Schulen und am Arbeitsplatz im Kanton Basel-Stadt zurückzuführen sind?
2. Welcher Anteil dieser Gesundheitskosten ist auf Diskriminierung und Stigmatisierung aufgrund der Geschlechtsidentität, Geschlechtsausdruck, Geschlechtsmerkmale und der sexuellen Orientierung zurückzuführen? Wie hoch belaufen sich die Kosten?
3. Beabsichtigt der Regierungsrat mit der Einführung des neuen Gleichstellungsgesetzes Mobbing und Diskriminierung aufgrund von Geschlechtsidentität, Geschlechtsausdruck, Geschlechtsmerkmale sowie der sexuellen Orientierung an Schulen und am Arbeitsplatz entgegen zu wirken? Mit welchen Massnahmen?

<sup>1</sup> Hicks, G. R., Tien-Tsung, L. (2006): Public Attitudes towards Gays and Lesbians. Trends and Predictions. Journal of Homosexuality, Bd. 51, Nr.2, 57-77.; Lhamon, C. (2019): Discrimination on the basis of gender identity must end. Nature, Nature human behavior, Bd. 3, 1131: [<https://www.nature.com/articles/s41562-019-0692-5>]; Schneeberger, A., Rauchfleisch, U., Battegay, R. (2002): Psychosomatic consequences and phenomena of discrimination at work against people with homosexual orientation. Schweiz Arch Neurol Psychiatr, Bd. 153, 137-43.

<sup>2</sup> <https://telebasel.ch/2021/08/18/basel-stadt-weitet-gleichstellungsauftrag-auf-lgbti-aus>

<sup>3</sup> <https://www.bag.admin.ch/bag/de/home/strategie-und-politik/politische-auftraege-und-aktionsplaene/aktionsplan-suizidpraevention/suizide-und-suizidversuche/wie-es-zu-suiziden-kommt.html>

Johannes Sieber

## 8. Schriftliche Anfrage betreffend Care-Team

22.5026.01

Care-Teams bieten langjährig erprobt notfallpsychologische Unterstützungen für Betroffene von traumatisierenden Alltagsereignissen, Grossereignissen oder anderweitigen Notlagen. Die Aufgaben der Care-Givers umfassen dabei die unmittelbare psychische Stabilisierung und Wiedererlangung der Handlungsfähigkeit von Betroffenen in akuten Krisensituationen und tragen dazu bei, dass schwere psychische Folgeschäden verhindert werden können. Zudem fungieren Care-Givers in potentiell traumatisierenden Krisensituationen als hilfreiche Ergänzung zu- oder zwischen den Mitarbeitenden der Blaulichtorganisationen und den betroffenen oder beobachtenden Menschen der Krisensituationen. Care-Teams sind interdisziplinär und vielseitig zusammengesetzt. Durch die unterschiedlichen Tätigkeitsbereiche der Care-Givers ausserhalb der Kriseninterventionen geniessen sie eine breite Abstützung in der Bevölkerung sowie innerhalb ihrer jeweiligen Berufsgruppierungen und sind zudem gut vernetzt. Die Care-Teams sind rund um die Uhr in Bereitschaft und können durch die Blaulichtorganisationen in allen möglichen Krisensituationen gerufen werden. Während Care-Teams in der restlichen Schweiz etablierte und geschätzte Organisationen zur Unterstützung in Krisensituationen sind, verfügt Basel-Stadt über kein Care-Team. In der Beantwortung der Schriftlichen Anfrage 16.5224 von Tanja Soland hält der Regierungsrat dazu fest, dass für die Betreuung und Vernetzung von Opfern und Drittpersonen bei «normalen» polizeilichen Interventionen die Psycho-Sozialen Dienste (PSD) zuständig seien.

In Anbetracht dieser Ausgangslage bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen zum PSD und den Unterschieden zu den ansonsten verbreiteten Care-Teams:

- In wie vielen Krisensituation wird der Sozialdienst der Polizei in psychosozialen Krisen jährlich beigezogen?
- In welchen Arten von Krisensituationen kommt der Sozialdienst der Polizei in psychosozialen Krisen zum Einsatz?
- Können neben der Polizei auch andere Organisationen oder Personen in akuten oder psychosozialen Krisen Unterstützung durch den Sozialdienst der Polizei anfordern?
- Arbeitet der Sozialdienst mit anderen Organisationen zusammen? Falls ja, mit welchen?
- Arbeitet der Sozialdienst des Kantons Basel-Stadt mit den Care-Teams der Nachbarkantone insbesondere auch Baselland zusammen? Falls ja, wie arbeitet der PSD mit Care-Teams von anderen Kantonen zusammen?
- Über was für eine Ausbildung verfügen die Mitarbeitenden des PSD? Haben die Mitarbeitenden des PSD eine NNPZ-Zertifizierung (Zertifizierung des nationalen Netzwerks für Psychologische Nothilfe)?
- Bestehen gemeinsame Weiterbildungs- und Vernetzungstage mit Mitarbeitenden von Care-Teams anderer Kantone, oder wie werden die Mitarbeitenden weitergebildet?
- Ist der Sozialdienst bei Krisen rund um die Uhr verfügbar und kann jederzeit gerufen werden?

Melanie Eberhard

## 9. Schriftliche Anfrage betreffend Nutzung bestehender Infrastruktur zur Verbesserung der Veloparkier-Situation in der Innenstadt

22.5027.01

Bei der Beantwortung der Schriftlichen Anfrage Tim Cuénod betreffend «Veloparkier-Situation in der Innenstadt und v.a. an Barfi und Marktplatz» (<https://www.grosserrat.bs.ch/dokumente/100395/000000395198.pdf>) teilt der Regierungsrat mit, dass das Bau- und Verkehrsdepartement (BVD) momentan ein Veloabstellplatz-Konzept für die Innenstadt erarbeitet. Es wird ebenfalls angegeben, dass im Bereich des Barfüsserplatzes eine Velostation evaluiert werden wird. Weiter wird ausgeführt, dass der Bau dieser Velostationen jeweils an grössere Vorhaben wie eine Platzumgestaltung oder die Realisierung der Haltestelle Mitte der S-Bahn Basel (Herzstück) gebunden sei und deshalb erst mittel- bis langfristig den öffentlichen Stadtraum von der Veloparkierung entlasten könne. Deshalb würden auch Flächen ausserhalb des öffentlichen Raums für kurzfristig realisierbare Abstellplätze gesucht.

In diesem Zusammenhang stellen sich folgende Fragen:

1. Sieht es der Regierungsrat ebenfalls als zielführend sowie ökonomisch und ökologisch sinnvoll an, primär die Nutzung bestehender Infrastrukturen anzupassen und zu optimieren, bevor neue geschaffen werden?
2. Ist es möglich, bestehende Parking-Infrastruktur in der Innenstadt (vor allem Parking Theater und Parking Storchen) teilweise auch für Velos und weitere Zweiräder (E-Bikes, Cargovelos, Mofas, Motorräder, etc.) nutzbar zu machen, resp. gut zugängliche Flächen in den Parkhäusern zur Verfügung zu stellen?
3. Welche Massnahmen müssten dafür ergriffen werden und wie schnell wäre dies umsetzbar?
4. Käme dafür eine (Teil-)Finanzierung mit Geldern aus dem Pendlerfonds in Frage?

5. Könnte eine Zurverfügungstellung von gut erreichbaren Velo-/Zweirad-Parkplätzen in den bestehenden zentralen Parkhäusern als Pilotprojekt und gleichzeitige Bedarfsanalyse für Velostationen in der Innenstadt dienen?
6. Wäre ein ähnliches Angebot auch bei anderen Parkings denkbar (z. B. City, Steinen, Elisabethen, St. Jakob, Kunstmuseum)?  
Salome Bessenich

**10. Schriftliche Anfrage betreffend ÖV-Nachtfahrten am Donnerstag**

22.5028.01

Das Ausgehverhalten und Nachtleben der Bevölkerung verändert sich stetig. Seit einigen Jahren gehen immer mehr Menschen auch in der Nacht von Do/Fr aus. Viele Clubs und Bars in Basel haben mittlerweile in der Nacht von Donnerstag auf Freitag dieselben Öffnungszeiten, wie in den Nächten von Fr/Sa und Sa/So.

Das Angebot des Öffentlichen Verkehrs hinkt dieser Entwicklung jedoch noch hinterher. Im Unterschied zu den Nächten des Wochenendes verkehren in der Nacht von Do/Fr keine Spätfahrten und es wird kein Nachtnetz angeboten. Dies, obwohl sicherlich eine Nachfrage da wäre.

Ich bitte den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Besteht ein aus der Sicht des Regierungsrats ausreichendes Fahrgastpotenzial...
  - a. für Spätfahrten in der Nacht von Do/Fr analog zu den Nächten von Fr/Sa und Sa/So?
  - b. für ein Nachtnetzangebot (zumindest jenes von Basel in die Agglomeration) in der Nacht von Do/Fr?
2. Welche zusätzlichen Kosten würden die unter 1.a. und 1.b. formulierten Ausbauten des Angebotes verursachen?
3. Welche gesetzlichen Grundlagen müssten angepasst werden, um 1.a. und 1.b. umzusetzen?
4. Ist der Regierungsrat bereit, ein Nachtangebot für die Nacht von Do/Fr in den 10. GLA/ in das nächste OV-Programm aufzunehmen?

Im Landrat des Kantons Basel-Landschaft wird ein gleichlautender Vorstoss eingereicht.

Jean-Luc Perret

**11. Schriftliche Anfrage betreffend Entwicklung der Vermögenskonzentration und der Vermögenssteuer in Basel-Stadt**

22.5029.01

Die Diskussion rund um die Vermögenskonzentration- und Verteilung hat in der Schweiz und auch im Kanton Basel-Stadt in den letzten Monaten und Jahren wieder stark zugenommen. Das ist auch nicht weiter überraschend: 43 Prozent der steuerbaren Vermögen gehören dem vermögendsten Prozent der Schweizer. Unter Industrieländern ist das eine rekordstarke Ballung des verfügbaren Privatkapitals. Um zum obersten Vermögenprozent zu gehören, muss man ein steuerbares Nettovermögen von über 4 Millionen Franken ausweisen (<https://www.batz.ch/2021/09/die-steigende-vermoegenskonzentration-in-der-schweiz-ist-groesstenteils-hausgemacht/>) (12.01.2022).

In eidgenössischen (bspw Steuerreformen oder 99%-Initiative) und kantonalen Abstimmungen (u.a. Topverdienersteuer-Initiative) ist die Vermögenskonzentration in den letzten Jahren vermehrt auch wieder in die Diskussion gekommen. Auch die Handelskammer hat die Diskussion zuletzt mit einem Steuerdossier zusätzlich verstärkt. Die Baselbieter Regierung hat zudem eine Vermögenssteuerreform angekündigt. Konkret will Regierungsrat Lauber die steuerliche Bewertung von Wertschriften anpassen und die Spitzenvermögenssteuersätze um 30% kürzen. Dabei sind gewisse Zahlen und Grundlagen in der Diskussion auch in Basel-Stadt oft nicht vorhanden.

Daher bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie gestaltet sich die Vermögenskonzentration in Basel-Stadt in den letzten 40 Jahren? (Bitte aufschlüsseln über die gesamte Zeitspanne in 10 Jahres-Schritten)
  - a. Wieviel % des Vermögens besass das reichste 1%?
  - b. Wieviel % des Vermögens besitzen die reichsten 10%?
  - c. Wieviel % des Vermögens besitzt das reichste 0.1%?
2. Wie haben sich die Einnahmen aus der Vermögenssteuer in Basel-Stadt in den letzten 40 Jahren entwickelt?
3. Wie gestalten sich die Vermögenssteuersätze in den Kantonen der Nordwestschweiz (aufgeschlüsselt nach Sätzen und weiteren Bestimmungen nach Kanton)?
4. Wie schätzt der Regierungsrat die «Beweglichkeit» und Volatilität von Vermögen ein?
  - a. Auf welche Studien und Erkenntnisse stützt sich die Haltung des Regierungsrates?
5. Nach §52 des Steuergesetzes in Basel-Stadt gibt es eine «Bremse» bezüglich Besteuerung von «Vermögen mit geringer Rendite». Für Personen, deren Vermögenssteuer und deren Einkommenssteuer auf dem

Vermögensertrag zusammen den Betrag von 50 Prozent des Vermögensertrags übersteigen, ermässigt sich die Vermögenssteuer auf diesen Betrag, höchstens jedoch auf 5 Promille des steuerbaren Vermögens.

- a. In wie vielen Steuerfällen kam §52 des StG in den letzten 10 Jahren zur Anwendung?
- b. Wie viel Geld hat der Kanton aufgrund von §52 pro Jahr weniger eingenommen?
- c. Was ist die Haltung des Regierungsrates zur Wirkung dieses Paragraphen?
- d. Wie sieht der Regierungsrat die Verteilungswirkung dieser «Bremse»?

Beda Baumgartner

## 12. Schriftliche Anfrage betreffend bedingungsloses Grundeinkommen (BGE)

22.5034.01
------------

Der Vorschlag des bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) ist, dass der Teil des Einkommens, den man unbedingt zum Leben braucht, allen bedingungslos gewährt wird. Befürworter dieses Paradigmenwechsels sehen darin die humanistische Antwort auf die Veränderungen in der Arbeitswelt aufgrund des technologischen Fortschritts oder auf das Auseinanderdriften der Schere zwischen den privaten Vermögen, sowie die damit verbundenen sozialen Herausforderungen der Gesellschaft.

Als erstes Land hat die Schweiz im Juni 2016 über die Umsetzung der Idee abgestimmt. Die Initiative «für ein bedingungsloses Grundeinkommen» wurde von der Schweizer Stimmbevölkerung abgelehnt. Im Kanton Basel-Stadt verzeichnete die Idee mit 36% Ja-Stimmen einen Achtungserfolg.

Vor der Abstimmung im 2016 fragte Lorenz Nägelin in seiner Interpellation Nr. 58 (16.5220) nach den Auswirkungen der Vorlage für den Wirtschaftsstandort Basel und nach der Haltung des Regierungsrats. Da die Initiative die konkrete Umsetzung dem Gesetzgeber überlassen hätte, konnten die konkreten Auswirkungen nicht abgeschätzt werden. Der Regierungsrat lehnte die Initiative ab, weil er befürchtete, dass einzelne Personen ihre Erwerbstätigkeit einschränken oder sogar aufgeben würden, wodurch die Schweizer Volkswirtschaft Arbeits- und Fachkräfte verlieren könnte.

Mit der Covid-19 Pandemie rückte die Idee vom BGE im vergangenen Jahr wieder in den Fokus der Aufmerksamkeit. Die Massnahmen zur Eindämmung der Corona Pandemie hatten und haben teils massive Verdienstauffälle zur Folge. Viele Menschen gerieten neben der akuten Gesundheitskrise zunehmend auch in eine Einkommenskrise. Mit weitreichenden und grösstenteils ad hoc konzipierten Unterstützungsmassnahmen wurden Existenzen von Menschen und Unternehmen gesichert.

Ob das BGE zur Krisenprävention eingesetzt werden kann, wird unter anderem an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg (D) diskutiert. Wirtschaftswissenschaftler:innen haben ein Modell erarbeitet, das die Pandemie und vergleichbare Krisen finanziell abfedern soll (<https://www.pr.uni-freiburg.de/pm/2021/bedingungsloses-grundeinkommen-als-krisenpraevention>).

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie hoch waren im Kanton Basel-Stadt die Kompensationszahlungen aufgrund der Covid-19 Pandemie in den Jahren 2020 und 2021? Zu welchem Anteil wurden diese Zahlungen an Personen, resp. zu welchem Anteil an Unternehmen geleistet?
2. Erachtet der Regierungsrat das BGE als denkbare Modell für die Überbrückung von Einkommensausfällen aufgrund von ausserordentlichen Lagen wie einer Pandemie oder anderen Ereignissen mit ähnlichem Einfluss?
3. Wie hoch waren im Kanton Basel-Stadt die Auszahlungen für AHV, ALV, Sozialhilfe und Kinderzulagen in den Jahren 2009 bis 2019 im durchschnittlichen Total pro Jahr? Wie hoch belief sich der administrative Aufwand dafür seitens Verwaltung?
4. Erachtet der Regierungsrat das BGE als denkbare Modell für den generellen Ersatz von AHV, ALV, Sozialhilfe und Kinderzulagen?
5. Hat der Regierungsrat bereits in Betracht gezogen, das Bedingungslose Grundeinkommen (BGE) im Rahmen eines Pilotprojekts im Kanton Basel-Stadt vertieft zu prüfen?

Johannes Sieber